

W o r t w ö r t s

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgehaltene Kolonne
 je Seite oberer oder unterer Hälfte, für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 19. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Risse im Centrumsturm.

Die Zollwucherpolitik, die ohne die Beihilfe des Centrums niemals möglich geworden wäre, wirkt mehr und mehr zerlegend auf die Partei selbst, die, seitdem sie „regierend“ geworden ist, alle volksfeindlichen Unternehmungen und charakterlosen Schablonen einer irreaktionären Politik mitmacht. Die Centrumsführer erreichen allmählich ein solches Uebermaß, daß auch die gutgläubigsten katholischen Proletarier zu denken und zu opponieren anfangen. Das Centrum in agrarischer Gefangenschaft sieht in wachsendem Maße die liberale Arbeitergefangenschaft ab. Entwickelt sich dieser Reinigungsprozess in der Weise weiter, wie es jetzt den Anschein hat, so würde damit eine radikale Umgestaltung unserer gesamten inneren Verhältnisse angebahnt werden, und endlich jene trübe dumpfige Zeit der Stagnation vorübergehen, die vornehmlich durch die Centrumspolitik veranlaßt ist.

Wir sind nicht so optimistisch zu glauben, daß diese gedeihliche Entwicklung allzu rasch sich durchsetzen wird. Aber es ist auch nicht zu verkennen, daß Anzeichen des Zerfalls zu beobachten sind.

Von typischem Interesse sind in dieser Hinsicht die Vorgänge in Düsseldorf. Hier ist es geradezu zu einer Spaltung des Centrums gekommen. Die christlichen Arbeiter haben ihre Dienste aufgekündigt und sie bekämpfen mit derselben Schärfe wie die socialdemokratischen Arbeiter, die Zollpolitik der frommen Herren, die da beten: Verleure uns unser täglich Brot!

In Düsseldorf schlugen sich, so wird uns von dorther geschrieben, die christlichen Arbeiter bereits seit mehr dem Jahresfrist mit der offiziellen Zeitung des Centrums und dem ultramontanen „Düsseldorfer Volksblatt“ in heftigster Weise herum. Schon bei Gelegenheit der Reichstagswahl 1898 hatten es die Düsseldorf'schen christlichen Arbeiter zu einem eigenen christlichen Arbeiterblatt „Wacht“ gebracht. Dieses Blatt wurde anfänglich nach der berühmten Centrumsmantel totgeschwiegen und dann so lebhaft von der Kaplanokratie bekämpft, bis es den Weg alles Fleisches ging und fiarb.

Das so gereizte Düsseldorf'sche Centrum hatte indes nicht lange Freude am „inneren Frieden“, denn die christlichen Arbeiter, die noch etwas Selbstständigkeit im Felde hatten, sagten sich zum Teil direkt los vom christlichen Arbeiterverein und den Kaplänen, ja es kam im christlichen Verein im Sankt Paulushaus sogar zu so stürmischen Debatten, daß der Präses des Vereins, Kaplan Schmitz, von christlichen Arbeitern beim Arm genommen und zur Thüre hinauspediert wurde, um sodann eine Strafverurteilung über sich ergehen lassen zu müssen. Eine Weile wurden durch diese Verlegung des hochwürdigen Gottesstreters die Wogen der Ziviltät wieder geglättet, aber es dauerte nicht lange und die Gegenkräfte traten nun um so schärfer hervor. Die christlichen Arbeiter, durchaus unzufrieden mit der Haltung des Düsseldorf'schen Centrumsblattes, schritten zur Gründung des nun schon ein Jahr in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Handwerks“, Zeitschrift für christliche Politik. Mit diesem Blatt, dessen Unterdrückung die Düsseldorf'sche Centrumspartei — „Volksblatt“ und Kaplan an der Spitze! — mit verweirter Anstrengung betreiben, werden die Leuten von der Brotwucherpartei aber nicht so leicht fertig, als wie mit der „Wacht“. Es bereitet uns lachenden Socialdemokraten nicht geringen Spass, der Walserei zwischen diesen beiden Düsseldorf'schen Centrumsblättern zuzusehen; jede Nummer des christlichen „Handwerks“ strotzt von schärfsten Angriffen auf Centrum und „Volksblatt“. In der letzten Nummer dieser ultramontanen Zeitschrift für christliche Politik wird das Düsseldorf'sche Kaplanblatt in nicht weniger als fünf längeren Artikeln angegriffen. Es mögen hier einige Zeilen aus diesem Centrumsblatte wiedergegeben werden:

„Vergleichen das „Volksblatt“ in jüngster Zeit zum ausschließlich katholischen Blatt gestempelt worden ist, werden die speziellen Interessen der Katholiken in unserer Stadt aufs gröblichste vernachlässigt. Dabei sind wir es allgemein geworden, daß die Interessen des Volkes im Stadtrate, wenn es sich darum handelt, nur eine herzlich schwache, fast- und kraftlose Vertretung finden gegenüber der Willkür der liberalen Mehrheit. Ja, seitdem das „Volksblatt“ Beziehungen zu städtischen Kreisen hat (sein Chefredacteur Dr. Hüspen ist Stadtvorordneter D. V.) ist es lammfromm geworden, daß es scheinbar selbst dem liberalsten Oberbürgermeister aus der Hand freissen würde. — Hat das „Volksblatt“ vielleicht ein Wort verloren, als das liberale Stadtratsmitglied den christlichen Strahndahner-Verein mit allen Mitteln zu vernichten suchte? Heißt es vielleicht vollstimmliche Politik treiben, wenn es die speziellen Interessen einer ganz kleinen Interessengruppe in so einseitiger Weise vertritt, wie wir es bei der Zollvorlage mit ihrer gewaltigen Steigerung der indirekten Steuern und der gewaltigen Mehrbelastung des Volks erlebt haben? Während unsere kleineren und mittleren Bauern Rheinlands von den Fleisch- und Getreidezöllen keinen Nutzen haben, sondern Schaden, und das letztere gewiß auch von den andern zahllosen Erhöhungen der Steuerlast der einen Zollvorlage gilt; während die städtische Bevölkerung von den Nahrungsmittel-Zollerhöhungen schwer getroffen, und namentlich die arme arbeitende Bevölkerung in der Zeit des jetzigen schlechten Geschäftsganges, wagt es das „Volksblatt“, sich auf Zollerhöhungen zu beschreiben, von denen viel gesagt, kaum ein paar Hundert seiner Leser Nutzen haben.“

Der Geist, der sich in dieser Haltung ausdrückt, der den Interessen der großen Massen des Volkes Gohn spricht, zu Gunsten einer kleinen Interessengruppe aus den Reihen der „gläubigen“ Befürworter, das ist die bedauerliche Erscheinung des Parteilebens in unserer Stadt. Man kennt die Verhältnisse an maßgebender Stelle ganz genau und weiß sehr wohl, daß man hier auf einen Vulkan steht, dessen Ausbruch den ganzen Schlaum einseitiger Interessen-Wirtschaft hinwegfegen würde. Getraut man sich doch nicht mehr in Düsseldorf eine öffentliche (christliche) Ver-

sammlung mit öffentlicher Aussprache über die brennendsten Tagesfragen abzuhalten, weil man erwarten muß, daß die Masse der Wähler die unvollständige Politik dieser Volkfreunde verurteilen wird.“

Nachdem dann das ultramontane Blatt Nr. II seiner Düsseldorf'schen Kollegin Nr. I gedroht, für den Fall, daß man seine Freunde etwa aus der Centrumspartei hinausträngen wolle, „die Leitung bei der nächsten Reichstagswahl gegeben würde“, bringt das Blatt einen Artikel „Brot- und Fleischzölle“ und geht darin in der gleichen Schärfe mit der ultramontanen Brotwucherpartei ins Gericht.

„Schöne Worte“, ruft es dann, citierte eine Rede des Centrums-Abgeordneten Dr. Schäbler vom 8. Februar 1900 zur Zollentwerfung und sagt:

- Hier betonte Abg. Dr. Schäbler:
1. Die damalige Zollentwerfung machte neue Steuern nötig; — dieselben werden uns jetzt in der Form einer Erhöhung der indirekten Steuern durch die Zollvorlage geboten.
 2. Diese neuen Steuern sollen die Interessen tragen, die leistungsfähigen Schultern; die arme Landbevölkerung, der Arbeiter darf nicht herangezogen werden — und jetzt belastet man gerade den Verbrauch der Masse der armen Leute.
 3. Die Zollentwerfungen entziehen wiederum Tausende von Arbeitskräften der Landwirtschaft und vergrößern die empfindliche Lendenot. — Und jetzt ist keine Rede davon, diese Lendenot, unter der die Landwirtschaft leidet, durch Beschränkung der militärischen Lasten und Pflichten zu erleichtern und der Landwirtschaft durch ein Mittel zu helfen, welches den Staat allein betrifft und vom Staat abhängt.

Ferner sagt Dr. Schäbler: Die Deckschicht darf nicht im Sinne der Revolution wie abgehoben werden, durch Ausbau der indirekten Steuern, welche Belastung der breiten Masse der Bevölkerung, auch der ärmsten Leute, aber Schonung der Reichen und der Reichsten bedeuten. Und jetzt bringt man eine Zollvorlage ein, welche eine so gewaltige Belastung von Brot, Fleisch und einer Masse der wichtigsten Verbrauchsartikel bedeutet, wie sie unangenehm und systematischer kaum gedacht werden könnte. Dazu aber räumte man regierungsseitig im Reichstag ein, daß, wenn nicht die Mehrträge der Zollvorlage bewilligt würden, infolge der großen Bedürfnisse des Reichs, namentlich für Kriegsgeld und Marinebedürfnisse, eine Steigerung der direkten Steuern nicht zu umgehen sei. Warum löst unsere alte Fante von der Postionsstraße diese Versprechungen des Centrums vom Jahre 1900 nicht ein, warum strast sie diese Worte lügen? Oder leidet sie vielleicht schon an Gedächtnischwäche?

So das Düsseldorf'sche Centrumsblatt in der Polemik gegen seine dortige Centrumskollegin und gegen die glorreiche Centrum überhaupt. Leidenshaftlicher können wir Socialdemokraten die Brotwucher- und Militärpolitik des Centrums auch nicht brandmarken. Verfolgen wir mit Aufmerksamkeit diesen Kampf der Centrumsgegner gegeneinander. Die Wahrheit ist im Umarsch, auch in den Kreisen der Centrumsanhänger tagt es ganz gewaltig! —

Zolltarif-Kommission.

Ein netter Zufall fügte es, daß die zunächst zur Neuwahl eines Vorsitzenden anberaumte Sitzung der Zollkommission durch den Abg. v. Kardorff, der am Freitag seinen Vorstoß hatte niederlegen müssen, als Altersvorsitzenden eröffnet wurde, da der Abg. Paschke, der stellvertretende Vorsitzende, mitgeteilt hatte, daß er am Erscheinen verhindert sei.

Der neuergewählte Vorsitzende Domänenrat Rettich verfuhr sich alsbald ein wenig in den Spuren seines Vorgängers. Er ist sich der schweren Aufgabe bewußt, die Redner dahin zu leiten, wohin nach seiner Ansicht der Weg geht. Seine väterlich freundlichen Besorgnisse, daß die Abgeordneten Gothein und Stadthagen vom rechten Pfade abwichen, veranlaßten ihn zu sanften Hinweisen auf den rechten Weg. Beide Abgeordneten bewiesen ihm aber sofort, daß sie sich des rechten Weges sehr wohl bewußt seien und daß er auf verhängnisvollen Holzwegen sich befände. Die Leitung der Debatte verlief daher ohne Störungen.

Dasselbe läßt sich von den Beschlüssen nicht sagen. Der Beschluß, dem Abg. Gothein, dem bereits am Freitag zur Begründung seines Antrags das Wort erteilt war, erst nach der zweiten Lesung des Gesetzes und Tarifs Gelegenheit zur Begründung seiner Anträge zu geben, ist ein formell nicht zu rechtfertigender. Die socialdemokratischen Mitglieder der Kommission fanden aber alsbald das geschäftsordnungsmäßig unannehmliche und unangenehme Mittel, dem Abgeordneten Gothein und den Regierungsvorstellern, die sich vier Tage lang auf eine Entgegnung vorbereitet hatten, Gelegenheit zur Entbindung von ihren Reden zu geben. In den Darlegungen der Regierungsvorstellung war manches interessant, so die Darlegung, daß bei der Berechnung des Reingewinns ein „Gehalt“ für den Besitzer in Abzug gebracht sei. Die Darlegungen erwiesen klar, daß die von der Regierung mitgeteilte Uebersicht über „typische landwirtschaftliche Betriebsarten“, deren Unzulänglichkeit wir bereits vor einigen Wochen dargelegt hatten, vollkommen wertlos sind. Als nächster Redner war ein wirklicher Landwirt gemeldet, der freisinnige Abg. Drästel. Das genährte, und den Abg. Dr. Spahn zu der für eine Kommission ungewöhnliche Einbringung eines Schlußantrags zu veranlassen. Dem stimmte die Mehrheit geschlossen den Antrag nieder, die Regierung um Vorlegung des über die landwirtschaftlichen Fragen im Wirtschaftlichen Ausschuss gesammelten Materials zu ersuchen.

Nichts kann besser als diese Niederstimmung das böse Gewissen der Mehrheit verraten. Durch eine Vorlegung wäre die Verhandlung nicht um eine Minute verzögert. Wohl aber muß

die Nichtvorlegung nun bei jeder einzelnen Position lange Debatten und Anfragen hervorrufen. Wenn der Mehrheit daran liegt, die Verhandlungen hinzuziehen, mühte sie allerdings so wie geheißen, beschließen. Mit den Einigungsanträgen rückt die Mehrheit immer noch nicht heraus. Welch Geschrei würden die Agrarier erheben, wenn die Gegner einer Zollerhöhung so lange Zeit gebrauchten, um ihre Anträge zu veröffentlichen!

Die Kommission wählte am Dienstag zu ihrem Vorsitzenden den konservativen Abgeordneten Rettich. Die Verhandlungen waren, da der stellvertretende Vorsitzende Dr. Paschke nicht anwesend war, von Herrn v. Kardorff, als ältestem Mitgliede, eröffnet worden. Dann gab es eine Geschäftsordnungs-Debatte.

Gamp (Mp.) beantragte, die Anträge des Abg. Gothein auf Veranstaltung einer parlamentarischen Enquete über die Lage der Landwirtschaft und über die socialen Wirkungen der Zölle auf Lebensmittel bis nach Abschluß der zweiten Lesung des Zolltarifs zurückzustellen.

Gothein (fr. Vg.) tritt diesem Antrage entgegen. Er müsse zunächst konstatieren, daß ihm am Schluß der letzten Sitzung bereits das Wort zur Begründung seiner Anträge erteilt worden sei. Er müsse deshalb heute als erster Redner das Wort erhalten.

Stadthagen und Rebel (Soc.) unterstützen das Verlangen Gotheins. Die Gothein'schen Anträge müßten erst erledigt werden, bevor man an die Beratung der Getreidezölle gehe. Die von Gothein beantragten Erhebungen seien notwendig, da die von der Regierung vorgelegten Rentabilitätstabellen vollkommen unzulänglich seien.

Gothein (fr. Vg.) erklärt, daß er seine Anträge nicht so aufsaße wie der Abg. Rebel, der zu meinen scheine, daß seine Anträge als Grundlage für die spätere Verhandlung der Getreidezölle zu betrachten seien.

Rettich (fr. Vg.) spricht seine Verwunderung über die Auffassung des Abg. Gothein aus, indem er darauf verweist, daß nach dem Geständnis der offiziellen „Münchener Allgemeinen Zeitung“ die Enquete-Materialien der Regierungsvorlage lediglich auf die Ausarbeitungen der landwirtschaftlichen Centralvereine und des Landwirtschaftsrates beruhen.

Der Antrag Gamp wird hierauf mit 20 gegen 8 Stimmen angenommen.

Gothein (fr. Vg.) protestiert gegen die Abstimmung. Inzwischen hatten der Abg. Rebel und Genossen (Soc.) den Antrag gestellt, die Teile der Untersuchungsergebnisse des Wirtschaftlichen Ausschusses mitzuteilen, die sich auf die von Gothein beantragten Recherchen über die landwirtschaftlichen Verhältnisse beziehen.

Stadthagen (Soc.) begründet diesen Antrag eingehend. Ein Teil der Kommissionsmitglieder kenne zwar die Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses, aber er und seine Freunde seien nicht zugezogen gewesen. Es sei aber notwendig, alle Mitglieder der Kommission darin gleichzustellen.

Gothein (fr. Vg.) erklärt sich für den Antrag Stadthagen, obwohl er dem Material des Wirtschaftlichen Ausschusses keinen so großen Wert beilege. Die Untersuchungen seien sehr einseitig geführt worden. Aber es liegen noch weitere Untersuchungen vor, die in den Einzelstaaten angestellt worden seien. Auch dieses Material müsse vorgelegt werden.

Der Vorsitzende unterbricht den Redner und erklärt seine Ausführungen als nicht zur Sache gehörig.

Gothein erwidert, daß dann jede Diskussion aufhöre und geht nunmehr ausführlich auf die bisherige Enqueten in den Einzelstaaten ein. Dann kritisiert er die Rentabilitätstabellen der Regierung und weist darauf hin, daß der Wirtschaftliche Ausschuss als typische Betriebe sich diejenigen ausgesucht hätte, von denen er die Antwort erwartete, die ihm selber erwünscht war. Von 2 1/2 Millionen Betrieben unter 2 Hektar habe man im ganzen 5 gefragt, von 25 000 Großbetrieben aber 354.

Der Vorsitzende unterbricht den Redner wiederholt, indem er behauptet, daß dieser nicht auf den sachlichen Inhalt der Fragen eingehen dürfe.

Gothein protestiert und fährt in der Begründung des socialdemokratischen Antrags fort.

Geheimrat Dr. van der Borcht erwidert dem Abg. Gothein eingehend. Ein absolut einwandfreies Material, wie Gothein es verlangt, ist nicht zu erbringen. Auch eine Enquete nach englischem Muster würde nicht alleseitig befriedigen. In England wurde vier Jahre verheißt, und doch wurde das Ergebnis von allen Seiten angegriffen. Eine Musterenquete wurde in Baden durchgeführt, und diese ergab, daß die Landwirtschaft sich in unzulänglicher Lage befindet. Auch Buchenberger kommt in seinen Untersuchungen zu dem Resultat, daß die Landwirtschaft sich in einer Notlage befindet, die nicht als vorübergehende Krise bezeichnet werden kann, sondern ihren Grund in der Umwälzung der Weltproduktion in Getreide habe. Die Erhebungen des Wirtschaftlichen Ausschusses hätten nur die Tendenz, die Läden auszufüllen, die frühere Enqueten gelassen haben. Wenn derselbe Prozentjah aller Größenkategorien der Landwirtschaft hätte untersucht werden sollen wie beim Großbetrieb, dann wären 80 000 Betriebe zu untersuchen gewesen, und es hätte mehrere Jahre gedauert, um bloß die 40 000 Besitzer von Zweigbetrieben aufzufinden, die die erforderliche genaue Buchführung haben. Die kleinbäuerlichen Betriebe sind von der Enquete genügend berücksichtigt worden. Die Enquete sei nicht tendenziös, sie sei von landwirtschaftlichen Korporationen angeordnet worden: dies geschehe so überall und könnte gar nicht anders sein, denn nur Sachverständige könnten solche Enqueten anarbeiten. Der Vorwurf der Unwissenlosigkeit müsse zurückgewiesen werden.

Regierungsrat Dr. Kibitz verteidigt die Fragebogen der Enquete, die erst den hervorragendsten landwirtschaftlichen Autoritäten vorgelegt und von diesen gebilligt worden seien.

Hierauf wird ein von Spahn gestellter Schlußantrag mit 20 gegen 8 Stimmen angenommen. Der Antrag Nebel wird mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Von Fischbeck (fr. Sp.) und Goheln (fr. Bg.) ist ein Antrag eingeleitet, in § 1 des Tarifgesetzes den Minimaltarif für Getreide zu streichen und die Sätze des geltenden autonomen Tarifs für Getreide in den Zolltarif einzusetzen, also: für Roggen statt 6 M. 5 P.; für Weizen statt 6.50 M. 5 P.; für Gerste statt 4 M. 2.25 P. und für Hafer statt 6 M. 4 P.

Die weiteren Beratungen, die sich nun den Getreidezöllen zuzuwenden haben, werden auf Mittwoch vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Februar.

Kroftig.

Im Reichstag wurde am Dienstag die zweite Lesung des Militäretats fortgesetzt. Die Debatte setzte recht stürmisch ein; der Centrums-Abgeordnete Falkin schüttelte sein tiefbetäubtes Herz aus und klagte gar beweglich, daß die Gerichtsschreiber nicht Referent-Offiziere werden könnten. General v. Einem konnte ihm nur lazen Trost spenden.

Mit mehr Applomb ist der Wundlerhäuptling Abg. Dr. Rösike-Kaiserlautern gewohnt, seinen Schmerzen Luft zu machen. Er geberdete sich wieder einmal sehr unzufrieden über die Behandlung, die die Landwirtschaft seitens der Militärverwaltung zu erleiden habe, schalt auf die Wundler-Unbequemlichkeiten für die Gemeinden und erlaubte sich einige recht respektvolle Bemerkungen gegen den Fiskus. Und weil er schon einmal in den Jargon des Circus Busch hineingeraten war, schloß er mit einem pathetischen Hymnus auf den Bauernstand, den „Gesundbrunnen“ der deutschen Armee. Von seiten der Militärverwaltung wurde hierzu mitgeteilt, daß eine Statistik über die von jedem einzelnen Beruf gestellten militärdienstlichen Personen eingeleitet ist.

Noch lauter als der agrarische Führer stieß der nationalliberale Graf Oriola ins nationale Horn. Aber er entlockte seinem Instrument wenig reizvolle Töne. Zunächst rieferte der Herr Graf ein Längchen mit den Polen, aus deren Reihen ein wichtiger Zwischenrufer ihn als „Chinesen“ apostrophierte, dann wagte er sich an die gestrigen Ausführungen seiner Genossen Nebel und Kunert heran. Mit pomadischer Wichtigkeit schlenbert er seine Wunden gegen die Socialdemokratie — aber der ganze gräßliche Medeschwall zerfiel, wie Seifenblasen in nichts zerfiel. Nebel überleitete den Herrn mit ein paar kurzen Worten dem Gelächter der Linken.

Nebel hatte nicht nur mit ihm abzurechnen, auch mit der gestrigen Rede des Kriegsministers ging er scharf ins Gericht. Er zeigte die konstitutionelle Duplizierung des Reichstages ins rechte Licht, die in dem Umstande zu finden ist, daß bei der polnischen Stadt Breschen Garnisonbaracken errichtet worden sind, ohne daß der Reichstag die Mittel dafür bewilligt hätte. Er kam auch auf das Thema der Soldatenmishandlungen zurück und konstatierte weiter, daß nach seiner Kenntnis Offiziere, die wegen Sittlichkeitsvergehen verurteilt worden sind, vielfach nach kurzer Zeit begnadigt werden. Nebel betonte gegenüber dem Grafen Roon, daß es unfer Partei kein Vergnügen, wohl aber eine unabwiesbare Pflicht sei, im Parlament vor aller Welt aufzudecken, wo es faul ist im militärischen System. Die Frage des Grafen Oriola, ob die Socialdemokratie bereit sei, für eine Militärreform in ihrem Sinne die notwendigen Gelder zu bewilligen, wies Nebel zurück, indem er auf die Unheilbarkeit unserer Forderungen und auf den volkseindlichen Charakter hinwies, den einschneidende Stellen der Armee geben wollen. Die Ausführungen Nebels schlossen mit einer Verurteilung jener militärischen Praxis, die Soldaten als Konkurrenten von Arbeitern für private Zwecke verwendet — ein in der Zeit der Arbeitslosigkeit doppelt bedenkliches Verfahren!

Nachdem dann der Pole v. Czernowski temperamentvoll gegen die Verherrlicher des preussischen Militarismus polemisiert, schalt — noch in später Stunde — der freisinnige Abgeordnete Lenzmann in einer sachkundigen und gründlichen Rede die Materie der neuen Militär-Strafprozess-Ordnung und damit des an den Tod des Rittmeisters von Kroftig anschließenden Prozesses gegen Hidel und Marten an. Der Redner ging dabei auf eine Kritik der Urteile selbst nicht ein, da bekanntlich das Reichs-Militärgericht den Prozeß an die Revisionsinstanz zurückverwiesen hat und deren Entscheidung noch aussteht. Am so scharfer kritisierte Herr Lenzmann die prozessualen Verstöße des Verfahrens, die er besonders in der sofortigen unmotivierten Wiederverhaftung Hidels nach seiner Freisprechung und in der Oeffnung von Briefen des Rechtsanwalts Horn an Hidel fand. Den Hosterlach gegen Hidel charakterisierte Lenzmann als einen flagranten Rechtsbruch. Er bekämpfte die Institution des Gerichtsherrn, die im Gumbdiner Prozeß so unliebsame Erscheinungen gezeitigt hat, sehr energisch und griff den Geh. Kriegsrat Dr. Komen scharf an.

Der nationalliberale Abg. Wassermann suchte in wenig entschiedener Weise seine schwächlichen kritischen Anwandlungen gegenüber der Militärgerichtsbarkeit mit blühenden Wohlthaten-Reden zu vereinen.

Man schien im Kriegsministerium auf den Angriff des Abgeordneten Lenzmann vorbereitet zu sein. Herr v. Gohler hatte sich als juristischer Beistand der Kriegsrat Dr. Komen selbst mitgebracht, und dieser Herr, aus dessen früherer Staatsanwaltschaft der Anspruch unvergessen bleibt, die Socialdemokraten seien als solche des Meineides verdächtig, unterzog sich der ihm gewordenen Aufgabe mit mehr draufgängerischem Eifer als Zattgefühls und Willkür. Schon während der Rede Lenzmanns hatte der blasse, nervös aufgeregte Herr in fieberhafter Unruhe, bald eine kurze Notiz aufs Papier werfend, bald sich ironisch nach dem Redner zu verbiegend, dagestanden. Als er endlich begann, ertönte seine hellere Juristenstimme im Anfang so leise, daß wiederholte Rufe: „Lauter! Lauter!“ aus dem Hause erschollen. Das nahm sich dann Herr Komen sehr zu Herzen; immer stürmischer und erregter stieß er, lebhaft gestikulierend, seine oft unfreiwillig ironischen Sätze mit der Haltung des Unschuldigen hervor. Schließlich aber konnte er niemand überzeugen. Seine erzwungene Verteidigung des Haftbefehls gegen Hidel lief geradezu in die Sinne des Widerspruches auf der Linken hervor, und die Art, wie er die Reichstags-Abgeordneten glaubte schulmeistern zu dürfen, wie er dann dem Rechtsanwalt Horn, dem Verteidiger Hidels, in provozierender Weise entgegentrat, entsetzte in einem großen Teil des Hauses Neugierigen einer für den Redner wenig schmeichelhaften Stimmung.

Nach dieser eigentümlichen Leistung vertagte das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch.

Preussische Justiz.

Bei der am Dienstag im Abgeordnetenhaus fortgesetzten Beratung des Etats der Justizverwaltung sprang die Debatte fortwährend von einem Punkt zum

andern. An der vom Minister empfohlenen Erweiterung des Begriffes der Expressung übte Abg. Dr. Hirsch (fr. Sp.) nochmals eine scharfe Kritik. Er betonte, daß der Erlaß des Ministers geeignet sei, das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen und auf Umwegen das Ziel der Zucht-hausvorlage zu erreichen. Herr Schönstedt wußte auf diese Angriffe so gut wie nichts zu erwidern. Wie eine Entschuldigung klang seine Mitteilung, daß er die Staatsanwälte ja auch angewiesen habe, bei zu milder Bestrafung von Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen alle gesetzlichen Mittel anzuwenden. Bemerkte hat man von einer Wirkung dieser Anweisung bisher allerdings noch nichts.

Von verschiedenen Rednern, u. a. von den Abgg. Kirsch (C.) und Oser (fr. Sp.) wurden die jüngsten Fälle un-gerechter Verhaftung in die Debatte gezogen und die Forderung aufgestellt, in Zukunft vorsichtiger zu verfahren und bei Erlaß eines jeden Haftbefehls die Frage, ob Flucht-verdacht vorliegt, auf das aller sorgfältigste zu prüfen. Ramentlich bei Anklagen wegen Preßvergehen werde oft Untersuchungshaft angeordnet, auch wenn gar kein Flucht-verdacht vorliege. Der Minister erwiderte, daß er zwar auf den Erlaß von Steckbriefen und Haftbefehlen, die von Richtern ausgehen, keine Einwirkung hat, er gab aber zu, daß nicht immer die nötige Vorsicht obgewaltet habe.

Im übrigen brachten die Redner, abgesehen von dem Abg. Wolff-Rissa (fr. Bg.), der die ungerechtfertigte Fesselung von Gefangenen kritisierte, und dem Abgeordneten v. Czarlinski, der sich über zu harte Bestrafung polnischer Redacteure beschwerte, nur lokale Wünsche vor.

Das Gehalt des Ministers wurde bewilligt. Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt. Vorher steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend den Erwerb von Bergwerkseigentum im Ober-Vergamtsbezirk Dortmund auf der Tagesordnung.

Die Heimat der Viehsuchen.

In den nichtwichtigsten Heuböden der Agrarier gehören die „sanitären Rücksichten“, mit denen sie die fleischverwertenden Grenz-sperren zu verteidigen pflegen. In Wahrheit soll nur die ausländische Konkurrenz ausgeschlossen werden, damit im Inlande die Preise empor getrieben werden können.

Durch die Grenzsperr sind gerade umgekehrt die Gesundheits-verhältnisse des inländischen Viehes verschlechtert worden. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß in den Jahren der strengsten Sperre die Viehsuche am verheerendsten gewüthet habe. Das ist auch ganz natürlich; denn der Ausschuß der Konkurrenz ge-sunden Viehs steigert lebhaft die obnehin große Sorglosigkeit, mit der die Agrarier vielfach den Seuchenschutz im Inland behandeln.

Nichtdeshalb werden aus „sanitären“ Rücksichten die Grenzen weiter gesperrt, obwohl die Fleischpreise bei unverminderten Löhnen mehrschwinglich hoch geworden sind. Die Absicht der sächsischen Regierung, die österröische Grenze zu öffnen, scheiterte so noch unlängst an dem Widerspruch des Reichskanzlers. Damit aber noch nicht genug, forderten neulich die Zünfte im preussischen Abgeordneten-hause, daß auch die bairische Grenze gesperrt werden müßte, weil aus Oestreich Seuchen eingeschleppt würden.

Diese Annahme kam am Dienstag in der bairischen Kammer zur Sprache und veranlaßte den Minister des Innern, Herrn v. Feilitzsch, wie wir einem Münchener Telegramm entnehmen, zu einem ganz energischen Protest. Die sanitäre Grenzauflage sei durchaus einwandfrei. Die Einfuhr in die Schlachthöfe vollziehe sich unter den weitgehendsten seuchenpolizeilichen Kontrollen, alle Krankheits- verdächtigen Tiere würden an der Grenze von dem unterstehenden Tierarzt unweigerlich zurückgewiesen. Von 1896 bis 1902 sei keine Seucheneinfuhrung und Oestreich in bairische Schlachthöfe erfolgt. Dagegen seien im Jahre 1900 sieben-mal, im Jahre 1899 sogar einmal Seuchen aus Preußen nach Bayern eingeschleppt worden. Es sei kein Beweis erbracht, daß die Seuche aus Bayern nach den benachbarten Staaten ver-schleppt worden sei. Die im preussischen Abgeordnetenhaus vor-gebrachten Anklagen entbehren jeder Begründung.

Jetzt hat man also endlich einmal das offene Geheißnis aus-gesprochen, daß der Seuchenherd daselbst Preußen sei das sich gegen das „verleumete“ Vieh des Auslandes hermetisch abschließt.

Uebrigens scheint auch die preussische Regierung endlich die Unhaltbarkeit der Zukände einzusehen. Wenigstens veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ soeben die Aufhebung des Verbots der Einfuhr lebenden Rindviehs aus Galizien nach dem Regierungsbezirk Oppeln. Dieses Einfuhrverbot bestand seit dem 1. Oktober 1905.

Hoffen wir, daß das nur ein Anfang ist, der Ausshuerungung des Volkes durch die Agrarier — „aus sanitären Rücksichten“ — zu steuern.

Deutsches Reich.

Der Zollkampf. Einige Blätter, die auf dem Boden der Regierungsvorlage stehen, sprechen die Ueberzeugung aus, daß die Regierung das Getreidezoll-Kompromiß der Konservativen und des Centrums keinesfalls annehmen werde. Die „Arutz-Ztg.“ ist der Ansicht, daß die Regierung allerdings vorläufig den Kompromiß-antrag scharf bekämpfen wird, daß sie aber nach späterer Annahme desselben im Plenum des Reichstages ihre Stellungnahme nochmals revidieren werde; jedenfalls werde jetzt ihr letztes Wort noch keineswegs gesprochen. Die „Deutsche Tagesztg.“ droht gleich der „Arutz-Ztg.“, daß die Agrarier, wenn ihre Forderungen nicht mehr berücksichtigt werden, daran denken würden, auch die Industriezölle herabzusetzen.

Unsere Parteigenossen in der Posttarif-Kommission haben den weiteren Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, der Kommission eine Aufstellung darüber zu geben, wie die in der Centristenliste aufgeführten Fruchtarten sich auf die einzelnen Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe — geordnet nach den bei der Veruzahlung in Anwendung gebrachten Klassen — verteilen.

Der Bund der Landwirte gegen — Getreidezölle. Aus Götting wird uns geschrieben:

In einer öffentlichen Versammlung des Bundes der Land-wirte, die in dem Dorfe Königshain bei Götting tagte, wurde folgende Resolution gegen einige Stimmenenthaltungen ein-gerichtet angenommen:

Die am 11. Februar 1905 im Fürstenstein zu Königshain tagende öffentliche Versammlung des Bundes der Land-wirte erucht die Regierung: Da die Posttarifvorlage für das ganze Volk verderblich wirkt, dieselbe abzulehnen, möglichst gegen alle indirekten Steuern und für Einführung einer direkten progressiven Reichs-Einkommensteuer einzutreten.

Der Sanberredner des Bundes der Landwirte, ein Herr Petner, suchte die Annahme obiger Resolution zu vereiteln, indem er den Vorsitzenden veranlaßte, die Versammlung säkularmäßig zu schließen. Ein Anwesender nahm jedoch, nachdem der Vorsitz außer Kraft getreten war, die Abstimmung selbst vor und erklärte das Resultat, daß eine Bundesversammlung sich gegen die Zölle aussprach.

Heinrich und Dewey. Die gestern mitgeteilte Briefgeschichte ist bisher nicht aufgeklärt. Unnahelbare Blätter behaupten zwar, Prinz Heinrich hat jenen Brief an den amerikanischen Admiral nicht geschrieben. „Reichs-Anzeiger“ und „Nordd. Allg. Ztg.“ schweigen jedoch. Bestätigt wird dagegen offiziell, daß Admiral Dewey die Einladung des deutschen Botschafters, an einem Diner zu Ehren des Prinzen Heinrich teilzunehmen, abgelehnt hat, angeblich weil seine Frau krank sei.

Die Katholikierung. Ein Sohn des Berliner National-ökonomens Adolph Wagner, Dr. Friedrich Wagner, ist, wie dem „R. Z.“ mitgeteilt wird, zum Katholizismus übergetreten und empfing vor kurzem durch den Erzbischof von Freiburg die niederen Weihen. Dr. Friedrich Wagner studiert seit dem Winterhalbjahr 1900/01 an der Albert-Ludwigs-Universität Theologie. Sein Vater ist bekanntlich ein Vorkämpfer des Protestantismus.

Ründigungen und Lohnreduktionen.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Die der „Vorwärts“ vorher mitteilte, so geschah es: im Ruhrrevier sind am 15. Februar auf einer ganzen Reihe von Massenründigungen und Lohn-reduktionen vorgenommen, meist durch Anschlag. Einzelne Ver-waltungen haben auch den Umweg vorgezogen, die betreffenden Leute wissen zu lassen, daß sie einer Ründigung seitens der Besse vor-benügen könnten, wenn sie selbst kündigten! Von einigen Jochen wird auch berichtet, daß sie die Ründigungen bis zum 1. März hinausführten, man will die Geschichte nun doch wohl nicht zu auf-fällig machen.

Welch „arbeiterfeindlicher“ Geist bei den Grubenverwaltungen herrscht, ist auch aus einer Maßnahme gegen die Knappschafts-Zuvaliden zu erkennen. Invaliden werden nur noch beschäftigt, wenn sie von der Krankenkassen-Vertragspflicht sich entbinden lassen. Diejenigen Invaliden, die das nicht wollen, — fliegen. Die Maßnahme hat für die Unternehmern den Vorteil, daß sie für die Invaliden nicht mehr den Anteil zu den Kranken-kassen-Verträgen zu zahlen haben. Dann aber auch dürfte die Knappschaftslosse ein gutes Geschäft dabei machen. Manche Invalidenpensions-Bezieher erhalten so wenig Pension, daß sie, um die Familie ernähren zu können, unbedingt noch weiter arbeiten müssen. Invaliden neigen aber leicht zu Krankheiten, besonders wenn sie schwer arbeiten müssen, und dafür wird gesorgt. Sind die Invaliden der Krankenversicherungspflicht entbunden, spart die Knappschaftslosse das Krankengeld. Die nicht Krankengeld bezugs-berechtigten Invaliden werden aber nach Möglichkeit jeder Ein-kommensminderung sich widersetzen, indem sie nicht krank feiern und wenn sie noch so elend sind. Dadurch wird ihr Gang zum Grabe beschleunigt — und die Knappschaftslosse verliert entsprechend früher auch die Pensionsempfänger.

Wir leben ja im Zeitalter der Humanität und im Staate der entwickeltesten Socialreform.

Weimar, 17. Februar. (Telegramm.) Der Landtag der Ver-handelte über die socialdemokratische Petition wegen der Ver-sammlungsverbote und überwies sie der Regierung zur Kenntnis-nahme mit dem Antrage, ein Vereinigegese einzubringen. Der Minister v. Bumm erklärte, daß sich von einem solchen Gesetze die Socialdemokraten nicht viel versprechen dürften!

Gauler Friede.

Aus Dresden wird uns telegraphisch gemeldet: Der tragikomische Judenmittels-Konflikt zwischen der zweiten Kammer und der Regierung ist nun mühselig verfleistert. Die Kammer verzichtet auf das Verlangen ausdrücklichen Judenmittels-gesuchs seitens der Regierung und ist bereit, die Staats-Ueber-schreibungen nunmehr zu genehmigen, während der neue Finanz-minister bezüglich der Finanzgebarung beruhigende Zusicherungen gibt.

Damit ist die „Ministerkrise“ vollends zur Komödie geworden. Für das System des bisherigen Finanzministers sind die sächsischen Ministerführer bereit, die angeblich verfassungswidrigen und der Judenmittels bedürftigen Staatsüberschreibungen als nicht verfassungs-widrig und nicht indennittelsbedürftig anzuerkennen. So ist scheinbar der Sieg bei der Regierung, aber in Wirklichkeit hat die Hofratseliquie um Mehnert, die die Kammer beherrscht, zwar nicht das Ziel der Ministernachfolge, aber das nicht geringere Ziel erreicht, sich als Herrscher in Sachen anerkannt zu sehen. Sie hat es fertig gebracht, ihre eigene sträfliche Finanzpolitik in eine Schuld des Finanzministers umzuwälzen und sich selbst dem Lande zu empfehlen, als habe sie es von diesem Minister befreit. Das Land freilich durchschaut diese Politik erdärmlicher Täuschungen.

Der nun geschlossene Friede aber wird nicht von langer Dauer sein. Die Regierung des Herrn v. Meißel, so bereit sie ist, allen konservativen Diktaten zu gehorchen, wird dies Joch der Hofrats-eliquie nur mit Widerwillen ertragen können. Es wird sich vielleicht schon jetzt fragen, ob die Austreibung der Socialdemokratie aus dem Landtage und die Einführung des Dreifloßen-Wahlrechts nicht etwas teurer erkaufte wurde um den Preis der rücksichtslosen Diktatur des Agrarierthums.

Es wird uns ferner aus Dresden mitgeteilt, daß die Ernennung des Generalkassendirektors Dr. Otto zum Justizminister demnächst erfolgen werde. Der bisherige Justizminister Dr. Müller, der zum Finanzminister ernannt ist, soll also sein früheres Amt end-gültig abgeben und das Finanzministerium nicht nur, wie bisher vielfach angenommen wurde, provisorisch verwalten.

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse.

Drei Jahre Gefängnis. In Guben wurde ein Cigarren-arbeiter wegen Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Ge-fängnis verurteilt.

Ausland.

Die Vorgänge in Triest

beschäftigte auch am Dienstag wieder das österröische Parlament. Der Ministerpräsident v. Koerber unterbreitete die Regierungsvorlage, betreffend die Ausnahmeverfügungen in Triest und betont, daß diese Verfügungen durch die äußerst ernstlichen Vor-fälle notwendig geworden seien. Der Ministerpräsident stellt weiter mit Genehmigung fest, daß die Arbeiterschaft bei den Ausschreitungen nicht beteiligt gewesen sei; die eingeleitete Untersuchung werde zeigen, wie weit jene Elemente hier in Betracht kommen, welche sich überhaupt zu dem Programm absoluter Gesetzlosigkeit bekennen. Der Minister betont schließlich, daß die Polizei nur einschritt, wo die Ausschüpfung der schwarzen Fahne erzwungen werden sollte, und erklärt, daß die Verbüßung des Ausnahmestandes durchaus keine politische Maßnahme sei und in dem Moment rück-gängig gemacht werde, wo die öffentliche Ordnung und Ruhe auf normalen Wege erzielt werden könne. Abgeordneter Kathrein beantragte dringlich sofort die erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Ausnahmeverfügungen. Die Socia-l-demokraten brachten einen Dringlichkeitsantrag ein, welcher die sofortige Aufhebung der Ausnahmeverfügungen und die Suspendierung des Triester Statthalters verlangte. Das Haus geht zur Verhandlung der Dringlichkeitsanträge über.

Abg. Ellenbogen (Soc.) tritt unter heftigen Ausfällen gegen den Statthalter von Triest und die dortigen Militär- und Polizei-behörden für den Dringlichkeitsantrag der Socialdemokraten ein und ersucht das Haus, denselben anzunehmen.

Ministerpräsident v. Koerber erklärt, die Regierung habe die Ausnahmeverordnungen angesichts der drohenden Anarchie in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erlassen und müsse daran festhalten, daß dieselben solange in Kraft bleiben, bis — was hoffentlich in kürzester Frist der Fall sein werde — in Triest wieder Ruhe und Frieden herrsche.

Nach einer längeren Debatte, in welcher Ellenbogen wiederholt Ordnungsrufe erhält, lehnt das Haus die Dringlichkeit des Antrages ab und nimmt den Antrag Rathrein an. Es beschließt hierauf, in der morgigen Sitzung eine 37-gliedrige Kommission zu wählen, welche binnen 8 Tagen dem Hause Bericht zu erstatten habe. Der Gegenstand ist hiermit erledigt.

Aus Triest selbst wird vom Dienstag gemeldet:

Die Ruhe wurde auch abends nicht gestört. Am Nachmittage wurde die Arbeit nur deshalb eingestellt, damit sich die Arbeiter an der Trauerkundgebung für die Gefallenen beteiligen konnten. Während der Trauerzug sich durch die Stadt bewegte, waren alle Läden geschlossen. In den Versammlungen gaben die Redner ihrer Erbitterung über die blutigen Vorfälle Ausdruck.

Während Herr v. Koerber es so darstellt, als liege der Regierung lediglich daran, die Ruhe wieder herzustellen, ergreift man gleichzeitig Maßnahmen, um die Empörung der Masse von neuem zu provozieren. So wird aus Triest gemeldet, daß der Bürgermeister von Triest von dem Handelsminister Freiherrn v. Kasl eine Depesche erhalten habe, in welcher dieser mittelst, die Seebefehde sei erniedrigt worden, die thönlteste Beschränkung der Zahl der Besatzung einschließlich der Heizer für die Vorkriegszeit zu verfügen.

Als ein neuer Eingriff der Regierung zu Gunsten des Oesterreichischen Lloyd: ein neuer Versuch, den Arbeitern den ihnen vom Schiedsgericht zuerkannten Erfolg aus den Händen zu reißen!

Die „Neue Freie Presse“ meldet noch aus Triest: Die zum Schutze des Hafens und des Lloydarsenals angelangten 3 Kriegsschiffe haben ein Detachement von Marineinfanteristen ausgeschickt, welches am Sicherheitsdienst teilnimmt. Unter den Verhafteten befinden sich vier notorische Anarchisten: Ingenieur Pittoni, dessen Bruder wegen anarchistischer Untertaten eine Strafe in Triest abläßt, Florentin Gerson, der wegen Anarchismus dauernd aus Frankreich und Italien ausgewiesen ist, Kaufmann Novigo und der Schindler Gsch, der bis zu seiner Verhaftung Sekretär der sozialistischen Parteileitung war.

Generalfreik in Barcelona.

Der Streik der Metallarbeiter in Barcelona, von dem es kürzlich schon einmal hieß, daß er beigelegt worden sei, hat in den letzten Tagen an Ausdehnung gewonnen und sogar zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung geführt, an der 80 000 Arbeiter beteiligt sein sollen. Es liegen folgende Meldungen vor:

Barcelona, 17. Februar. Der allgemeine Zustand ist von den Leitern der jetzigen Bewegung schon seit einigen Tagen vorbereitet worden. Der Verkehr der Straßenbahnen, Omnibusse und sonstigen Wagen ist völlig eingestellt. Die Läden, Kaffeehäuser und Banken sind zum größten Teil geschlossen. Die Ausständigen griffen Dienstboten an, die vom Markt zurückkamen, und benutzten sich der von ihnen angekauften Lebensmittel. Gestern abend ist keine Zeitung erschienen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Truppenverräucherungen sind eingetroffen. Gruppen von Frauen durchziehen die Straßen mit roten Fahnen und zwingen die Kaufleute, ihre Läden zu schließen. Der Zustand dehnt sich auch auf die Umgebung von Barcelona aus. Die Zahl der Ausständigen soll jetzt 80 000 betragen. Die Hauptpunkte der Stadt sind mit Truppen besetzt. Auf der Plaza de Catalana erfolgte ein Zusammenstoß zwischen den Ausständigen und einem Bataillon Jäger zu Fuß, die schließlich Carré bilden mußten. Bis jetzt sind 3 Tote und 35 Verwundete festgesetzt, von denen 9 schwere Verletzungen davongetragen haben.

Madrid, 17. Februar. Castellanos legt in der Kammer den Ernst der Lage in Barcelona dar und wirft der Regierung Mangel der Energie vor. Der Minister des Innern erwidert, der Polizeipräsident habe nicht in alle 72 gleichzeitig abgehaltenen Versammlungen Kommissare schicken können. Der Minister schreibt die Unordnungen aufwiegen zu und erklärt, die Behörden hätten angesichts des Ernstes der Lage die Verhängung des Kriegsrechts beschlossen; er bringt gleichzeitig einen Gesetzentwurf ein, wodurch von der Kammer die Ermächtigung zur Aufhebung der verfassungsmäßigen Einrichtungen in der Provinz Barcelona verlangt wird. Die Bureau der Kammer ernannte zur Prüfung dieser Prope sofort einen Ausschuss, der sich nach kurzer Beratung zu Gunsten des Vorschlags ausdrückte. Morgen wird sich die Kammer mit der Vorlage befassen.

Barcelona, 18. Februar. Trupps von Ausständigen plünderten heute zwei Tobakläden und schleppten Steine gegen einen Wagen, in welchem Verhaftete transportiert wurden. Ein junger Mensch feuerte 6 Revolverkugeln auf die Gendarmen ab, welche den Wagen begleiteten, ein Gendarm erwiderte das Feuer und tödete den Angreifer. Eine durch Brandstiftung entstandene Feuersbrunst zerstörte ein großes Kohlenlager. Der Generalkapitän wird die Arbeitgeber der Metallindustrie zu sich berufen, um ihnen zu raten, ihren Arbeitgebern den Reumstundentag zu bewilligen. Der Verkehr der Straßenbahnen findet unter militärischem Schutze statt.

Schweiz.

Aus Genf wird und berichtet: Francis de Pressensé, wohlbekannt auch durch seine unerschrockene Gerechtigkeitsliebe im Dreifarbigen-Prozesse, ist am 10. Februar einer Einladung gefolgt, welche die „Union der armenischen Studenten Europa“ an ihn gerichtet hatte, um hier in Genf, im größten Saal der Stadt, der „Victoria-Hall“, über die armenische Frage zu sprechen. Der Abend gestaltete sich zu einer grandiosen Demonstration für das unglücklich leidende, von Europa vorbildlich im Stich gelassene, für seine Freiheit blutende armenische Volk. 2500 Personen waren im Saale anwesend, ca. 800 andre mußten leider außerhalb, da sie keinen Platz fanden. — Der Präsident des Genfer Senatsrats, M. Favon, eröffnete die Versammlung und sprach rühmliches und begeistertes aus, daß die Sympathie für das heldenhafte Brudervolk im Orient die ganze kleine Republik beherrsche. Unter größtem Beifall begann dann M. de Pressensé seinen lichtvollen Vortrag. Er nannte Genf eins der „Empfindungszentren von Europa“, ganz sei er nach Genf gekommen, um hier die Stimme für Armenien zu erheben. Nach einer gemauerten Darlegung der ehemaligen und der gegenwärtigen Lage im Orient, die unabsehbare neue Gefahren für das granitene Decimeter armenische Volk enthält, rief der Redner auf zur Propaganda für Armenien, zur Anerkennung seiner glorieichen Taten und erklärte die Revolution, die bereits begonnen habe, für unvermeidlich, notwendig und heilig. Die Griechen, Serben, Rumänen und Bulgaren so müsse und werde auch Armenien, von dem die Asiatik Vorderasiens geschaffen wurde, seine Unabhängigkeit erlangen. „Wir aber“, so endete der Redner, haben nur zwei Wege vor uns. Wir müssen auf der Seite der Helden, oder Missethäter ihres Mörders sein.“

Offentlich bleibt die bedeutende Demonstration nicht ohne härenenden Einfluß auf die öffentliche Meinung auch in übrigen Europa.

Dänemark.

Der Verkehrsminister Hörup ist am Sonnabend gestorben.

Damit ist derjenige aus dem Ministerium geschieden, der am radikalsten gestimmt war, ein Mann, der bis zum letzten Atemzuge mit anerkennenswerter Konsequenz seinen liberal-demokratischen Anschauungen treu blieb. Bereits seit einigen Jahren war Hörup leidend. Er sowie seine Freunde hielten seine Krankheit für Jeschick. Als er sich aber bald nach dem Ministerwechsel in Dr. Rosing's Klinik begab, wurde seine Krankheit als Krebs erkannt. Am 4. September schleckte sich der Minister Hörup, auf zwei Stöcken gestützt, zum Wahllokal, um für den Socialdemokraten P. Knudsen zu stimmen. Hörup ist 1841 als Kind eines einfachen Dorfschullehrers geboren. Das Kriegsjahr 1864 erlebte er als Student. Er zog aber nicht als Freiwilliger in den Krieg und das ist ihm in den konservativen Kreisen zum Vorwurf gemacht worden. Er war überzeugt, daß Dänemark sich nicht mit Erfolg verteidigen konnte. Von da ab hat er konsequent den Militarismus bekämpft, die militaristischen Bestrebungen lächerlich gemacht. Vielleicht hätte er, wenn ihm Leben und Gesundheit treu geblieben wären, dem Ministerium einen etwas radikalere Charakter verliehen und die bedenkliche Schwenkung nach rechts etwas aufhalten können. — Seine Leiche wird beerdigt. Kein Geistlicher wird bei seiner Bestattung mitwirken. Die Leitung seines Bestattungs wurde vorläufig dem Finanzminister Høge übertragen.

Der Landwirtschaftsminister Die Hansen ist bedenklich erkrankt. Bereits im November hatte er einen ersten Anfall und lag 18 Stunden bewußtlos. Jetzt handelt es sich um einen Rückfall in sein altes Leiden, das auf Verkalkung des Blutes zurückzuführen ist.

Italien.

Arbeitslosendemonstration in Rom. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Rom: Am Montagmorgen herrschte in den Stadtvierteln am unteren Tiber einiger Schrecken, weil mehrere Tausend Arbeitslose am Monte Pincio ein Meeting über einen eventuellen Massenstreik hielten und die Polizei große Vorkerkungen getroffen hatte, um die Demonstration an der Rückkehr en masse in das Centrum zu verhindern. Der Polizei gelang ihr Plan, die Arbeiter lösten sich auf. Die Arbeitslosenkammer beschloß, die Frage des Massenstreiks binnen kurzem durch Referendum zu lösen. Auch im Kapitolsviertel war man aufgeregt, weil zerstreute Arbeitergruppen auf das Kapitol bis in die Nähe der deutschen Botschaft vorrückten.

Der Boeren-Krieg.

Zur Lage in der Kapkolonie

Meldet Ritters aus Pretoria, daß in der letzten Woche nach den Meldungen der einzelnen britischen Abteilungen 17 Boeren gefallen, 5 verwundet und 107 gefangen genommen worden sind, während sich 188 Mann ergeben hätten. Das mittlere Gebiet der Kapkolonie ist vom Feinde frei. (Zum wievielten Male wird das gemeldet?) Piet Bessels Kommando wurde nach Westen zurückgedrängt und hat die Haupt-Kapkolonie nahe bei Victoria-West in nordöstlicher Richtung überschritten. Die in kleine Abteilungen aufgelösten Boerenkommandos sind schwer zu fassen. Oberst Rawlinson hat die ihm gegenüberstehenden Boerenabteilungen in östlicher Richtung von Zululand abgedrängt. Am 12. Februar ist mit andern Boeren auch Helbokornet von der Westküste bei dem Zusammenstoß mit der britischen Infanterie gefallen. Ebenfalls hat südlich von Amsterdam 12 Boeren gefangen genommen. 10 Boeren haben sich ergeben.

Frau de Wet.

Die Frau des bekannten Boerengenerals, befindet sich jetzt im Konzentrationslager zu Mariburg. Einem Interviewer teilte sie mit, daß zwei ihrer Söhne im Lager des Vaters weilten, während einer sich als Gefangener auf St. Helena befindet. Sie beschwert sich, daß sie im Konzentrationslager gehalten wird, sie wolle den Engländern für nichts danken. Ihr Mann würde sich niemals ergeben, sondern lieber sterben, sie selbst wolle ihren Mann lieber tot sehen, als einen, der sich freiwillig den Engländern ergibt.

Der Amsterdamer Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ erzählt, daß die in den letzten Tagen stattgehabten Konferenzen zwischen den Boerendelegierten den Zweck verfolgten, eine neue Intervention herbeizuführen. Der Aufenthalt des Dr. Leyds in Paris hängt damit zusammen, desgleichen die Abreise Wolmarans und Bessels nach America. Beide Boerendelegierten hoffen, angesichts der immer mehr Boden gewinnenden Boerenbegeisterung in America eine Intervention zu erreichen. Die Boerenkreise erwarten dabei die thätigste Unterstützung Frankreichs.

London, 18. Februar. Aus Port Louis wird berichtet: Der Transportdampfer „Tagus“, mit 1000 gefangenen Boeren an Bord, ist aus Durban hier eingetroffen, um nach Madras weiterzugehen.

Partei-Nachrichten.

Unsre Kommunal-Wahlprogramme behandelt Paul Hirsch in einem dankenswerten Artikel in der Nr. 20 der „Neuen Zeit“. Aus der Vergleichen der für die einzelnen Landestheile von Landes- und Provinzialkonferenzen festgestellten Programme ergiebt sich, daß auf diesem Gebiete noch ein bedenkliches Durcheinander herrscht, manche der Programme einander direkt widersprechen, einzelne sogar sehr unbedenkliche Bestimmungen enthalten und zum Teil auch recht auffällige Lücken aufweisen. Man braucht den Verfasser nicht in allen Einzelheiten beizuspüren, aber die Forderung ist durchaus begründet, daß wir uns trotz der Verschiedenheiten der Landesgesetze, der politischen Verhältnisse in den einzelnen Reichsgebieten und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gemeinden über gewisse allgemeine Grundsätze verständigen sollten, die auf dem Gebiete der Gemeindepolitik zu befolgen sind.

Partei-Presse. Ueber den Stand des „Hamburger Echo“ erfahren wir aus Versammlungsberichten der socialdemokratischen Vereine Hamburgs, daß das Blatt am Ende des Jahres 1901 32 101 Abonnenten hatte. Die Uebernahme der Redaction durch die Partei hat sich vorzüglich bewährt. Die ausstehenden Abonnements-Gelder betragen am Jahresabschluss nur 880 M.

Aus den Organisations. Der socialdemokratische Verein für den dritten Hamburgischen Wahlkreis gewann im vorigen Jahre 800 Mitglieder und zählt jetzt 7370, darunter 508 Frauen. Es wurden 82 027 Monatsbeiträge eingenommen. Im Bezirke des Kreises, der das Landgebiet mit umschließt, sind 23 socialdemokratische Gemeindevorsteher vorhanden. Der Verein hielt 280 Versammlungen verschiedener Art ab.

Der erste Hamburgische Kreis zählt jetzt in seinem Verein 2858 Mitglieder, darunter 119 Frauen. Er verzeichnete 13 210 M. In ganz Hamburg wurden im Laufe des Jahres 10 Flugblätter verbreitet.

Der socialdemokratische Verein für Ottenfen zählt jetzt 1748 Mitglieder. Die Einnahme des Vereins betrug im abgelaufenen Jahre 4490 M. Im ganzen Kreise Ottenfen-Pinneberg sind in den Vereinen 8600 Mitglieder. Der Verein, der nach Verteilung des Vertrauensmänner-Systems die ganze Partei-Arbeit im Wahlkreise zu leisten hat, entsandte eine außerordentlich tüchtige Agitation durch Schriftverteilung. In den Hauptvorstand wurden 1000 M. abgeführt.

In der Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins in Mannheim wurde sehr über die Laubbild der Parteigenossen bei der Agitationsarbeit geklagt. Der Verein gewann zwar im abgelaufenen Jahre 202 Mitglieder, doch wurde die Zahl noch als unbefriedigend bezeichnet. Die Einnahme betrug 1811 M.

Als Reichstags-Kandidat für den Wahlkreis Dortmund wurde am Sonntag in einer von 45 Delegierten besetzten Kreisversammlung der Genosse Theodor Bömelburg aus Hamburg einstimmig proklamiert. Genosse Bömelburg war selbst anwesend und erklärte sich zur Uebernahme der Kandidatur bereit. Er gab die Erklärung ab, daß er im Verein mit den Parteigenossen alles daran setzen werde, den Kreis der Partei zurückzuerobern.

Wir gratulieren den Dortmunder Genossen zu dieser glücklichen Wahl, von der wir das Beste hoffen.

Politisches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beamtenebeidigung, begangen in einer Versammlung des Arbeitervereins, wurde Genosse Leutner aus Marxneulichen in Sachen vom Landgericht Plauen zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Ein anderer Genosse aus demselben Orte wurde vom dortigen Schöffengericht gleichfalls wegen einer Krüppelung in einer Versammlung zu acht Tagen Haft verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Die Vereinigte Königs- und Laurahütte hat in der Ausschüttung den Geschäftsbericht für das erste Semester 1901/2 unterbreitet. Der Abschluß ist kein günstiger, besonders in der Eisenerzeugung und -bearbeitung läßt sich die äußerst gedrückte Marktlage erkennen, die sogar dieses große Werk nötigte, Aufträge mit Verlust auszuführen. Der Bruttogewinn stellt sich nach Deduktion aller Unkosten und der Obligationsszinsen auf 2 062 062 M., d. i. um 2 214 493 M. niedriger als im Vorjahre. Von dem obigen Ertrage entfallen auf das 1. Quartal 1 548 584 M., auf das 2. Quartal 1 413 478 M. Dieser Gewinn trägt aus schließlich aus den Kohlengruben her, während die Hütten bei den unter die Herstellungskosten gesunkenen Markt- und Verkaufspreisen mit Verlust abschlossen.

Die Erzeugung an Walzisen betrug 85 315 Tonnen, das ist 4000 Tonnen weniger als im Vorjahre; mithin ein Rückgang von 4 1/2 Proz., wobei eine stärkere Inanspruchnahme des Auslandsmarktes dem Werk zu Hilfe kam; dagegen ergaben die Erträge der beiden zu vergleichenden Semester sehr große Differenzen, indem die erzielten Preise, welche im 1. Quartal des Vorjahres für Eisen und Bleche noch 185 M. und bezw. 200 M. pro Tonne betragen, im 2. Quartal des laufenden Geschäftsjahres den niedrigen Stand von ca. 112 M. und bezw. 132 M. per Tonne durchschnittlich erreichten, ein Stand, welcher bei den im Laufe der hohen Konjunktur gewachsenen Selbstkosten einen Gewinn nicht mehr abwarfen.

Auch für Katharinhütte fanden beträchtliche Rückgänge in den Erlösen statt, welche im Durchschnitt 22 1/2 Kop. per Fuß betragen und die Erträge zu sehr geringen gestalteten.

Wie es im Bericht weiter heißt, konnten neue Aufträge, wie schon seit Jahresfrist, nur in wenig reichlichen Quantitäten und zu den der Geschäftslage angemessenen Preisen hereingeholt werden, sobald sich der Beschäftigungsgrad der Werke auf einen sehr niedrigen Standpunkt erhielt, welcher übrigens bei den jetzigen Verkaufspreisen nicht unbedeutend ist. Am Schlusse des Semesters ist im Preisbereich ein Stillstand eingetreten und es ist seitdem einer Vereinbarung der Werke unter einander gelungen, eine Aufbesserung der Preise um 5 bis 10 M. per Tonne zur Durchführung zu bringen. Die Direktion giebt sich der Hoffnung hin, daß die Preise voranschreitlich um so eher anrecht erhalten und gesteigert werden können, als auch die Nachfrage vom Auslande sich vermehrt hat. Der Bedarf der Staats-Eisenbahnen und Behörden an Eisenkonstruktionen aller Art war andauernd ein reger. Bei der in den letzten Jahren entstandenen starken Konkurrenz auf diesem Gebiete blieb jedoch der Beschäftigungsgrad der Werke bei niedrigen Preisen ein mäßiger.

Der oberhessische Steinkohlenmarkt behielt seine günstige Lage während des Semesters bei. Die Direktion konnte die Forderung — gegen denselben Zeitraum des Vorjahres gerechnet — noch um 8 1/2 Proz. vermehren und zu guten Preisen verkaufen, obwohl die Hütten weniger Kohle verbrauchten. Der ungewöhnlich milde Winter dieses Jahres hat aber in der letzten Zeit zu einer Einschränkung der Verladung und der Forderung für das laufende Quartal Anlaß gegeben, welche das Resultat desselben ungünstig beeinflussen muß.

Der Geschäftsbericht wird wohl die Hoffnungen derjenigen, die schon wieder einen merklichen Umschwung zum Besseren sahen, sehr herabstimmen.

Jahresberichte der Konsumvereine. Der Konsumverein in Sommerfeld berichtet in seinem 28. Geschäftsjahre über einen Umsatz von 212 902 M., Reingewinn 25 002 M., Rückvergütung 12 1/2 Proz. — Der Konsumverein in Spremberg hatte einen Umsatz von 217 576 M., Reingewinn 26 925 M., Rückvergütung 11 1/2 Proz. — Der Konsumverein in Garburg giebt in seinem Geschäftsbericht für das 37. Jahr einen Umsatz von 875 173 M. an. — Der Konsumverein in Langensöls, erhebt 62 215 M. um. Rückvergütung 6 1/2 Proz. — Der Konsumverein in Zschopau giebt seinen Umsatz im 33. Geschäftsjahre auf 143 230 M. an. Reingewinn 27 710 M., Rückvergütung 14 Proz.

Sociales.

Die Kriminalität der Jugendlichen.

Ein sehr ernsthaftes Problem des sozialen Lebens ist die Thatsache, daß die gerichtlichen Verurteilungen jugendlicher Personen (zwischen 12 und 18 Jahren) im Wachsen begriffen sind. Die Gesamtzahl der Jugendlichen, die im Jahre 1890 wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze bestraft wurden, betrug 47 512. Sie ist etwas geringer wie im Jahre 1893, wird aber im übrigen in keinem der 18 Jahre seit 1882 erreicht. Die Steigerung ist auch, worauf es ja allein ankommt, bei der Vergleichung der Zahl mit der in Frage kommenden Bevölkerung zu konstatieren. Im Jahre 1882 wurden von je 100 000 der jugendlichen Bevölkerung 563 verurteilt, im Jahre 1899 ungefähr 700. (Diese Zahl bezieht nur auf Schätzung; für die Jahre 1897, 1898 und 1899 können sichere Zahlen noch nicht berechnet werden.) Die amtliche Feststellung giebt die Verhältniszahlen für die Jahresanfänge 1892/1896 mit 564, 1887/1891 mit 618 und 1892/1896 mit 707 an.

Allerdings muß man diese Zahlen mit etwas Vorsicht aufnehmen, wenn man ein Urteil abgeben will über die Entwicklung der Kriminalität der Jugendlichen. Die Gruppierung der Jahresresultate ist zwar subjektiv nicht aufsehbar, aber wenn die Statistik beispielsweise erst 1893 begünne und deshalb das Jahr 1892 noch in das zweite Jahreshälfte rechnete, dann würde das folgende Jahreshälfte 93/97 ein wesentlich günstigeres Bild zeigen. Steht doch das Jahr 1892 ausnahmsweise hoch; es hat mit 729 Verurteilungen auf 100 000 der jugendlichen Bevölkerung die unglücklichste Zahl der 18 Jahre und man kann sehr wohl sagen, daß sich seit 1892 wieder ein Rückgang der Verurteilungen jugendlicher bemerkbar mache. Die Verurteilungen betragen in diesen Jahren auf 100 000 Personen

1892: 729	1895: 702
1893: 686	1896: 702
1894: 716	

Das Jahr 1897 wird nur ganz unwesentlich von 98 abweichen, 98 wird eine Steigerung, 99 wieder Fall aufzuweisen haben.

Die Gesamtzahlen reichen jedoch durchaus nicht aus zur Begründung der an sie getauften Schlüsse, daß sich eine zunehmende Verrohung der Jugend zeige, daß die Eitelkeit der Jugend im allgemeinen sinke. Es ist vielmehr hier ebenso wie bei der Gesamtheit der Verurteilten ein wesentlicher Unterschied zu bemerken, sobald man die Rückfälligen von denen sondert, die zum erstenmal bestraft wurden. Ermittlungen nach dieser Richtung liegen erst seit 1889 vor. Rückfällige Jugendliche wurden bestraft auf 100 000 der jugend-

ichen Bevölkerung 93 im Jahre 1899 und 192 im Jahre 1896, also eine Zunahme um rund 12 Proz. Die Verhältniszahl der zum erstmalig Verurteilten wuchs dagegen nur von 521 auf 570 oder um 9,4 Proz.

Wir haben in dieser Erscheinung aller Wahrscheinlichkeit nach die schädigenden Wirkungen der Strafvollstreckung auf die jungen Leute vor uns, die einmal mit dem Gesetze in Konflikt gekommen sind. Noch viel deutlicher tritt das hervor, wenn die Rückfälligen nochmals gefoltert werden in Folge, die ein- oder zweimal, und in Folge, die mehrmals vorbestraft waren. Die Verhältniszahl der ein- oder zweimal Vorbestraften stieg von 89/92 zu 93/96 um 13 Proz. die der mehrmals Vorbestraften um 43 Proz.

Wenn man auf Mittel findet, die Kriminalität der Jugendlichen einzuschränken, so muß man diese erschreckenden Tatsachen in erster Linie berücksichtigen. Es muß eine Form des Strafvollzugs gefunden werden, die wirklich erzieherisch auf die verwahrlosten jungen Leute wirkt, um sie vor Rückfall zu bewahren. **Erziehung, nicht Strafe** muß überhaupt der Grundgedanke sein, der jugendlichen Personen gegenüber zur Anwendung zu bringen ist. In den Gefängnissen werden sie erst zu Verbrechern, die der menschlichen Gesellschaft verloren gehen. Dazu wäre eine andre Abgrenzung des Begriffs „jugendliche“ vorzuziehen. Zwischen 12 und 18 Jahren liegt eine so wesentliche Entwicklung des Menschen, daß es durchaus ungerecht, fertig ist, sie strafrechtlich über einen Leisten zu schlagen.

Das Gesetz nimmt zwar insofern einige Rücksicht auf die Verschiedenheit der geistigen Entwicklung dieser Altersstufen, als es den Verurteilten durch den § 56 des Strafgesetzbuchs die Möglichkeit gewährt, Freisprechung eintreten zu lassen, wenn es zu der Ueberzeugung kommt, daß der einer Straftat überführte Jugendliche noch nicht die erforderliche Einsicht in die Strafbarkeit seiner Tat hatte. Damit könnten die Gerichte viel zur Milderung des barbarischen Zustandes beitragen, daß ein Kind von 12 Jahren schon als strafmündige Persönlichkeit behandelt wird. Die darüber seit 1894 angestellten Ermittlungen ergeben jedoch, daß die Gerichte von dem § 56 nur einen recht beschränkten Gebrauch machen. Von 1000 überführten Jugendlichen wurden nur jährlich 84 bis 89 auf Grund des § 56 freigesprochen, also nur etwas mehr wie der dreißigste Teil. Dabei ist fast ein Drittel aller bestrafte Jugendlichen des Jahres 1899 weniger wie 15 Jahre alt gewesen.

Die genannte Vorschrift genügt also keineswegs, um Kinder, die eine Kinderrei begehen, vor Gefängnisstrafen, vor Zerrüttung ihres ganzen Lebens zu schützen. Sie läßt dem subjektiven Ermessen der Richter zu viel Spielraum. Die Ueberführung über die Anwendung des § 56 in den einzelnen Gerichtsbezirken läßt Schlüsse zu auf die Willkür, die dabei waltet. Schwankt doch die Zahl der Freigesprochenen zwischen 7 und 94 in den Jahren 94/96 und zwischen 11 und 100 in den Jahren 97/99 auf je 1000 Verurteilte.

Die Hinaufhebung der Altersgrenze für gerichtliche Abhandlung der Verfehlungen jugendlicher und Gestattung des Strafvollzugs zur Erziehungstätigkeit sind die dringendsten Forderungen, die sich aus solchen Betrachtungen ergeben.

Die Kottbuser Krankenzustände wurden jetzt in einer Bürgerversammlung dort behandelt, die für Kottbus geradezu ein Ereignis war. Wir haben schon mitgeteilt, daß die Anklagen, die Genosse Antrid im Reichstag erhoben hatte, zu einer Diskussion im Stadtverordneten-Kollegium Veranlassung gaben, bei der sich der Oberbürgermeister als auch einige Stadtverordnete in Beschimpfungen Antrids ergingen und seine Behauptungen für unwahr erklärten, während der dirigierende Krankenhaussarzt Antrids Angaben bestätigte.

Infolgedessen sprach nun Antrid in einer öffentlichen Versammlung ausführlich über die Sache. Die beiden gegen dreitausend Personen fassenden Säle des Versammlungsortes mußten schon längere Zeit vor Beginn der Versammlung polizeilich abgesperrt werden und Hunderte mußten wieder umkehren. Kottbus zählt nur 40 000 Einwohner. Die Versammlung war deshalb auch nicht etwa nur von Arbeitern besucht. In das Bureau wurde auch ein Stadtverordneter gewählt, der sich bei der Diskussion im Stadtverordnetenkollegium auf Antrids Seite gestellt hatte. Dieser Herr trat auch dann, nachdem Antrid in längerer Rede den Gegenstand behandelt hatte, in der Versammlung dessen Ausführungen in sachlicher Hinsicht bei. Für den Oberbürgermeister ergab sich niemand das Wort.

Die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution an, in der sie dem Genossen Antrid ihren Dank für sein Auftreten ausspricht und die städtischen Behörden auffordert, die bestehenden Uebelstände zu beseitigen.

Die Resolution soll auch der Regierung mitgeteilt werden.

Gewerkschaftliches.

Der vierte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird von der Generalkommission der Gewerkschaften für Montag, den 16. Juni, nach Stuttgart einberufen.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Beratung der Anträge, betreffend:
 - a) Agitation (allgemeine);
 - b) Agitation unter den Arbeiterinnen;
 - c) Streikunterstützung und Streikstatistik;
 - d) Reichs-Arbeiterssekretariat;
 - e) „Correspondenzblatt“;
 - f) Wahl und Organisation der Vertreter in der Socialgesetzgebung.
3. Endmissionswesen (Streiklisten).
4. Die Hausindustrie.
5. Die Tätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeiterssekretariate.
6. Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung.
7. Das Koalitionsrecht der Eisenbahner.
8. Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation.
9. Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung, oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 5. Mai 1902 an die Generalkommission einzuwenden. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 16. Juni 1902, morgens 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 21. Juni tagen.

Zur Teilnahme an dem Kongress sind sämtliche Central-Organisationen und solche Local-Organisationen berechtigt, welche verhindert sind, sich central zu organisieren. In Zweifelsfällen entscheidet der Gesamtschiedsrichter. Ausgeschlossen von der Teilnahme an den Kongressen sind alle Gewerkschaften, welche ohne genügende Entschuldigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 3000 Mitglieder einen Delegierten zu wählen. Kleinere Gewerkschaften wählen einen Delegierten. Wichtige Anträge entscheidet die Zahl der durch die Delegierten vertretenen Mitglieder.

Berlin und Umgegend.

Modellistischer, Achtung! Von der „Union“, Electricitäts-Gesellschaft, Rosbit, der Firma Ludwig Löwe, Maschinenbau, S. C. E. r. t., Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen in Friedrichsdorf, und S. C. r. e. p. p., Berliner Modellist, Kastanien-Allee, sind sämtliche

Modellistischer ausgesperrt. — Jung ist fernzuhalten! Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Generalkommission der Gewerkschaften

veröffentlicht in der neuesten Nummer des „Correspondenzblatt“ ihren Rechenschaftsbericht. Im allgemeinen war die Arbeit auf den verschiedenen Tätigkeitsgebieten die gleiche wie in den Vorjahren. Nur die im vorigen Jahre erfolgten Wahlen der Vertreter der Arbeiter im Reichs-Verkehrsgesetz brachte eine außerordentliche Arbeit, welche sich auf die Zeit vom Januar bis August vorigen Jahres erstreckte. Die fortwährende Steigerung der laufenden Einnahmen der Generalkommission ermöglichte es dieser, den Agitationskommissionen in den Unruhebezirken größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Jahre 1900 betrug die Einnahme von Quartalsbeiträgen 61 044 M., im Jahre 1901 74 040 M. Es ist dies ein Beweis, daß die Zunahme von 99 954 Mitgliedern, welche die Gewerkschaften im Jahre 1900 anzuweisen hatten, die Finanzkraft der Gewerkschaften im Jahre 1901 gestärkt hat. Nach dieser Beitragsleistung ist aufzuweisen, daß der Verlust an Mitgliedern im Jahre 1901 ein bedeutender nicht gewesen sein kann und die Beitragsleistung in den Organisationen eine regelmäßige geworden ist.

Auch im letzten Jahre hat die Generalkommission einigen Organisationen Zuschüsse zur Agitation gewährt. Ferner übernahm sie die Kosten für eine Agitationsstour im Weiskeser Bezirk und in Mecklenburg.

Mehrere Anforderungen, zum Bau oder zur Mietung von Versammlungsorten, Mittel zur Verfügung zu stellen, konnte die Kommission nicht entsprechen. Nur in einem Fall wurde eine Summe für diesen Zweck zur Verfügung gestellt, weil die Verhältnisse an dem betreffenden Ort dies dringend geboten erscheinen ließen. Ebenso war es nicht möglich, alle die Gesuche um Gewährung von Mitteln zur Gründung und Erhaltung von Arbeiter-Sekretariaten zu bewilligen, weil die Vorbedingung, welche der Gewerkschaftskongress für die von der Generalkommission zu gewährende Beihilfe als notwendig voraussetzte, in den Orten, aus welchen die Anträge kamen, nicht gegeben war.

Nach den Erfahrungen, welche im letzten Jahre mit der praktischen Verwendung des von der Generalkommission gelieferten Materials für die Streikstatistik gemacht worden sind, ist das Material abgeändert und neu angefertigt worden. Die Vorbedingung für eine allen Anforderungen entsprechende Streikstatistik dürfte nunmehr gegeben sein. Wenn die Erhebungen noch nicht vollkommen ausfallen, so muß berücksichtigt werden, daß die Verwaltungsbeamten der Zweigvereine der Gewerkschaften sich erst die nötige Übung in der Benutzung des Erhebungsmaterials aneignen müssen. Es ist bestimmt darauf zu rechnen, daß nach Verlauf eines weiteren Jahres diese Übung vorhanden sein dürfte und unsre Streikstatistik der Kritik stand halten wird.

Die Generalkommission hatte sich mit einem Antrage zu beschäftigen, nach welchem eine periodische Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes im „Correspondenzblatt“ gebracht werden sollte. Die Organisation, die notwendig ist, um eine zuverlässige und genügend umfassende Berichterstattung auf diesem Gebiete zu sichern, würde aber finanzielle Aufwendungen erfordern, welche wahrscheinlich größer sind, als der Vorteil der den Gewerkschaften aus einer solchen Berichterstattung erwachsen kann. Es sollte jedoch der Versuch gemacht werden, durch einheitliche zu gleicher Zeit zu erstellende Berichte der Centralverbände einen Ueberblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu gewinnen. Auf eine Umfrage erlärten aber nur 18 Verbände in der Lage zu sein, solche Berichte zu liefern und ist der Plan als vorläufig gescheitert zu betrachten.

An fast allen Gewerkschaftskongressen und Generalversammlungen nahmen Mitglieder der Generalkommission als Vertreter der letzteren, oder als Delegierte ihrer Organisation teil. Nur bei den Damarbeitern, Bildhauern, Hutmachern, Feinstreperen, Rostseuren, Zeichnern und auf dem internationalen Glasarbeiter-Kongress war die Generalkommission nicht vertreten, weil entweder eine Aufforderung zur Delegation von den betreffenden Berufs nicht ergangen war oder ein Vertreter wegen anderweitiger Inanspruchnahme der Kommissionsmitglieder nicht entsandt werden konnte.

Auf der Konferenz der Blumen- und Federarbeiter sowie auf dem Kongress der Civil-Versehrten der Kürschner, und der Feinstreperer erfolgte die Gründung eines Centralverbandes der genannten Branchen. Die ersten drei Verbände sind der Generalkommission angeschlossen, während bezüglich des Verbandes der Feinstreperer nicht bekannt geworden ist, ob derselbe thatsächlich ins Leben getreten oder ob der Kongressbeschluss nicht zur Ausführung gelangt ist.

Dem „Organisations-Komitee der Gewerkschafts-Beisitzer“, welches auf einer Konferenz in Leipzig im Jahre 1900 gewählt war, sind seitens der Generalkommission die Mittel zur Verfügung gestellt, deren es zur Erledigung seiner Arbeiten bedurfte. Die Trägung der Unkosten für eine von dem Komitee in Aussicht genommene Konferenz der Gewerkschaftsbeisitzer wurde jedoch von der Generalkommission abgelehnt.

Die Auflage des „Correspondenzblattes“ stieg von 10 000 Exemplaren im Dezember 1900 auf 12 100 Exemplare im Dezember 1901. Die Auflage des italienischen Blattes „L'Operaio Italiano“ hat sich im letzten Jahre nicht vergrößert. Den wiederholten Anträgen der Genossen aus den Bezirken, in welchen die polnische Sprache vorherrschend ist, gab der Gewerkschafts-Ausschuss schließlich nach und wurde am 1. April 1901 ein polnisches Organ „Oswiata“ (Erleuchtung) ins Leben gerufen. Die Einrichtung wurde in der gleichen Weise getroffen, wie bei „L'Operaio Italiano“, d. h. von den Herstellungskosten tragen die Verbände, welche das Blatt beziehen, zwei Drittel und die Generalkommission trägt ein Drittel. Das Blatt hat bisher eine Auflage von 3000 Exemplaren.

Die Einnahmen der Generalkommission betragen im Jahre 1901 mit dem Bestand vom 31. Dezember 1900 in Höhe von 20 859,81 M. 118 865,04 M., die Ausgaben 70 145 M., so daß in das Jahr 1902 ein Bestand von 48 720,04 M. übernommen werden konnte.

Zug von Bierbrauereien ist von ihm fernzuhalten, da die dortigen Brauereibesitzer anscheinend gegen die Organisation der Brauer vorgehen wollen. In der „Bierbrauerei“ wurde bereits sechs Brauereien wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gekündigt.

Die Schneider von Hensburg haben ihren Arbeitgebern einen neuen Lohnvertrag unterbreitet. Die Antwort der letzteren wird bis zum 20. Februar erwartet.

Die Leipziger Metallarbeiter haben sich dem dortigen Gewerkschaftskartell angeschlossen. Ein Antrag, vom 1. April d. J. dem Kartell beizutreten, vereinigte 203 Stimmen auf sich; außerdem wurden noch 10 Stimmen ohne jede weitere Bemerkung für Anschluss an das Kartell abgegeben, während 80 nur nach einer entsprechenden Aenderung des Kartellstatuts und 54 dem Kartell überhaupt nicht beitreten wollten. Durch diesen Beschluß ist die isolierte Stellung, die die Metallarbeiter in Leipzig gegenüber den andern Gewerkschaften seit dem Jahre 1897 eingenommen haben und die besonders in wichtigen, die Gewerkschaften gemeinsam interessierenden Fragen recht fühlbar wurde, beseitigt worden. Etwa 4000 organisierte Arbeiter sind nun durch den Beitritt der Metallarbeiter im Gewerkschaftskartell mehr vertreten. Außer den Verbandsbuchdruckern stehen jetzt nur noch die Lithographen und Steinrunder und die Rotenscheer abseits vom Kartell.

Die Maschinenfischer in Neu-Zszenburg bei Frankfurt a. M. sind am Montagmorgen in einer Stärke von 150 Mann ausständig geworden. Die Gründe dieses Schrittes liegen in dem Bestreben der Fabrikanten, schon seit einiger Zeit ganz erhebliche Lohnreduktionen durchzuführen. Nach einem mißglückten Ausprobierungsversuch zu Weihnachten versuchte man am 7. Februar einen neuen Lohnvertrag mit durchschnittlichen Lohnreduktionen von 16 Prozent einzuführen, der zudem rückwirkende Kraft vom 1. Februar ab haben sollte. Dies wurde jedoch auch teilweise vereitelt. Als aber infolge eines Konkurses einer Fabrik die Arbeitszeit in derselben von 10 auf 8 Stunden reduziert wurde, ergrißen die übrigen Fabrikanten die

Gelegenheit, um erstens durch ihre Mißhilfe die völlige Schließung dieser Fabrik durchzuführen, und dann am Sonntagabend allgemein diese verkürzte Arbeitszeit und extra noch eine 15 prozentige Lohnverlängerung ihren Arbeitern aufzuerzwingen. Darauf gingen diese nicht ein, weshalb es am Montag zum allgemeinen Ausstand kam. Den Zug von Zischlern und Ladieren wollte man dringend vermeiden.

Die „Leberarbeiter-Zeitung“ trat am 3. Februar in den 25. Jahrgang ihres Erscheinens. Ursprünglich erschien dieselbe als „Vereinsblatt“ der Weiskeser. Seit 1893, also jetzt in ihrem 10. Jahrgang, erscheint sie unter dem in der Spitzmarke angegebenen Titel als Organ der vereinigten Leberarbeiter-Organisation.

Der Ausstand in den Köln-Lindenthaler Metallwerken hat zu Gunsten der Arbeiter geendet. Die Direktion hat die Lohnverlängerung zurückgezogen. Die Löhne sind eben ohne die geplante Kürzung so gering, daß eine weitere Herabsetzung nahezu unmöglich erschien.

Ausland.

In Greiz haben Verhandlungen zwischen den Streikenden und Ausgesperrten und den Fabrikanten stattgefunden, wobei letztere einige Zugeständnisse machten. Es besteht danach Aussicht, daß der Konflikt beigelegt wird.

Versammlungen.

Mit der Bundesrats-Verordnung zum Schutze der Gastwirts-Gehilfen, die am 1. April d. J. in Kraft treten soll, beschäftigte sich eine stark besuchte Versammlung der Kellner, Köche und Berufsgenossen, die gestern nachmittag im Grand Hotel, Alexanderplatz tagte. Der Reichstags-Abgeordnete Thiele förderte die Bestimmungen der Verordnung, die so lange Zeit auf sich warten ließ und nun doch in keiner Hinsicht den völlig berechtigten Wünschen der Gastwirtsgehilfen entspricht. Nachdem zweifellos festgestellt worden ist, daß die Gastwirtsgehilfen unter außerordentlichen Umständen leiden, daß die Krankheits- und Todesziffer infolge der langen und ungesundem Arbeitszeit eine überaus hohe ist, hätte angenommen werden müssen, daß die Regierung viel weiter geht und wirkliche Schutzbestimmungen trifft. Für ca. 60 Proz. der Gehilfen, die heute 18 Stunden arbeiten, bedeutet diese Verordnung, abgesehen davon, daß sie von vornherein den größten Teil des Personals ausschließt, überhaupt keine Verbesserung, sondern sie legt die gegenwärtigen, unwürdigen Zustände festschließend fest. Allerdings sind die Polizeibehörden berechtigt, in den größeren Orten die für diese festgesetzte achtstündige Ruhezeit auf 9 Stunden zu verlängern. Nach den bisher gemachten Erfahrungen haben diese Behörden wenig Reizung bewiesen, nach dieser Richtung von ihrem Recht Gebrauch zu machen. Der Redner, der der Meinung ausdrukt gab, daß das im Gastwirtsgebetriebe übliche Trinkgeldsystem wesentlich an den herrschenden Zuständen die Schuld trägt, verweist sodann darauf, daß es nun Aufgabe der Gastwirtsgehilfen selbst sein wird, eine Verringerung ihrer Lage zu veranlassen und zwar dadurch, daß sie sich in der Organisation zusammenschließen und mit Hilfe der Organisation menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Die Ausführungen des Referenten wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Ueber die weiter zu treffenden Maßnahmen zur Erlangung der neunstündigen Ruhezeit für Berlin referierte Hr. Lamprecht. Der Redner bezeichnete die Verordnung ebenfalls durchaus unzulänglich und empfiehlt namens der Fachkommission eine Petition an das Polizeipräsidium um Verlängerung der Ruhezeit auf 9 Stunden, die für Berlin um so notwendiger ist, als die Gehilfen zumeist lange Wege von und nach dem Geschäft machen müssen, wodurch die Ruhezeit bezw. Schlafzeit ganz erheblich beschränkt wird. In der hierauf folgenden, sehr regen Diskussion wurde die Verordnung einer lebhaften Kritik unterzogen und sodann einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die Versammlung erklärt nach eingehender Erörterung aller einschlägigen Gesichtspunkte, daß die Bundesrats-Verordnung nicht geeignet ist, die schweren Mängel in den Arbeitsverhältnissen des Gastwirtsgebetriebes, wie sie durch die amtlichen Erhebungen festgestellt wurden, zu beseitigen. Sie bedauert deshalb auf das lebhafteste, daß der Bundesrat nicht nur die durchaus begründeten Forderungen der Gehilfenschaft gänzlich außer acht gelassen, sondern sogar hinter den Forderungen des Reichs-Gesundheitsamtes zurückgefallen, das Hilfspersonal von den Schutzbestimmungen gänzlich ausgeschlossen ist, und erwartet nunmehr vom Reichstags, daß er für das von der Regierung bereits vor 10 Jahren versprochene Specialgesetz zum Schutze der Gastwirtsgehilfen wirksam eintritt.“

Außerdem erwartet die Versammlung mit Bestimmtheit, daß die noch Ziffer 1, 1 Absatz 2 vorgesehene Verlängerung der Ruhezeit auf neun Stunden durch die dazu berechtigten Polizeibehörden allgemein zur Durchführung gelangt. Die Versammlung ist sich zwar bewußt, daß ein genügender Schutz nur durch die Anerkennung der auf den „Ersten Fachkongress der Gastwirtsgehilfen Deutschlands“ formulierten Forderungen eintreten könnte, glaubt jedoch, daß durch diese unbedingt notwendige Verlängerung der Ruhezeit wenigstens nach einer Richtung hin eine nicht unwesentliche Verbesserung der bestehenden Zustände herbeigeführt werden würde. Von den Berufsgenossen der andern Orte Deutschlands legt die Versammlung eine gleiche Stellungnahme voraus und sie appelliert an die Öffentlichkeit und die ihr dienende Presse den Gastwirtsgehilfen auch in Zukunft in ihren gerechten Bestrebungen zu unterstützen.“

Außerdem wurde die Fachkommission beauftragt, dem Polizeipräsidium unverzüglich eine Petition zu übermitteln, in der ersucht wird, für Berlin die Ruhezeit der Gastwirtsgehilfen auf 9 Stunden festzusetzen.

Verichtigung. Zu dem Versammlungsbericht der Modell- und Fabrikistischer der Union erhalten wir folgende Zuschrift:

In dem gestrigen Versammlungsbericht muß es heißen: Der Lohnsatz betrug bisher 55—58 Pf. Dann haben nicht die bisher dort beschäftigten Kollegen die zu minderen Bedingungen Arbeitenden zum Auslösen veranlaßt, sondern dieselben sahen den Beschluß selbstständig ohne Verlehen der Uebrigen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Repräsentantenkammer.

Brüssel, 18. Februar. (W. L. B.) Auf eine Anfrage, welches event. die Haltung der Regierung sein würde, wenn eine Nacht neue Vorkläge zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen der kriegführenden Parteien in Südafrika machte, erwiderte der Minister des Aeußeren de Faveray, der englische Minister des Aeußeren, Lord Lansdowne, habe in seiner Antwort an die niederländische Regierung seine Absicht betont, keinerlei fremde Intervention anzunehmen.

Stettin, 18. Februar. (W. S.) Das Schwurgericht beurteilte heute nach zweitägiger Verhandlung den Wilhelm Koppenberg wegen Ermordung des Reichenswärters Bischof in Jandze und wegen Nordausfalls auf den Gastwirt Grünberger zum Tode und fünf Jahre Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie den Erben Mag Koppenberg wegen Beihilfe zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Triest, 18. Februar. (W. S.) Hier herrscht wieder vollständige Ruhe. Die meisten Truppen, welche zum Schutze der öffentlichen Gebäude herangezogen waren, sind wieder abgerückt.

Kragu, 18. Februar. (W. S.) Auf der See „Bonifacius“ wurde der Expedient Falke und der Verladener Böcker von einigen Wagen überfahren. Der letztere war sofort tot, Falke starb bald an seinen schweren Verletzungen.

Reichstag.

146. Sitzung vom Dienstag, 18. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Goltz.

Das Andenken des verstorbenen Abg. Herrn v. Hammerstein (Welfe) wird in der üblichen Weise geehrt.

Der Besetzungswurf über die Kontrolle des Reichshaushalts wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Dann wird die zweite Lesung des Militär-Etats beim Titel „Kriegsminister“ fortgesetzt.

Abg. Falst (C.) beschwert sich darüber, daß die Gerichts-Schreiber nicht Reserve-Offiziere würden, während die Steuersekretäre zur Offizierswahl zugelassen würden.

General v. Einem: Es ist nicht der Fall, daß Gerichtsschreiber als solche nicht für fähig gehalten werden, Reserve-Offiziere zu werden. Ueberhaupt ist keine Beamtenkategorie von der Zulassung ausgeschlossen. Der Bezirkskommandeur hat nur in jedem einzelnen Fall die Pflicht, die persönlichen Verhältnisse des einzelnen Bewerbers zu prüfen.

Abg. Dr. Köstke-Kaiserlautern (V. d. L.) verlangt bei den Pferdemusterungen eine größere Berücksichtigung der Wünsche der Landwirtschaft. In Weisensfeld z. B. sind die Pferdemusterungen vom Anfang April bis Anfang Mai vorgenommen worden, das ist keine besonders günstige Zeit. Es möchte für jeden Bezirk durch amtliche Erhebungen festgestellt werden, welche Jahreszeit für die Pferdemusterungen die geeignetste ist. Redner wünscht weiter, daß die Proviandämter zum mindesten den Preis für Getreide anbieten, den die Händler notieren. Der Preis wird ja allgemein als der schärfste Merk angesehen, aber auch er sollte sich doch das heute anerkannte Prinzip zu eigen machen, der Stärkste muß dem Schwächeren entgegenkommen. Heute bedeuten die Wanderverläufe eine Extrastärke, die dem Lande gegenüber den Städten anferlegt wird. (Sehr richtig! rechts.) Der Flurschaden wird nicht immer noch richtigen Grundbesitzern berechnet, häufig wird als entgangener Gewinn, der nicht entschädigt wird, betrachtet, was eigentlich hässlicher Schaden ist. — Schließlich noch etwas allgemeines. Wir haben eine Resolution angenommen, die Feststellungen darüber verlangt, in welchem Verhältnisse die Zahl der zum Militärdienst Tauglichen sich auf die einzelnen Bezirke vertheilt. Ich frage den Herrn Kriegsminister, ob diesem Wunsche des Reichstags nachgegangen ist. Professor Brentano hat behauptet, daß Industrie und Handel eine größere Zahl von Militärtauglichen liefern als die Landwirtschaft. Dem gegenüber hat Professor Sebring dargelegt, daß die größere Anzahl der Rekruten aus agrarischen Bezirken stammt. Es wird sich zeigen, daß, wer dazu beiträgt, daß der Bauernstand zu Grunde geht, damit zugleich den Gesundheitsarmen zerstört, aus dem das deutsche Heer seine Kraft zieht. (Bravo! rechts.)

General v. Berlingen: Mit der Anlegung des Herrn Vorredners in Bezug auf die Proviandämter ist die Heeresverwaltung einverstanden. Selbstverständlich ist, daß die Proviandämter nach Möglichkeit auch ihr Interesse wahren müssen und den Produzenten nicht jeden beliebigen Preis zahlen dürfen. — Was die Versorgung der Gepanne bei Manövern anlangt, so sind durch Vermittelung der Landräte im vorigen Jahre bereits ca. 64 Proz. der Gepanne durch Ausnutzung besorgt worden. Auf die Entschädigung für Flurschäden hat das Kriegsministerium sehr wenig Einfluß, die Berechnung geschieht durch Kommissionen, die eine gewisse neutrale Stellung einnehmen.

General v. Einem: Die Statistik, nach der sich der Herr Vorredner erkundigte, ist eingeleitet und wir nehmen an, daß im nächsten Jahre die Resultate vorliegen werden. Es soll bei jedem Rekruten festgestellt werden, ob er auf dem Lande oder in der Stadt geboren ist und wo er die längste Zeit beschäftigt war.

Abg. Graf v. Oriola (nall.) plädiert für höhere Entschädigung der durch die Einquartierungen betroffenen Landwirte und vollen Ersatz für Flurschäden. Die Bestimmungen in dieser Beziehung müssen ganz neu geregelt werden. — Auf die Resolution des Herrn Lenmann wegen der Bekämpfung des Viehs einzugehen, lehnen wir ab, nachdem unser Standpunkt in dieser Frage erst vor wenigen Tagen klargestellt worden ist.

Ich komme nun zu den Angriffen der Abgg. Webel und Kunert auf die Militärverwaltung. Ich finde es sehr bedauerlich, wenn hier vor aller Welt unser Heer und unser ganzes Offiziercorps in dieser Weise heruntergerissen wird. In anderen Ländern giebt es auch Mißstände, aber dort hängt man die Dinge nicht an die große Glocke, sondern wendet sich an die Instanz, die eine Beseitigung der Mißstände verfügen kann. Herr Webel wendet sich natürlich besonders gegen das deutsche Offiziercorps, weil dieses aus Junkern besteht und ihm die Junker verhaßt sind. Aus einzelnen bedauerlichen Vorgängen kritisierte er die Allgemeinheit. Was würden Sie (zu den Socialdemokraten) sagen, wenn wir etwa Vergehen von Sekretären der socialdemokratischen Klassen zu einer Kritik der ganzen Partei ausnützen wollten. Die Verallgemeinerungen sind gerade das Gefährliche bei solchen Kritiken. Abg. Webel scheint sogar die französische Fremdenlegation als ein Paradies gegenüber den deutschen Militärverhältnissen zu betrachten. Wie können Leute, die die wahren Verhältnisse nur einigermassen kennen, den deutschen Militärdienst verurtheilen mit dem in der Fremdenlegation, der fast immer zum Tode führt? Herr Webel hat natürlich das „System“ für alles verantwortlich gemacht. Er hat von einer Ueberlastung der Unteroffiziere gesprochen. Diese hängt aber in hohem Grade zusammen mit der zweijährigen Dienstzeit, von der wir gewiß nicht lassen wollen. Will aber etwa Herr Webel durch den Antrag, die Zahl der Unteroffiziere zu vermehren, eine Entlastung derselben herbeiführen? Ich glaube, wir können einen solchen Antrag vom Abg. Webel kaum erwarten. Herr Webel hat sich wiederholt auf eine Großfährde, die angeblich von einem Offizier geschrieben ist, berufen. Wer weiß, ob es wirklich ein Offizier ist? Jedenfalls sind mir die Offiziere unseres Generalstabes größere Autoritäten als der Gewährungsmann des Abg. Webel. Wie kam man von der deutschen Armee sagen, sie stände in der Kriegsausbildung zurück? Wenn man einigermassen mit Offizieren, mit Hauptleuten bekannt ist, weiß man, daß ein Hauptmann nur vor einer Sache Angst hat, das ist das Schließen. Alles andre läßt der Oberst eher durch, als schlechte Schießresultate. Abg. Webel aber erzählt uns, wir ständen den Franzosen in vieler Hinsicht nach. Und derselbe Mann warnt uns vor Jena! Er ist ja ein sehr belehrender Herr und über die ausländischen Armeen sehr informiert. Aber wo ist der Abg. Webel, der neue Taktiker für das deutsche Heer, wenn es sich darum handelt, unsre Grenzen zu besetzen? Dann bewilligt die Socialdemokratie keinen Pfennig! Herr Webel hat die blanken Knöpfe unserer Armee getadelt. O! Herr Webel, wo sind die Millionen, die wir brauchen für eine neue Uniformierung der Armee? Wollen Sie sie uns geben? Sie bewilligen doch diesem System keinen Groschen! Wenn wir den socialdemokratischen Staat hätten, dann lägen die Dinge ganz anders! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auf die Abantastung des Abg. Webel über die Milizarmee lobt er sich gar nicht weiter eingehen. Hätten wir überhaupt die Ehre, den Abg. Webel hier bei uns zu sehen, wenn das deutsche Heer uns nicht 1870/71 die Einheit des Vaterlandes gebracht hätte? (Lärm bei den Socialdemokraten.) Ihre Zwischenrufe machen auf mich gar keinen Eindruck. (Lärm des Abg. Richard Fischer: Ihre Rede auf uns auch nicht! (Weiterheit.) Wir wollen uns unser Heer und unsern Bauernstand erhalten. Mit diesen beiden Elementen werden wir uns vor dem Zusammenbruch bewahren, von dem der Abg. Kunert gestern gesprochen hat. (Rebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bräse (fr. Wp.) führt Beschwerde darüber, daß infolge Lager Handhabung der sanitären Vorschriften im 8. (ostpreussischen) Ulanenregiment die Roghkrankheit eingeschleppt worden sei.

Kriegsminister v. Goltz: Die Roghkrankheit ist in das Regiment von außen hereingetragen worden. Es sind darauf 48 Pferde getödtet worden, größtenteils gesunde, damit vollkommene Sicherheit gegen das Umsichgreifen der Krankheit gegeben wäre. Die Krankheit ist infolge dessen in dem Regiment auch völlig verschwunden. Nur bei einer Schwadron ist von außen her eine neue Ansteckung erfolgt.

Abg. Webel (Soc.):

Herr Dr. Köstke hat heute die Gelegenheit benützt, um eine Art Wahlrede zu halten. Er hat die Bedeutung des Bauernstandes für die Armee hervorgehoben und dabei gesagt, daß der Bauernstand von Jahr zu Jahr zurückginge. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Während wir in den Jahren 1892—1895 einen erheblichen Verlust an selbständigen Gewerbetreibenden auf dem Gebiete des Handels und der Industrie zu verzeichnen hatten, hat der Bauernstand in der gleichen Zeit um 120 000 Köpfe zugenommen. Wenn andererseits nicht zu verkennen ist, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung abnimmt im Vergleich zur industriellen Bevölkerung, so liegt dies an der Entwicklung unserer modernen Kultur, der Sie auch mit noch so hohen Zöllen nicht entgegenzutreten können. Herr Köstke hat dann behauptet, der Bauernstand sei absolut notwendig für das deutsche Heer. Dasselbe sagt man natürlich auch von der Industrie, dem Handel und dem Verkehr. Sollte die Statistik, die wir mit ihm wünschen, ergeben, was ja möglich wäre, daß relativ die Landwirtschaft mehr Mannschaften zur Armee stellte als die Industrie und der Handel, so wäre damit allerdings bewiesen, daß die Verhältnisse auf dem Lande günstiger sind. Daraus würden meine Freunde nur schließen, daß es nunmehr dringend notwendig wäre, die Lebensverhältnisse der industriellen Bevölkerung dringend zu verbessern durch Verkürzung der Arbeitszeit, eine vernünftige Wohnungspolitik u. s. w. Das ist nicht richtig ist, daß unser Heer allein auf dem Bauernstand angewiesen ist, beweist das Königreich Sachsen. Dort kommen auf 100 gewerblich thätige Personen nur 14 in der Landwirtschaft beschäftigt, während im übrigen Deutschland 85 Personen vom Hundert in der Landwirtschaft thätig sind. Dabei ist Sachsen zur Zeit sehr stark zu Agrarleistungen herangezogen, es hat seine Armee stark vermehrt. Wir haben aber nicht gehört, daß der sächsische Kriegsminister nicht die nötigen Mannschaften zur Verfügung gehabt hätte. Und wenn heute ein so industrieller Staat wie England zur allgemeinen Wehrpflicht überginge, dann würde sich zeigen, daß es voll auf genügend Truppen zur Verfügung hätte. Doch wir sind jetzt bereit, die Statistik abzuwarten und mit Ihnen dann weiter über die Frage zu diskutieren.

Der Kriegsminister ist gestern auf meine Anfrage eingegangen, ob es richtig sei, daß in Weischen und Lunggenden Baracken erbaut würden zur Aufnahme von zwei Bataillonen. Er hat das bestätigt und darauf hingewiesen, diese Maßnahme wäre dadurch hervorgerufen, daß infolge der Ueberlegung der Festung Posen die Einquartierung der betreffenden Truppen notwendig geworden sei. Diese Thatsache war aber doch schon seit Jahren bekannt, die Militärverwaltung war also auch darauf vorbereitet, umso mehr mußte es überraschen, daß jetzt plötzlich, ohne daß der Reichstag gefragt worden war, in Weischen und Schrimm neue Baracken für die Truppen erbaut wurden. Die Erbauung dieser Baracken ist eintausendmal nicht gerechtfertigt. Es handelt sich hier um eine institutionelle Mäpierung, die hier von seiten der Militärverwaltung betrieben wird. Andere Reichsverwaltungen gehen anders vor. Noch nennlich erklärte uns der Staatssekretär des Reichs-Konsums, die Posthilfsboten hätten die ihnen im Budget gestellten Lohnserhöhungen von 2,50 M. auf 2,75 M. nicht deswegen schon am 1. April erhalten können, weil die vom Reichstag bewilligten Mittel nicht ausgereicht hätten. Auch bei der Militärverwaltung kann man sonst sehr sparsam sein. Ein Arbeiter, der eine Unterstützung von 25 M. von derselben bezog und dem diese Unterstützung plötzlich auf 12 1/2 M. herabgesetzt wurde, erhielt auf seine Erkundigung nach dem Grund dieser Herabsetzung die Antwort: Wir haben vorläufig kein Geld! Der Reichstag muß sich entscheiden gegen eine solche dem Staatrecht zuwiderlaufende Maßnahme verwahren. (Sehr richtig! bei den Soc.)

Ich komme nochmals auf den Fall Rühmer. Das Landgericht hat allerdings in seinem Urteil einen Teil der Schuld dem Hauptmann Rühmer zugeschrieben, aber dieser Teil war so minimal, daß es dennoch dem Reservelieutenant die volle Entschädigung auferlegte. Das Oberlandesgericht aber hat hinzugefügt, es sei ungewiss, ob nicht im Verhalten des Majors, sondern im Verhalten des Vorgesetzten — des Reservelieutenants — die wirkliche Ursache für die Verletzung Rühmers zu erblicken. Der Reservelieutenant Thiel hatte sein Geschütz, trotzdem er zweimal vom Hauptmann darauf aufmerksam gemacht war, noch nicht gerichtet, gab dann einen Schuß ab und dem nicht gerichteten Geschütz ab und traf damit den Hauptmann in der geschuldeten Weise. Das Verdict ist so unerböt, daß man sich wundern muß, wie der Herr noch einen Tag bei Reservelieutenant bleiben können.

Der Kriegsminister sagte weiter, die Mißhandlungen hätten abgenommen. Eine genaue Statistik besteht ja nicht, wir sind auf den Eindruck angewiesen. Dieser aber ging dahin, daß im letzten Jahre unglaublich viel militärische Mißhandlungen vor dem Kriegsgericht abgemittelt sind. Der Kriegsminister hat auf das zum Teil ungünstige Menschenmaterial und die 2000 Vorbestrafen in der Armee hingewiesen. Die Militär-Ersatzbehörden sehen doch aber schon darauf, daß schwere Verbrechen überhaupt nicht in die Armee aufgenommen werden. Es wird sich in den meisten Fällen wahrscheinlich um ganz geringfügige Strafen handeln. Sind denn überhaupt gerade diese vorbestrafen Leute diejenigen, die am meisten mißhandelt werden, oder sind die vorbestrafen Unteroffiziere in der Hauptsache die Mißhandlungen? Ich habe übrigens vor einer Reihe von Jahren gelesen, daß preussische Unteroffiziere nicht mehr in die bayerische Armee aufgenommen werden sollten. Es wurde in der Presse behauptet, daß gerade die preussischen Unteroffiziere, die in die bayerische Armee eintraten, sich besondere Mißhandlungen hätten zu Schulden kommen lassen.

Der Kriegsminister hat weiter bestritten, daß bei Sittlichkeitsverbrechen in der Armee Bestrafungen eintreten seien. Ich habe selbstverständlich nicht gemeine Soldaten gemeint, aber ich kenne eine Anzahl von Fällen aus den letzten Jahren, in denen Offiziere, die wegen Sittlichkeitsvergehen verurteilt waren, nach sehr kurzer Zeit begnadigt worden sind.

Man hat weiter bestritten, daß Ueberflüssige Anforderungen in der Ausbildung der Armee gestellt werden. Ich verweise nur auf die unzähligen Verordnungen, die in den letzten Jahren erlassen worden sind. Die Zahl dieser ist so unübersehbar groß, wie niemals sonst in der deutschen Militärgeschichte. Der stete Wechsel zahlreicher militärischer Einrichtungen hat eine Reorganisation in der Armee erzeugt, wie man sie früher nicht gekannt hat. Diese Thatsache wird Ihnen jeder Offizier bestätigen, und es zeugt nur von großer Oberflächlichkeit, wenn Graf Oriola diese Anschauung zu widerlegen versucht. Er hat sich ja mit diesem Behagen als militärischer Sachverständiger geriert, aber nach dem Parlaments-Almanach ist er niemals Soldat gewesen. (Große Weiterheit.) Graf Oriola, sowohl, wie der Kriegsminister und Graf Roon haben die Antipathie der von mir wiederholt citierten Großfährde bestritten. Graf Oriola behauptete dreist, die Großfährde könne unmöglich ein deutscher Offizier geschrieben haben. Aber gelesen hat er sie nicht. (Sehr gut! bei den

Socialdemokraten.) Die Schrift ist in einem der anständigsten deutschen Verlage, bei Costenoble in Jena erschienen, und es bedeutet eine direkte Beleidigung für die Verlagschefs, wenn man behauptet, daß sie eine Schrift mit einem falschen Namen in ihrem Verlage erschienen ließen. Doch die Schrift nicht mit Namen gezeichnet ist, ist durchaus verständlich, denn nach den gestrigen Aeußerungen des Herrn Kriegsministers ist es klar, daß der Offizier sofort seine Stellung verlieren würde. Ueberhaupt wird es von deutschen Offizieren lebhaft beklagt, daß das Maß von Pressefreiheit, das die deutschen Offiziere genießen, weit hinter der Pressefreiheit der französischen Offiziere zurückbleibt. Es ist sicher, daß ein großer Teil der Fortschritte, die in der französischen Armee erreicht sind, der rückhaltlosen Kritik ihrer Offiziere zu verdanken sind. — Graf Roon hat gestern meine Partei als Staatsfeind bezeichnet. Er verwechselt Staatsfeinde und Systemfeinde, Feinde des herrschenden Systems sind wir allerdings. Von diesem braucht aber kein Atom mehr übrig zu sein, und das Deutsche Reich wird doch noch fortbestehen. Wir werden schon dafür sorgen, daß es eine Gestalt annimmt, mit der alle seine Angehörigen zufrieden sein können. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Lärm rechts.)

Graf Roon behauptet, ich hätte mit einer gewissen Gemüthsstimmung die schmutzige Wäsche des Heeres gewaschen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wir verfolgen mit unsrer Kritik keinen andern Zweck, als durch die radikalste Aufdeckung von Mißständen dazu beizutragen, daß die Zustände verbessert werden. (Bravo! bei den Soc.) Das ist ja doch der ganze Zweck des Parlamentarismus. Sollen wir denn nur eine Geldbewilligung, eine Jagdmaschine sein? Sollen wir nichts weiter thun, als wie die Vagabonden, immer mit den Köpfen nicken? Freilich die Begünstigung für China könnte ja dazu führen. (Weiterheit.) Allerdings nicht auf unsrer Seite. Ich habe auch gar nicht den Respekt vor Gedrüdtem, wie Graf Roon meinte. Sollte er einmal etwas Gedrucktes veröffentlichten, so würde ich mich wohl kaum darum kümmern. (Weiterheit und sehr gut! b. d. Soc.) Graf Oriola fragte, ob wir denn bereit seien, für Veränderungen in der Armee, welche wir wollen, die Mittel zu bewilligen. Dies werden wir erst dann thun, wenn Sie auf allen Gebieten unsrer Forderungen nachkommen. Glauben Sie denn, wir könnten einen Militäretat bewilligen, der auf den Rücken für die notwendigen Lebensmittel aufgebaut ist, die den armen Mann am allermeisten belasten. Sollen wir für ein System die Mittel bewilligen, von dem wiederholt von höchster Stelle gesagt worden ist: Die Armee ist dazu da, um gegebenenfalls auf Vater und Mutter zu schießen, um den inneren Feind zu bekämpfen? Sollen wir für eine Armee eintreten, die stets als geeignetes Instrument bezeichnet wird, um gegen die Socialdemokraten vorzugehen. Dann müßten wir ja Karren sein. — Dann hat Graf Roon mit jener gänzlichen Unwissenheit, die ihn in Bezug auf ausländische militärische Dinge auszeichnet, gesagt, wenn der französische Kriegsminister so vorgehe, wie ich es ansahre, würde er die französische Armee ruinieren. Darüber konnte sich Graf Roon ja nur freuen. Aber sein Urteil über den französischen Kriegsminister steht dem Urteil des Herrn Kriegsministers direkt entgegen. Herr v. Goltz hat anerkannt, daß der gegenwärtige französische Kriegsminister Andre ein durchaus ernst zu nehmender Herr sei. Graf Oriola hat mir vorgeworfen, ich hätte dem genannten Offiziersstand vor dem Auslande heruntergemacht. Ist mir ja gar nicht eingefallen. Das wäre ja das bitterste Unrecht, ich habe seinen Sieg ausgeprochen, der in diesem Sinne ausgelegt werden könnte, habe vielmehr wirklich ausgeführt, daß in einem Teil des Offizierscorps der Alkoholismus in bedenklichem Maße um sich greift. Graf Oriola ist dann so weit gegangen zu behaupten, daß die Militärverwaltung gegen Unteroffiziere, die sich eine Mißhandlung zu Schulden kommen ließen, manchmal zu streng vorgehe. Nach dieser Richtung möchte ich wirklich die Praxis der Militärverwaltung noch keiner Weise hin abgeschwächt haben. Es war sehr charakteristisch, daß Graf Oriola hier die mißhandelten Offiziere in Schutz nahm, aber für die mißhandelten Soldaten kein Wort übrig hatte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Die Aeußerungen des Offiziers, die ich citierte, sind nicht die Ansichten eines Einzelnen; bereits in den achtziger Jahren hat der württembergische Hauptmann Wüller ganz ähnliche Ansichten vertreten, ebenso der Oberst v. d. Goltz in der Mitte der siebziger Jahre in der Schrift „Gambetta und seine Armee“ und vor allem auch der General v. Püttlamer in seinem Artikel vom 27. Januar vorigen Jahres.

Graf Oriola hat sich auf die Schrift des schweizerischen Oberst Wille gegen mich bezogen. Wenn nur einmal die Reformationspläne dieses Herrn bei uns befolgt würden, dann würden sie unsre volle Unterstützung finden. Aber wer denkt denn daran bei uns! Graf Oriola meinte, unser ganzes Aeußeres sei so unvergleichlich, weil ja diese ganz prächtige Armee, wie er sie nannte, allein die deutsche Einheit und den deutschen Parlamentarismus errungen habe. Nun, die deutsche Einheit und den deutschen Parlamentarismus hätten wir längst gehabt, wenn nicht deutsche Fürsten, vor allen Dingen preussische Könige, das unmöglich gemacht hätten. Im Jahre 1848/49 hätten wir bereits ein deutsches Parlament. Es wurde ausgesetzt in erster Linie durch den damaligen König von Preußen. Die deutsche Einheit und die deutsche Freiheit würden wir auch bekommen haben, wenn Bismarck in geschickter Ausnutzung der Situation seiner Zeit zu einer Einheit Deutschlands in dem Sinne, wie er sie wollte, geschritten wäre. Die Einheit, wie sie das deutsche Volk vor den sechziger Jahren anstrebte, sah freilich ganz anders aus, als die, die wir jetzt haben.

Ich muß nun noch zu etwas ganz anderem übergehen. Es kommt häufig vor, daß Frauen, die Söhne in der Armee haben, das Verlangen tragen, weil sie in mißlichen Verhältnissen sind, ihren Söhnen zu helfen. Da scheint es die Gepflogenheit der Militärverwaltung zu sein, in solchen Fällen eine Untersuchung der persönlichen Verhältnisse anzunehmen. Dabei wird aber, wie es scheint, nicht immer mit der nötigen Delikatesse vorgegangen. So ist mir eine Karte zugegangen, in der eine Frau aufgefordert wird, sich an einem bestimmten Tage zur militärärztlichen Untersuchung einzufinden. Ich meine, in einem solchen Fall sollte doch wahrlich, wo es sich um eine Frau handelt, die Veranlassung in einem Briefe erfolgen.

Weiter habe ich schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß Soldaten im Dienste benutzt werden, um Arbeitern Konkurrenz zu machen. Gerade um gegenwärtigen Augenblick der Krisis und Arbeitslosigkeit ist ein solches Verhalten doppelt verurteilt worden. In Obersachsen sind seitens der Militärbehörde vierzig Infanterie eine Zeitlang mit Tischlagern in der Nähe eines herzoglichen Schlosses beschäftigt worden. Eine Anzahl Arbeitsloser, die diese Arbeit auch gern verrichtet hätten, kommt dadurch um die Möglichkeit eines Verdienstes. Ich möchte dringend bitten, daß von seiten der Militärverwaltung freie Arbeiter in ihren Interessen und ihrer Existenz nicht gefährdet werden. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Strombeck (C.): Von der Anlegung eines Truppenübungsplatzes auf dem Eichsfelde erwartet ein Teil der Bevölkerung erhebliche Nachteile. Ein Teil der Landwirte fürchtet, daß ihm die erforderlichen Weiden entzogen werden könnten. Umgekehrt glaubt ein Teil der Eichsfeldbewohner von einem Truppenübungsplatz sich große Vorteile versprechen zu sollen. Jedenfalls aber erblickt das allgemeine Interesse eine völlige Aufklärung über die Absichten der Militärverwaltung. Ich bitte den Kriegsminister, uns diese Aufklärung zu geben.

Preussischer Generalleutnant v. Beerlingen: Abg. Sidhoff hat im vorigen Jahre in der Unterkommission das Projekt eines Truppenübungsplatzes für das XI. Armee-corps auf dem Eichsfelde

angeregt. Man ist von Seiten der Militärverwaltung dieser An-
regung alsbald nachgegangen. Das vom Abg. Eichhoff empfohene
Gelände hatte ungefähr eine Ausdehnung von 6 Kilometer. Das ist
für militärische Zwecke wenig, besonders mit Hinsicht auf die
vornehmenden Schießübungen. Auch weitere Schwierig-
keiten ergaben sich. So hätten zwei Orte vollständig
abgebrochen und anderwärts versetzt werden müssen. Schon
das war eine unangenehme Sache. Die Bodenbeschaffenheit auf
dem Plage war im allgemeinen eine recht gute. Die Bewohner des
Schießfeldes gingen nun aber mit ihren Hoffnungen von ganz falschen
Voransetzungen aus. Sie glaubten fälschlich, allein für den Grund-
erwerb seien in den Etat 9 Millionen eingestellt worden. Infolge
dessen wurden die Forderungen außerordentlich gesteigert, so daß sich
gegenüber dem ebenfalls in Aussicht genommenen Truppenübungs-
platz bei Odenbrunn ein Mehrausgabe von 3 Millionen herausgestellt
hätte. Dazu kam, daß ein Eisenbahnprojekt mitten über den Platz
hinüberführte. Wir dürfen nun aber Eisenbahngelände weder zum Platz
unserer Übungen machen, noch dürfen wir auf Eisenbahnen schießen.
(Weiterleit.) Diese Mängel sowie andere sociale Uebelstände, die
das Projekt im Besonderen gehabt hätte, haben dazu geführt, daß von
Seiten der Militärverwaltung das Projekt eines Truppenübungs-
platzes auf dem Schießfeld endgültig aufgegeben worden ist.

Vahringer Militärbevollmächtigter Generalmajor von Eudres:
Die Behauptung des Abg. Webel, daß in unserer Armee eine Ver-
schiebung vorhanden sei, wonach preussische Unteroffiziere
nicht aufgenommen werden dürfen, ist unrichtig. Es
liegt hier vermuthlich eine Verwechslung des Abg. Webel vor.
Jedes Land ist zunächst verpflichtet, sich seine Unteroffiziere
aus seinen eigenen Leuten heraus zu erziehen. Nur im Notfall,
wenn dies Mittel versagt, können Unteroffiziere aus anderen Ländern
in Betracht kommen.

Abg. v. Czernowitski (Pole): Der Kriegsminister und Graf
Ortola haben von der polnischen Agitation gesprochen. Der Sitz
dieser Agitation aber ist Berlin; das sind die Maßnahmen der
preussischen Regierung gegenüber der polnischen Bevölkerung. Die
Reden, die die Herren von Miquel und von Rheinbaben gehalten
haben, tragen auch zu dieser Agitation bei. Aber alle diese Herren
sind nur Schüler eines großen Meisters: der größte polnische
Agitator war der Fürst Wisniewski. Man wird jetzt in Polen
den Fürsten Wisniewski ein Denkmal errichten; das mag geschehen, es wird
uns mahnen, das polnische Nationalbewußtsein nicht einschläfen zu
lassen. Wir Polen befinden uns seit tauenden Jahren auf unfremem
eigenen Grund und Boden. Graf Ortola mag doch seine Freunde im
Osten, denen es bei uns nicht gefällt, veranlassen, nach dem Westen
zu ziehen. (Weißt bei den Polen.)

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Die neue Militär-Straf-
prozessordnung ist zwar erst seit dem 1. Oktober 1900 in
Kraft, trotzdem haben sich in der kurzen Zeit schon so viel Fehler
herausgestellt, daß man nicht früh genug auf diese Mängel auf-
merksam machen kann, um rechtzeitig Remedur zu schaffen. Ich
denke dabei vor allem an den Prozeß gegen den Sergeanten
Hidel und den Unteroffizier Marten. Ich halte es natürlich für
wenig taftvoll und unpassend, eine Gerichtsverhandlung zu
kritikieren, die ihren Abschluß noch nicht gefunden hat. Aber in rein
prozessualer Hinsicht bietet das Verfahren eine Menge angreifbarer
Punkte. Nach der Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk wurden
bekanntlich Marten und Hidel als der That verdächtig vor das
Kriegsgericht gestellt. Hidel wurde freigesprochen, Marten, der aus
dem Gefängnis entlassen war, wurde wegen Fahnenflucht zu
einem Jahre Gefängnis verurteilt. Auf Berufung des Gerichtsherrn
kam die Sache an die zweite Instanz; in dieser wurde Hidel aber-
mals freigesprochen, Marten dagegen wegen Mordes zum Tode
verurteilt. Das Todesurteil ist dann vom Reichs-Militärgericht
aufgehoben und an die zweite Instanz zurückverwiesen, die bis
heute noch nicht gesprochen hat. Einen flagranten Rechtsbruch
stellt die Art und Weise der Verhaftung und Verwahrung
der Haft des Hidel dar. Er wurde trotz der Freisprechung in Haft
behalten oder auf neue in Haft genommen. Das steht in direktem
Widerspruch mit dem § 179 der Militär-Strafprozess-Ordnung,
wonach die Untersuchungs-Haft aufzuheben ist, wenn der Ver-
schuldigte freigesprochen ist. Durch die Einlegung eines Rechts-
mittels darf die Freilassung nicht verzögert werden. Wie konnten
die Berater des Gerichtsherrn, die doch Juristen sind,
den floren Wortlaut des Gesetzes so falsch interpretieren.
Professor Stenglein hat in der „Juriszeitung“ auf diese Un-
geheuerlichkeiten hingewiesen, und Ober-Kriegsgerichtsrat Nomen,
der heute im Hause anwesend ist (Weiterleit links), hat daraufhin eine
Widerlegung veröffentlicht, die aber wenig glücklich ausgefallen ist.
Er hat darauf hingewiesen, daß neue Thatfachen zwar nicht den
Richtern, aber dem Gerichtsherrn bekannt geworden seien. Der
Gerichtsherr freilich braucht ja von den Verhandlungen
nichts zu wissen, er erfährt sie aus den Akten. Aber
es ist klar, daß das Wort „neu“ im Gesetz für ein Moment
gemeint ist, das den erkennenden Richtern bei Fällung
ihres Spruches noch nicht bekannt war. (Sehr richtig! links.) Eine
fernere Ungeheuerlichkeit bestand darin, daß die Briefe des Rechts-
anwalts Horst an Hidel geöffnet wurden, bevor sie Hidel erhielt.
(Hört, hört!) Dadurch wird ein unbeeinflusster Verkehr zwischen
Verteidiger und Angeklagten abgeschnitten. Weiter ist die Bestimmung
nicht eingehalten worden, daß die Richter vor Beginn des Geschäfts-
jahres ernannt werden sollen. Geschieht dies erst ad hoc, dann
liegt die Gefahr vor, daß nicht unparteiische Richter das Urteil ab-
geben. Diese Ungeheuerlichkeit ist ja allerdings gerügt worden,
das erste Urteil ist daraufhin von der Revisionsinstanz
aufgehoben worden. Für den Angeklagten Hidel freilich hat das nur
zur Folge gehabt, daß nunmehr das Damoklesschwert der Todes-
strafe weiter über ihm hängt. Neben diesen direkten Ungeheuerlichkeiten
sind auch weitere unliebsame Sachen bei dem Prozeß vorgekommen,
die auf die Nichtbefähigung des sehr antiquierten Institutes des
Gerichtsherrn zurückzuführen sind. Ich, der ich Justizgenosse, der
ich Auditor gewesen bin, habe damals dringend vor dieser In-
stitution des Gerichtsherrn gewarnt, weil ich weiß, daß nur zu
oft der Gerichtsherr seinen persönlichen Willen durchzusetzen ver-
steht. Der Hinweis darauf, daß die Disziplin darunter leiden
könnte, wenn das Institut des Gerichtsherrn beibehalten wäre, ist ganz
hinfällig, denn es darf keinen Gegensatz geben zwischen Disziplin
und Gerechtigkeit. (Sehr wahr! links.) Die Erfahrungen anderer
Länder haben übrigens bewiesen, daß es nur im Interesse der
Disziplin liegen kann, wenn der Kommandeur sich nicht um Dinge
zu kümmern braucht, von denen er nichts versteht. (Sehr gut!
links.) Im Falle Hidel - Marten hat der Gerichtsherr,
der Divisionskommandeur durch seinen Befehl der Wiederer-
haftung Hidels öffentlich seinen Willen kundgegeben, daß
Hidel nicht freigesprochen werden möge. Ein solcher
Eingriff des obersten Gerichtsherrn muß scharf zurückgewiesen
werden. Ich gehöre zu denen, die damals die Revision der Militär-
Strafprozess-Ordnung, die Oeffentlichkeit des Verfahrens u. u. unter
allen Umständen haben wollte und demzufolge, leider Gottes, die
Gerichtsherrlichkeit mit in Kauf genommen habe. Ich bin
aber auch heute der erste, der das Institut des Gerichtsherrn
auf das schärfste bekämpft. Wir werden nicht eher
eine befriedigende Militärjustiz bekommen, als bis an
Stelle des Gerichtsherrn ein unabhängiger Untersuchungsrichter
gesetzt ist. Eine weitere Lücke der neuen Militär-Strafprozess-
Ordnung besteht darin, daß es gegen das Urteil des obersten Ge-
richtsherrn keine Beschwerde-Instanz mehr gibt. Der vorzügliche
Interpret der Militär-Strafprozess-Ordnung, Herr Nomen (Gelächter
links), hat ja diese Lücke angefüllt; er hat gemeint, es wäre eine
Beschwerde an das Reichs-Militärgericht zulässig; das ist aber doch
nur die persönliche Ansicht des Herrn Nomen. Ich hoffe, daß nach
dieser meiner durchaus lokalen Kritik (Lachen rechts) die Regierung
losgelassen sein wird, die Mängel der Militär-Strafprozess-Ordnung
anzuerkennen und das ihrige dazu thun wird, um das Vertrauen in
die Militärjustiz wieder herzustellen, das heute wir und das gesamte
Volk nicht haben. (Bravo! links.)

Abg. Wassermann (natl.):
Aus Anlaß des Gumbinner Prozesses ist eine sehr heftige Kritik
an die neue Militär-Strafprozess-Ordnung angelegt worden, zum Teil

von angesehenen Juristen. Ich halte es aber für ausgeschlossen, daß
heute schon eine Revision der neuen Militär-Strafprozess-Ordnung
eintritt. Das Gesetz ist erst zu kurze Zeit in Kraft,
als daß und jetzt schon eine Novelle dazu vorgelegt werden
könnte. Die Armee hängt im allgemeinen an dem alten
geheimen Verfahren, und dieses hat in der Praxis auch keine Mängel
gezeigt. Dennoch waren wir darüber einig, daß dies der modernen
Zeit nicht mehr entsprechende Verfahren beseitigt werden mußte. Bei
dem Gumbinner Verfahren sind zweifellos Fehler gemacht worden,
die ich nicht entschuldigen will. Aber das Reichs-Militärgericht hat
doch Remedur geschaffen, indem es den Prozeß an die zweite
Instanz zurückverwies. Die öffentliche Meinung hat sich ja
auch viel beschäftigt mit der Beurteilung des Marten in
zweiter Instanz. Ich werde mich natürlich nicht auf eine
Kritik dieses Urteils einlassen, wie ich überhaupt die Art, wie in der
Oeffentlichkeit dies Urteil kritisiert worden ist, aufs tiefste bedauere.
Die Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit der militärischen Richter steht mir
viel zu hoch, als daß ich die in der Presse vielfach angetretenen
Verleumdungen gegen diese Offiziere nicht aufs schärfste zurück-
weisen sollte. Was die erneute Verhaftung Hidels nach seiner
Freisprechung in erster Instanz anlangt, so kommt es auf den
Veweis an, daß neue Verdachtsmomente gegen Hidel vorgelegen haben.
Vielleicht wird uns Herr Nomen darüber Auskunft geben können.

Preussischer Geheimer Kriegsrat Dr. Nomen:
Beginnt mit so leiser Stimme, daß wiederholte Rufe: Lauter,
lauter! ertönen: Zunächst danke ich dem Abg. Lenzmann ver-
bindlichst dafür, daß er mich in dieser lebenswürdigen Weise dem
hohen Hause vorgestellt hat. Er hat mich gewissermaßen als
Angeklagten hingestellt, aber dafür kann ich ihm auch nur
danken. Es wird mir dadurch das Recht, mich in umfangreicher
Weise gegen die erhobenen Anklagen zu verteidigen. Wir haben es
hier freilich nicht mit einer Revision des Militärstrafprozesses zu
thun, sondern mit dem Fall Marten-Hidel. Ich fühle mich aber
schon heute stark genug (Stürmische Weiterleit), bei einer etwaigen
Revision der Militärstrafprozess-Ordnung das absolute notwendige
und historisch sehr bewährte Institut der Gerichtsherrn
zu verteidigen. (Erneutes stürmisches Gelächter.) Herr
Lenzmann ist insofern ein Malheur passiert, als er behauptete,
ich hätte in meinem Kommentar eine Beschwerde gegen die Ver-
haftung durch den obersten Gerichtsherrn an das Reichs-Militär-
gericht für zulässig erklärt. Ich bin ebenso wenig ehemaliger Ober-
kriegsgerichtsrat, wie ich jemals einen Kommentar zur Strafgerichts-
Ordnung herausgegeben habe (Weiterleit); im übrigen habe ich stets
der Ansicht Ausdruck gegeben, daß gegen den Verhaftungsbeehl des obersten
Gerichtsherrn eine Beschwerde nicht zulässig sei. — Herr Lenzmann
hat es so hingestellt, als ließen sich die Richter durch den Gerichts-
herrn hypnotisieren. Im Falle Hidel hat der oberste Gerichtsherr
öffentlich seinen Willen kundgegeben, daß Hidel verurteilt werden möge
und die Folge davon war, daß die angeblich hypnotisierten Offiziere den
Hidel freisprachen. (Hört! hört! rechts.) — Ich komme nun zu der
Wiedererhaftung Hidels. Von einer in Haftbehaftung Hidels kann
nie und nimmer die Rede gewesen. Nach der Freisprechung Hidels
ist Hidel nicht in Haft behalten worden, sondern den Vorrichtungen
des Gesetzes gemäß von neuem zunächst vorläufig in Haft ge-
nommen. Neue Verdachtsgründe waren am Tage der Haftentlassung
seitens des zuständigen Gerichtsherrn zweiter Instanz allerdings
gemacht worden (Zurufe links). Man fragt mich, was ist nun? Es
waren sowohl neue Verdachtsmittel, wie neue Beweismittel
vorhanden und zwar folgende: Zunächst will ich zugeben,
daß formal der Haftbefehl nicht glücklich abgefaßt war (Hört!
hört! links) nun, wie sind doch nicht dazu da, Formalismus
zu treiben (Stürmische Gelächter links), es kommt darauf an,
ob materiell der Haftbefehl berechtigt war. Wie Sie wissen, handelte
es sich bei dem Prozeß um ganz kleine Zeiträume. Die Mutter
Marten hatte angeklagt, daß Hidel in ihrer Wohnung 20 Minuten
gewesen sei, während Hidel selbst den Zeitpunkt auf 2 Minuten an-
gegeben hatte. Darüber hatte der Gerichtsherr erster Instanz sich als
Junge gemeldet. Sie werden mir nun einwenden: Warum ist der Verdacht-
grund nicht in den Haftbefehl aufgenommen? Ich kann Ihnen auf Grund
der Akten des Gerichtsherrn zweiter Instanz den Nachweis liefern,
daß er lediglich aus dem Grunde den Verdachtgrund nicht in den
Haftbefehl aufgenommen hat, weil er die Kollisionsgefahr schon damals
für ausreichend hielt, abgesehen von den schon damals vorhandenen
materiellen Verdachtsgründen. Als neues Beweismittel kam hinzu,
daß sämtliche Perionen der betreffenden Compagnie neu vernommen
werden sollten. Ist das kein neues Beweismittel? (Stürmische Auf-
rufe links: Nein! Präsident Graf Ballestrem bittet um Ruhe.) Wenn
über eine That zehn Personen Auskunft geben können und erst zwei
Personen vernommen sind, sind da die noch nicht vernommenen acht
Personen nicht als neues Beweismittel anzusehen? (Sehr richtig!
rechts. Vielfache Rufe links: Rein! Große Unruhe.)

Die Frage, ob der Haftbefehl gerechtfertigt war, erfährt eine
neue Beleuchtung durch die Frage, ob sich etwa der Gerichts-
herr zweiter Instanz durch diesen Befehl des Vergehens der
Freiheitsberaubung schuldig gemacht hat. Der bekannte Rechtsanwalt
Horst, der in diesem Prozeß eine so — sagen wir einmal — gro-
ßartige Rolle gespielt hat (Große Unruhe links. Zuruf: Gemein-
heit!), namentlich in dem Augenblick, wo er sich einem Herrn in
Hensburg zur Darstellung auf der Bühne zur Verfügung stellte —
dieser Herr hat dem Gerichtsherrn zweiter Instanz angedroht, ihn
wegen vorläufiger Freiheitsberaubung anzuzeigen. Die Anzeige
ist erfolgt, aber nicht als berechtigt anerkannt. Das
formelle Verfahren im Haftbefehl involviert nie und nimmer
ein materielles Versehen gegen die gesetzlichen Vorschriften. In
das Verfahren selbst will ich mit keinem Worte ein-
greifen, aber die Behauptung, als wenn durch die Ernennung
der Mitglieder des Oberkriegsgerichts im Laufe des Juni das
Prinzip der Stetigkeit des Gerichtes durchbrochen wäre, ist ganz
hinfällig. Das Reichs-Militärgericht hat sich ausdrücklich dagegen
verwahrt, als wenn etwa die Richter ad hoc ernannt worden wären.
Es hat das Urteil nur aus dem Grunde aufgehoben, weil irrtümlich
angenommen war, daß ein oder zwei Richter verhindert waren, das
ist ein großer Unterschied. Ob die Nichterhaltung der Oeffentlichkeit
zu Recht befanden, darüber enthalte ich mich jedes Urteils, obgleich ich
die Akten genau kenne. Beim Verfahren II. Instanz befand man sich vor
einer gefälschten Materie. Das Reichs-Militärgericht hat nicht den
Ausschlag der Oeffentlichkeit an sich getadelt, sondern der Revisions-
grund war die unzulängliche Begründung des Ausschlusses der Oeffent-
lichkeit. Herr Lenzmann tadelt, daß Militärjuristen falsche Anschauungen
in das Gesetz hineintrugen. Er schneidet sich damit ins eigene Fleisch,
denn diese Militärjuristen waren bis vor kurzem noch Civiljuristen.
Meinen Sie, daß die Civiljuristen in dem Augenblick, wo sie zu
Kriegsgerichtsräten ernannt werden, ihr Köpfchen biegen und ihre
Natur verändern? (Weiterleit.) Das Bestreben auch der
Militärjuristen ist nur darauf gerichtet, die Wahrheit zu er-
mitteln. Herr Lenzmann hat den Haftbefehl einen flagranten
Rechtsbruch genannt. Mit diesem Angriff ist Herr Lenzmann
weit über das berechtigte Ziel hinausgeschritten. (Lebhafte Chorufe
links.) Dieser Vorwurf bedeutet, daß das Recht absichtlich
gebeugt und mit Füßen getreten sei: Nie und nimmer
hat sich der Gerichtsherr eines Rechtsbruches schuldig gemacht.
(Lachen links.) Allerdings sind aus Versehen einige Briefe ge-
öffnet worden. Der Gerichtsherr zweiter Instanz hat aber damit
nichts zu thun gehabt. Es sind lediglich seitens des Chefs des
Generalcommandos drei Briefe an Hidel, bei denen nicht zu
erkennen war, daß sie von einem legitimierten Rechts-
anwalt herrührten, aus Versehen geöffnet worden. Sie
mögen das so hart beurteilen, wie Sie wollen, jedens-
falls werden Sie darin eine strafbare wissenschaftliche Verletzung des
Driefgeheimnisses nicht erblicken können. — Damit habe ich die
speziellen Punkte erledigt. Nur eins möchte ich noch sagen. Die
Militärjustizverwaltungen werden dafür sorgen, daß auch im Militär-
strafverfahren der Grundsatz der Oeffentlichkeit nach Möglichkeit
gewahrt werde. Die Militärverwaltung hat auf diesem Gebiete und
so auch nicht auf dem Gebiete der Militär-Strafgerichts-Ordnung die
Oeffentlichkeit im geringsten zu scheuen. Die Militär Richter lassen
sich niemals von Rücksichten nach oben, sondern stets nur von dem
Beweißen als oberster Richtschnur leiten. (Bravo! rechts.)

Hierauf schlägt der Präsident dem Hause die Vertagung der
Sitzung vor. (Zustimmung.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.
Abg. Graf Ortola (natl.): Ich habe leider wegen Gesundheits-
rücksichten nicht dienen dürfen, mache mir aber auch kein selbst-
bewußtes Urteil in militärischen Dingen an. Die Broschüre, die
Herr Webel vorgelesen hat, habe ich ebenso wie die Wilsche Broschüre
gelesen. Die Soldatenmishandlungen verurteile ich.
Abg. Lenzmann (persönlich): Ich habe meinem lebhaftesten Be-
dauern Ausdruck zu geben und dieses Bedauern ist nach der heute
gelesenen Redeleistung noch größer geworden, daß es eine Zeit
gegeben hat, wo ich den Geh. Rat Nomen für einen ausgezeichneten
Kommentator gehalten habe. (Stürmische Weiterleit.)
Präsident Graf Ballestrem: Das war nicht mehr persönlich.
(Erneute Weiterleit.)
Geh. Kriegsrat Nomen: Meinem Grundsatz, niemals persönlich
zu werden, werde ich auch jetzt treu bleiben und auch dies ruhig
hinnehmen. (Stürmisches Lachen links.)
Präsident Graf Ballestrem: Die Diskussion ist nun von
neuem eröffnet, ich nehme aber an, daß das Haus sich von neuem
vertagen will. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vertagung ist be-
schlossen.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen
Veratung.)

Schluß 6 1/4 Uhr.

Das ostasiatische Expeditionscorps.

Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte
Dienstag über den Etat für das ostasiatische Expeditionscorps.
In China verbleiben nach der Angabe des Referenten insgesamt
4784 Köpfe, davon 940 Nichtkombattanten, also 3854 in Waffen; von
diesen in Tschili 3090, in Shanghai 700 und außerdem die Gefand-
schafts-Wache in Peking. In Shanghai seien von Frankreich 720,
von England 800, von Japan 450 Mann Besatzung; in Tschili sei
unser Besatzung etwas größer, als anteilig auf das Deutsche Reich
entfalle, da wir nur 2600 zu stellen hätten.

Auf Antrag des Abg. Richter (fr. Sp.) tritt die Kommission in
eine Generaldiskussion ein.

Abg. Richter wünscht weitere Ueberflchten über die Ausgaben
in Ostasien, da die bisherigen Aufstellungen nur bis September
reichen. Er fragt an, ob wirklich der deutsche Kommandeur sich
einer Veratung betreffs Verminderung der Kontingente mit dem
Einwande entzogen habe, daß dies eine politische, nicht eine militärische
Frage sei. Die verbleibende Besatzung sei seiner Meinung nach zu
groß, erstens im Vergleich mit unsern wirtschaftlichen Interessen,
zweitens im Vergleich zu der Besatzung anderer Mächte und
drittens im Vergleich zur gesamten Finanzlage des Reiches.
Da die Franzosen und Russen sich aus Peking zurück-
gezogen hätten, entfalle die ganze Last der Besatzung
auf England und Deutschland. Das entspreche nicht unserm Ver-
hältnis, er verlange eine wesentliche Verminderung; weshalb denn
überhaupt in Shanghai eine dauernde Besatzung unterhalten werde,
den Chinesen gegenüber sei sie in ihrem jetzigen Umfange entbehrlich
und mit den andern Mächten könnten wir dort doch nicht Krieg
führen.

Staatssekretär v. Nitschoten bestätigt, daß der deutsche
Kommandeur in der That die Frage der Kontingents-
verminderung für eine politische erklärt habe; das sei mit Recht
gesehen. Zur Zeit schwebten Verhandlungen unter den Mächten
hierüber. Ein Bataillon sei in Shanghai dauernd nötig als
Stützpunkt für die deutschen Interessen, da wir nicht wie die andern
Mächte in der Nähe solche Stützpunkte hätten. Wie sehr das Aus-
wärtige Amt darauf bedacht sei, die Beteiligung Deutschlands herab-
zumindern, ergebe sich daraus, daß das Expeditionscorps in-
zwischen schon auf ein 1/3 reduziert worden sei.

Geheimrat Herz macht vertrauliche Mitteilungen über die
finanziellen Verhältnisse. Da die Aufwendungen für Ostasien auf
267 437 300 M. zu veranschlagen und die nach Deckung privater
Ansprüche verbleibende Entschädigung auf 259 675 000 M. zu beziffern
sei, bleibe ein Fehlbetrag von 7 762 300 M.

Abg. Frese (fr. Sp.) tritt dafür ein, daß Shanghai dauernd
besetzt bleibe, sonst sehe es so aus, als wollten wir unsere dortigen
Interessen preisgeben.

Abg. Richter (fr. Sp.) betont, Geheimrat Herz habe nur den
Beweis erbracht, daß die chinesische Entschädigung zu knapp bemessen
worden sei; daß sei seine Meinung von jeher gewesen, aber
da im Vorjahre im Etat mehr bewilligt worden sei,
als inzwischen verbraucht wurde, brauche man doch nicht eine neue
Anleihe von 28 Millionen zu bewilligen. Einen neuen kleinen Reichs-
Zwangsloans für China zu schaffen, sei nicht angänglich. Auf der
einen Seite im Reich an Gehältern, Pensionen zc. zc. hantieren
und für China mit einem Saläre 28 Millionen zum Zinsen zu
hinauswerfen, das widerspricht doch einer gesunden Finanz-
politik. In Kantschou sei doch schon ein Stützpunkt von rund
2000 Mann. Der gesamte Chinaverkehr gewähre nicht solchen Ertrag
wie die Kosten des Reiches für China betragen. Der Verkehr be-
ziffert sich noch einmal auf 50 Millionen Mark brutto.

Abg. Müller-Fulda (C.) wünscht die Ausgaben für Ostasien auf
den ordentlichen Etat zu bringen. Eine Anleihe pro 1902 für China
sei unnötig, wie Abg. Richter zutreffend dargezogen. „Neue An-
leihen würden nur zu neuen Abenteuer anregen.“

Direktor im Reichsfinanzamt Tweste legt auseinander, daß un-
mittelbar mit der ostasiatischen Expedition zusammenhängende Aus-
gaben gefordert ausgeführt werden müßten, um sie gegenüber dem
Entschädigungsbetrag bilanzieren zu können.

Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt, die laufenden Kosten für die
ostasiatische Besatzungsbrigade von 24,9 auf 20 Millionen herab-
zusetzen.

Abg. Dr. Bachem (C.) äußert sich in Richters Sinne.
Staatssekretär v. Nitschoten entgegnet dem Abg. Müller-Fulda,
das Auswärtige Amt habe während des letzten Jahrzehnts zur
Genüge bewiesen, daß unsrer auswärtigen Politik alle Abenteuer
fremd seien.

Abg. Müller-Fulda (C.) erklärt, die ganze Pachtung von
Kantschou sei ein Abenteuer gewesen, das das Reich jetzt schon
dauernd jährlich 50 bis 100 Millionen Mark koste. Die ostasiatische
Besatzungsbrigade, die sich aus dem ostasiatischen Expeditionscorps
entwickelt habe, werde sich durch die Festlegung in Shanghai
und Peking zu einem zweiten und dritten Kantschou ent-
wickeln.

Abg. Dr. Gasse (natl.) führt aus, die Besatzung von Shanghai
sei eine Errungenschaft unsrer ostasiatischen Politik, die gar nicht hoch
genug veranschlagt werden könne. Wir müßten unbedingt dort
bleiben.

Abg. Richter (fr. Sp.) weist darauf hin, daß durch den Ver-
trag zwischen Japan und England Deutschlands Stellung in China
wesentlich erleichtert werde. So gut wie nach Shanghai könnten
wir überall hin, wo wir wirtschaftliche Interessen hätten und die
Auslandsmächte selbst nichts dagegen machen könnten, eine Besatzung
hinlegen.

Abg. Frese (fr. Sp.) bestreitet, daß Kantschou so viel Kosten
mache.

Abg. Müller-Fulda (C.) weist nach, daß mit allem, was drum
und dran hänge, die Kosten für Kantschou sich schon jetzt auf
60 Millionen Mark beziffern.

Zwischen dem Abg. Dr. Bachem (C.) und dem Geheimrat Herz
entspannt sich eine staatsrechtliche Auseinandersetzung darüber, ob
die Besatzungsbrigade als Reichsheer oder als Kontingentsheer zu
gelten habe.
Geheimrat Herz stellt fest, daß das Expeditionscorps durch
die Indemnitätserteilung als Reichsheer anerkannt worden sei.
Kriegsminister v. Goltz bestätigt diese Auffassung, das
Expeditionscorps sei als Kriegsheer geschaffen worden. Es müsse
aber in Bezug auf die Besatzungsbrigade, wenn sie längere Dauer
haben sollte, festgestellt werden, ob sie als Schutztruppe oder in
Angliederung an die Marine bestehen sollte. Einstweilen handle es
sich aber doch nur um eine provisorische Organisation.

Abg. Dr. Bachem (C.) betont, daß die Judenmitat nur für das asiatische Expeditionscorps erteilt worden sei, während die asiatische Besatzungsbrigade erst nach Friedensschluss gebildet worden sei, für diese **keine staatsrechtliche Grundlage**, da für den Frieden kein einheitliches Reichsheer, sondern nur einzelne Kontingente vorhanden seien. Er verlangt für nächstes Jahr staatsrechtliche Klarstellung.

Kriegsminister v. Gossler erklärt die Formation der Besatzungsbrigade aus der geschichtlichen Entwicklung der Ereignisse in Ostasien. Sie gehöre weder zum preussischen noch zu einem anderen deutschen Kontingent. Eine staatsrechtliche Grundlage müsse unbedingt geschaffen werden, aber das gehe nicht so kurzer Hand.

Die Kommission tritt sodann in die **Specialdeffusion** ein. Nach dem Referat des Abg. Dr. **Stodmann** (Rp.) erklären Kriegsminister v. Gossler und Staatssekretär v. **Richtofen**, für die Größe der Besatzungsbrigade seien lediglich politische Momente maßgebend. Sie beruhen auf einer Abmachung der an der ostasiatischen Expedition beteiligten Großmächte. Eine Abrundung der Ziffer nach oben sei lediglich im Interesse der Organisation erfolgt, um mit einer geschlossenen militärischen Organisation einlezen zu können.

Auf eine Anfrage des Abg. **Richter** (fr. Sp.) erklärt Kriegsminister v. Gossler: er hoffe, der ganze Vertrag für China wird sich aus Freiwilligen decken lassen mit zweijährigen Verträge. Es empfiehlt sich, möglichst wenig mit den Mannschaften zu wechseln, aber entsprechend höhere Prämien zu zahlen, beides, um an den erheblichen Transportkosten zu sparen.

Abg. **Müller-Fulda** (C.) beantragt eine Resolution: „baldmöglichst eine Verminderung bezüglich der Zurückberufung der Besatzungsbrigade herbeizuführen“.

Abg. **Stodmann** (Rp.) und Staatssekretär v. **Richtofen** er-

klären sich gegen diese Resolution, welche unter Umständen die Größe der hohen Politik fördern könnte.

Abg. **Bachem** (C.) erachtet die Resolution für staatsrechtlich notwendig, da die Besatzungsbrigade als solche zeitlich nicht limitiert sei. Es müsse doch eine möglichst baldige Auflösung der Brigade gesichert sein.

Abg. **Prinz Krenberg** (C.) hält die Resolution Müller-Fulda für politisch unbedenklich. Das wisse doch jeder im Ausland, daß wir sobald als möglich aus China herauswollen.

Abg. **Frese** (fr. Sp.) spricht sich gegen die Resolution aus, weil sie im Ausland mißverstanden werden könnte. Die Regierung dürfe auch nicht gezwungen werden, den Bestand der Besatzungsbrigade zu verringern, es sei unmöglich, sie an feste Posten zu binden.

Abg. Dr. **Gaffe** (natl.) erachtet die Resolution für unmdtig und bedenklich.

Abg. **Singer** (Soe.) erklärt, die Resolution entspreche den erklärten Absichten der Regierung, ebenso wie den klaren Wünschen des ganzen deutschen Volkes, nicht dauernd in China eine Armee zu halten. Die Schaffung einer Kolonialarmee muß auf jeden Fall verhindert werden.

Abg. Dr. **Bachem** (C.) ändert die Resolution Müller-Fulda dahin ab, daß die Auflösung der Besatzungsbrigade erfolgen soll, „sobald die politischen Verhältnisse in China dies gestatten“.

Abg. **Singer** (Soe.) nimmt nunmehr gegen diese Resolution scharf Stellung, welche nicht bringe, was nicht schon da sei. —

Abg. **Richter** (fr. Sp.) führt aus, solche Parteilichkeit wie in diesem Fall seitens des Abg. Bachem sei ihm in seinem ganzen parlamentarischen Leben noch nicht vorgekommen. Wenn die Resolution schon bedenklich erscheine, wie viel mehr dann die öffentliche

Erklärung des Reichskanzlers, daß er so bald als möglich aus China herauswolle. Durch sein Eintreten für die dauernde Festlegung der Besatzungsbrigade führe der Abg. Frese vierpännig in eine neue **Tabaksteuer** hinein.

Abg. **Frese** (fr. Sp.) erwidert, daß er die Sache doch nicht angetastet habe. Der Resolution Bachem wolle er gern zustimmen. — Die Abg. **Stodmann** und **Graf Noen** (L.) sprechen sich ebenfalls für die Resolution Bachem aus. — Abg. **Richter** (fr. Sp.) nimmt dagegen die Resolution Müller-Fulda wieder auf.

Die Verhandlung wird ohne Abstimmung vertagt.

Nächste Sitzung: **Mittwoch 10 Uhr.** (Fortsetzung.)

Centralverband der Kreditoren und verw. Vereinsgenossen. Heute, Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosenthalerstraße 57: Mitgliederversammlung.

Witterungsübersicht vom 18. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Hand um 11 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 8-9 Uhr	Stationen	Barometer-Hand um 11 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 8-9 Uhr
Stuhrwind	768.0	OSO	4	bedeckt	-1	Bayern	774.0	SW	1	bedeckt	-19
Darmstadt	766.0	OSO	2	bedeckt	-1	Petersburg	778.0	—	1	wolkig	-14
Berlin	765.0	SO	3	bedeckt	0	East	763.0	—	3	bedeckt	6
Frankfurt	762.0	SO	1	bedeckt	1	Köpenick	—	—	—	—	—
München	761.0	SW	—	bedeckt	-5	Paris	763.0	OSO	1	bedeckt	-2
Wien	762.0	SW	—	bedeckt	3						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 19. Februar 1902.
Ein wenig kälter, ziemlich trübe und neblig bei mäßigen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 19. Februar.

Oberhaus, Garnen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, Rarich. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll), Geschlossen.
Schiller, König Harlekin. Anfang 8 Uhr.
Deutsches, Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner, Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: **Milchhausen, Kelling.** Die See Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr zu vollständigen Preisen: **Flachmann als Geizhals.**
Residenz, Verliebt Vorher: Jurist vor der Schwiegermutter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues, Die brave Frau. — Die Rauschkatze. — Colombine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen, Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.
Operntheater, Delle's Altkonst Bunte's Brett. Anfang 8 Uhr.
G. v. Holzogens Bunte's Theater (Heberbrett). Anfang 8 Uhr.
Thal, und Nauch, Serenissimus. Zwischenspiele. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon, Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central, Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia, Seine kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luffen, Der Wälschling. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weis, Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches, Der Bogenschütz. Anf. 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance, Die Dame aus Trouville. Anf. 8 Uhr.
Cyrenus, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari, Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol, 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apoll, Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater, Lustige Brüder. Grotto. — Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast, Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 8 Uhr.
Passage-Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen, Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania, Landestr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Im Horsaal Anfang 8 Uhr: **Dr. G. Nass: Glasfabrikation.** Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Im Horsaal um 8 Uhr:
Dr. G. Nass: Glasfabrikation.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Neu! Der Boerenkrieg und seine Schreckensscenen. Vorstellungen: 11-1 Uhr vormittags und 4-10 Uhr nachm. **Neu! Gutenberg und der Buchdruck.** Neu! Konzert (Tiroler Sänger) — Vorträge (Konzertsänger).
Lebende Photographien.
Entree 50 Pf. Kinder und Militär 25 Pf.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Genet Guinot. Musik von Jean Gilbert.
Nina Nohetti als Gast.
Morgen: **Das Jungfernstift.** — Sonnabendnachmittag 4 Uhr: **Sand Gudebein.** — Sonntag 7 1/2 Uhr: **Einmalige Aufführung: Othello, der Mohr von Venedig.**

Thalia-Theater.

Dredenerstrasse 72/73.
Mit vollständig neuer Ausstattung
Seine kleine.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Worm a. G., Guido Thiescher, Helmerding, Paul Müller, Bertha Walde, Boje, Wanno, Jantzer, Schag.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Die Dame aus Trouville.
Wilde Grotto u. Leopold Thurner a. G. Ernst Sommermann a. G. Ferd. Herms.
Hierauf: **Gr.** 1 Akt.
Missi Richter, Rosa Marton.

Passage-Theater.

Ganz Berlin spricht von der siebenjährigen
Lola Gray
in dem Minodrama
Der Bajazzo
und sein
Kind.
Täglich ausverkauft!

Charivari-Theater.

Alte Jakobstr. 37.
Neues glänzendes Februar-Programm.
Pepi Weiss, Mizi Braun, Lotte Sebus, Albert Kahna, Max Reichard u. a.
1/5 Uhr Beginn der Abend-Vorstellung.

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frachens Geburtstagsfest.
Anfang 8 Uhr.
Ranchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Neu einstudiert!
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Operette in 1 Akt von Benno Jacobson. Musik von Willh. Rosenzweig.
Ferner: **O'Neil and Torp. The Leamy-Truppe.** Fräulein Svensson, Griffith Heade.
Willi Walden
François Rivoll, Kosmograph.
Anfang 8 Uhr.

Schall und Rauch (Kleines Theater)

Unter den Linden 44.
Mittwoch, 19. Febr., abds. 8 1/2 Uhr:
Serenissimus-Zwischenspiele
Grenze — Bauernkomödi — Abschiedssouper.

E. von Wolzogens Bunte's Theater (Heberbrett) Köpnickstr. 65.

Mittwoch, 19. Februar, ab. 8 Uhr:
U. a. „Zufall“ von Fulda, „Atellenspiel“, „Fischer Domino“ von E. v. Wolzogen, „Nora-Parodie“ von Bernauer, **Lina Abarbanell.**
Sonnabend: 2. Subscriptions-Redoute.

Casino-Theater.

Göttingenstr. 37.
Glänzender Erfolg! Kläglich andoverkauft!
W. Richter in „Lustige Brüder“.
Hans Berg in „Christ“ u. c. c.
Anfang abds. 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater (früher Frey-Palast) Burgstr. 22.

Direktion: Winkler u. Fröbel.
Neue Spezialitäten.
Um 9 Uhr! Großer Erfolg des **Dir. Wilhelm Fröbel** in der Ausstattungssposse
Die süßen Mädel.
Neu! **Fredoff** Neu! **Wardins** Neu!
Dazu das große glänzende
Februar-Programm!
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Billet-Verkauf v. 11-1 Uhr.
Freitag, den 28. Februar:
Festvorstellung **Robert Dillé**
Benefiz.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 23. Februar 1902, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schiller-Theater:
Der Revisor.
Drei Akte in 4 Akten von Gogol.
Karten für Mitglieder und Gäste sind in nachstehenden Poststellen zu haben:
H. Bobsien, Kommandantenstraße 62. H. Köhn, Rainnstraße 83. Th. Stampehl, Mariannenstraße 26. Joh. Pech, Rößlerstr. 120. A. Lühr, Adelsstr. 38. II. P. Gese, Hübnerstraße 18. A. Knapp, Grünhaterstr. 5. H. Becker, Goyfowdstr. 9. H. Kaufhold, Brangelstr. 52. III. H. Neft, Georgenstraße 47. I. 150/4

Germania-Prachtsäle
Chaussee 103. Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Hamburger Sänger. 34248

Wo amüsiert man sich grossartig?
In Schnegelsbergs Festhallen
Zuhaber: **Max Schindler**
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
Heute: **Großer Ball**
verbunden mit Cigarren, Boubon-Regen und diversen Ueberräuschungen.
Entree: **Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.**
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
28258*

Trianon-Theater.

Georgenstrasse.
2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.
Zum 89. Male: **Coralle & Co.**
Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

W. Noacks-Theater.

Wilmannsstraße 10.
Pension Schöller.
Bosse in drei Akten von Karl Lauff.
Donnerstag:
Hopfenraths Erben.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmannus
Norddeutsche Sänger
Eine Theaterprobe.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Entree wie gewöhnlich, Tanz frei.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
(Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung)
Tägl. Anstich des „**Urbock**“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. **Matinee** von 12-2 Uhr.

Cirkus Busch

Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung, Klondike, Orig. Pantomime des Cirkus Busch. Solo auf Steigen, Elefant u. Pferd.
Lanzlöcher zu vermieten, L. Wolff, Poststr. 9. 6066

Cirkus Schumann.

Heute Mittwoch, 19. Februar, abends prächtig 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre. ? L'écuyère lumineuse?
In Feuer und Flamme angeführt von Frä. Dora Schumann. Mons. Sosmann mit seinem sensationellen Sports-Akt, sowie Auftreten von **Mad. Benz, Herrn Ernst Benz, Herrn Hodgins, Mad. O'Brien, Sim & Bom** und der übrigen Spezialitäten. Dir. Alb. Schumann mit seinen anerkannt anerkannt dahingehenden Original-Dressuren. Zum Schluss zum 22. Male die große Ausstattungssposse: **Pantomime Mephisto**
vom Balletmeister **A. Siems**, ca. 500 Ritterreiter. 2 Musikcorps.
Avis! Donnerstag, 20. Februar, abends prächtig 8 Uhr: Große außerordentliche Gala-Sport-Vorstellung zum Behen der Krantenkliche Brüderstrasse 10.

Indische Menagerie

Grosse
im Exerzierhaus
(am Brenzlauer Thor)
Lehringerstraße 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen, 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr. Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf 1. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Frosse.

30 Mark

hochfeine Sommerpaletots.
30 Mark
hochlegante Herrenanzüge.
12 Mark
hochlegante **Heintkleider.**
Anfertigung nur nach Maß.
Unter Stoff, tadelloser Sitz. [337] L.
14 Kranenstr. 14,
1 Tr., Tel. Amt I Nr. 3708. 1 Tr.



Schluss
meines
Inventur-Verkaufs
zu Ausnahme-Preisen
nächster Tage!

Teppich-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.

Selten günstige Kaufgelegenheit für Teppiche, Gardinen, Portieren, Tisch- und Divan-Decken, Möbelstoffe, Steppdecken etc.

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Die sogenannten unheilbaren Bräunerleiden!“ Mittwoch, den 19. Febr., abends 8 1/2 Uhr, in den Vorlesung-Sälen, Adelsstr. 67. 6056
Nur für Herren! Eintritt frei!

Herren-Vortrag

Verlangt Du Warm und gibt man Dir 'nen Schnaps, der Dir nichts nützen kann, So mach' von außen zu die Thür Und geh' ins Bierdickchen nebenan. **Verlangen Sie gef. ausdrücklich: Durns Wagnerdorfer.** Vertreter: **Generaldpot: Berlin NO., Neue Königstr. 71.**

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Heintkleider u. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66**

Bureaus für Gewerkschaften, Arantenkassen usw. sind billig zu vermieten im Lokal von Post 497b
Dragonerstrasse 15.

Dr. Simmel, Prizonstr. 59.
Spezialarzt für **7/19***
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister
Dresdenerstr. 4, | Hauptstrasse 142
am Kottbuser Thor. | Schöneberg.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, wird Genosse Rechtsanwalt Dr. Herzfeld in den Kurhallen unter dem Bahnhof Bellevue über die Politik der Socialdemokratie sprechen. Da uns die letzte Versammlung hintertrieben wurde, so richten wir die dringende Aufforderung an die Genossen, wiederum recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand des Wahlvereins.

Schöneberg. Parteigenossen! Morgen Donnerstag findet im 4. Bezirk die Erziehungssache für den nach außerhalb verlegenen Stadtverordneten Franz Richter statt. Von unserer Seite ist der Maurer Karl Pauser einstimmig aufgestellt worden. Es liegt nun an uns, alles daran zu setzen, um dieses Mandat den bürgerlichen Parteien zu entreißen. Dies können wir aber nur durch Einsetzung unserer ganzen Kraft. Jeder Gleichgültige ist aufzumachen und zur Wahl heranzuholen. Die Wahl findet statt von vormittags 11 bis abends 7 Uhr im Restaurant „Zum Prinzen Heinrich“, Gremmelwälderstr. 25. — Wer nicht bis 7 Uhr abends im Wahllokal anwesend ist, geht seines Wahlrechts verlustig.

Heute Mittwoch abend findet in diesem Bezirk eine Flugblattverteilung statt. Treffpunkt bei Goppe, Merseburgerstraße 7. — Ebenso ist es nötig, daß am Wahltage am Nachmittag und Abend genügend Kräfte zur Verfügung stehen. Wenn es irgend möglich ist, der Kunde sich in dem obengenannten Lokal ein.

Wiederhof. Den Abonnenten des „Vorwärts“ zur Nachricht, daß die Kammern, welche morgens in der Laube nicht abgeholt werden, beim Expediteur Hlge, Hadenbergstr. 8, part., abgeholt werden können. Beschwerden über unpünktliche Zustellung zc. sind an Lau, Hoffmannstr. 18, zu richten.

Reinickendorf. Nachfolgend veröffentlichen wir die Adressen der Parteifunktionäre: Vertrauensmann Otto Ohl, Reinickendorf-West, Spandauer Weg 8; Vorsitzender des Wahlvereins: Franz Otto, Reinickendorf-Ost, Justusstr. 59; Lokalkommission: Schuhmacher Paul Hermes, Reinickendorf-West, Birkenstraße.

Lokales.

Vertrauensarzt.

Im Reichstage kam kürzlich der Fall zur Sprache, daß der mehrfach von uns gekennzeichnete Dr. Blasius als Vertrauensarzt einer Berufsgenossenschaft über die Arbeitsfähigkeit eines unfallverletzten Arbeiters zu dessen Ungunsten ein Gutachten abgegeben hat, ohne den Namen auch nur gesehen zu haben. Prof. Dr. Sprengel zu Hannover hatte in Eingaben an die Berufsgenossenschaft das eigentümliche Verfahren des Herrn Dr. Blasius einer scharfen Kritik unterworfen und war dafür vom Schöffengericht zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden. Das Verwaltungsgericht in Hannover hat vor kurzem auf volle Freisprechung des Dr. Sprengel erkannt und damit das Verfahren des Vertrauensarztes nach Gebühr gekennzeichnet.

Eigentümliche Fälle aus der Praxis derartigen Vertrauensärzte von Berufsgenossenschaften haben wir mehrfach in unserem Blatt erwähnt.

Es wäre aber verfehlt zu glauben, daß der Unfallarzt in einem unfallverletzten Arbeiter immer einen Simulanten wittert. Bis zum Ablauf der 18. Woche hat ein solcher Arbeiter bekanntlich seine Ansprüche gegen die Krankenkasse geltend zu machen und somit hat im ersten Vierteljahr die Berufsgenossenschaft ein dringendes Interesse daran, daß dem Kranken alles von der Krankenkasse gewährt werde, was dessen Genesung innerhalb dieser Zeit nur irgendwie ermöglichen könnte. Wie sehr sich da in einem bestimmten Fall ein Vertrauensarzt kürzlich um das Wohl eines Verletzten bemüht hat, mögen die folgenden uns von der Ortskrankenkasse zu Charlottenburg zugehenden Mitteilungen zeigen.

Ein Herr Dr. Schindler, der als Unfallarzt vor kurzem ein unfallverletztes Kassenmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Charlottenburg mehrmals untersucht, veröffentlichte kürzlich in der „Medizinischen Reform“ vom 18. Januar c. einen Artikel, dessen Inhalt geeignet ist, den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Charlottenburg in den Verdacht zu bringen, als ob er arbeitsunfähige Kassenpatienten mit ihren Unterstützungsansprüchen gegen die Kasse gesetzwidrig und statutenwidrig abweise. Der Vorfall sei schon deshalb hier kurz erläutert.

Das Kassenmitglied B. erlitt am 12. November 1901 durch Querschlag einen Betriebsunfall. Der behandelnde Kassenarzt (zugleich Unfallarzt) Dr. Koss diagnostizierte Rippbruch, worauf das Kassenmitglied die statutenmäßige Krankenerstattung erhielt. In dem Bericht vom 7. Januar c. teilte der behandelnde Kassenarzt der Kasse mit, daß B. seine Beschwerden abtreibe und Simulationsverdacht vorliege. Darauf wurde von der Kasse die Nachuntersuchung des B. angeordnet und in einem ausführlichen Gutachten erklärte der nachuntersuchende Arzt das Kassenmitglied für arbeitsfähig. B. wandte sich nun an den Unfallarzt Dr. Schindler, welcher ihm bescheinigte, daß er unbedingt zur Zeit noch völlig arbeitsunfähig im Sinne des Krankenversicherungs-Gesetzes sei. Der behandelnde Kassen- und Unfallarzt Dr. Koss, der einige Tage vorher bei B. Simulationsverdacht attestiert und dadurch die Nachuntersuchung des B. veranlaßte, erklärte nunmehr wunderbarerweise, auf die Autorität seines Kollegen Dr. Schindler gestützt, daß B. weiter arbeitsunfähig sei. Der Kassenvorstand ließ nun B. zwei Tage nachher durch eine in Wissenschaft und Praxis anerkannte Autorität ersten Ranges, Herrn Professor Dr. Vessel-Hagen, Direktor des städtischen Krankenhauses in Charlottenburg nochmals untersuchen, und diese Untersuchung hatte das gleiche Ergebnis wie diejenige durch den Vertrauensarzt der Kasse; auch Professor Dr. Vessel-Hagen konstatierte Arbeitsfähigkeit.

Der Unfallarzt, Herr Dr. Schindler, wird danach billigerweise nicht annehmen können, daß die Kasse dem p. B. die Krankengeldzahlungen weiter leistet, andererseits liefert dieser Fall den Beweis für die Mäßigkeit und Unentbehrlichkeit des bei der Kasse eingeführten Systems der Nachuntersuchung. Um wirklich arbeitsunfähigen Kassenmitgliedern die Vorteile der Krankenversicherung durch die Kasse zu sichern, bedarf es wahrlich nicht des Eintretens der Herren Unfallärzte. Weit mehr aber ist ihre arbeiterfreundliche Intervention erwünscht, wenn nach Ablauf der 18. Woche der verletzte Arbeiter bei der Berufsgenossenschaft an-Klopfen muß.

Wir setzen voraus, daß auch Herr Dr. Schindler in diesem Zeitpunkt mit derselben Wärme seinen Klienten gegenüber der zuständigen Berufsgenossenschaft verteidigt wie gegenüber dem sich seiner Verantwortlichkeit bewußten Kassenvorstand.

Zur weiteren Illustration, wie manchmal ein Unfallarzt sich als ein wohlwollender Arbeiterfreund erweist, wenn er glaubt, eine Krankenkasse sei verpflichtet und wie er wiederum als ein kritischer, nüchtern denkender Steptiler austritt, wenn er weiß, daß eine Berufsgenossenschaft für die Unterstützung aufzukommen hat, diene folgendes Beispiel:

Der Kassenarzt Herr Dr. Nathanson in Berlin, Reinickendorferstr. 59 attestierte dem Kassenmitgliede und Unfallrenten-Empfänger Gr., daß er vom 5. Mai bis zum 2. Juni 1901 arbeitsunfähig gewesen sei wegen „Schmerzen in der Kreuzgegend“, die wahrscheinlich auf den früher erlittenen Unfall zurückzuführen seien. Der Kassenvorstand wies das Kassenmitglied an die zuständige Berufsgenossenschaft, welche die gesetzlich Verpflichtete war, da es sich hier um eine Verschlimmerung der Unfallfolgen handelte, die mehr als ein Jahr zurücklag. Dr. Nathanson wurde insolge dessen von der Berufsgenossenschaft bezw. dem Schiedsgericht

zur Abgabe eines Sachverständigen-Gutachtens aufgefordert und erklärte am 22. Juli 1901, wie es in den Urteilsgründen des Reichs-Versicherungsamts-Erkenntnisses, daß die Ansprüche des Gr. an die Berufsgenossenschaft endgültig abweist, klipp und klar ausgedrückt ist, daß während der Zeit vom 5. Mai bis zum 2. Juni v. J. im Zustande des p. Gr. eine wesentliche Verschlimmerung nicht eingetreten ist.

Gegenüber der Krankenkasse hielt also Herr Dr. Nathanson den p. Gr. für arbeitsunfähig und erteilte ihm durch sein Attest eine Anweisung auf den Kassenstrahl, die allerdings von uns nicht honoriert wurde; gegenüber der Berufsgenossenschaft aber fand der Herr Doktor keine Symptome von Bedenklichkeit bei dem Kassenmitgliede.

Und da wird angesichts derartigen Vorkommnisse von manchen zwar ehelich-wohlmeinenden, aber schlecht unterrichteten Kassenärzten dem Kassenvorstande noch der Vorwurf gemacht, daß er die Patienten solcher humanen Arbeiterfreunde einer Nachuntersuchung unterzieht.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 20. Februar d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Räumliche Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Beratung des Antrags von Mitgliedern der Versammlung betreffend die im Reichstage gegen die städtischen Krankenhäuser-Verwaltungen erhobenen Anschuldigungen, und event. Fortsetzung der Beratung über diesen Antrag. — Anträge von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Aufhebung der Magistrats-Verfügung vom 26. Oktober 1901, bezüglich der Nichtamtenung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches — und die Verpflichtung der männlichen Arbeiter unter 18 Jahren zum Besuch einer Fortbildungsschule. — Vorlage betreffend die Errichtung einer Volks-Badeanstalt für den Stadtteil Gesundbrunnen. — Bericht-erstattung über die Petition des Vereins der Fleischbeschauer und Fleischbeschauerinnen zu Berlin um Gewährung eines festen Einkommens und Anerkennung ihrer Beamteneigenschaft. — Bericht-erstattung über die Vorlagen betreffend den Neubau der Walberbrücke und die Ferien der hiesigen Gemeindeschulen. Außerdem findet in dieser Sitzung die Einführung und Verpflichtung der neu gewählten Stadtverordneten Herren Deutsch und Wolff statt.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Beratung der Magistratsvorlage über den Entwurf zum Neubau eines städtischen Amtes zur Untersuchung von Nahrungsmitteln und Genussmitteln, sowie Verbrauchsgegenständen hat beschlossen, die Vorlage der Stadtverordneten-Versammlung zur Annahme zu empfehlen. Ausschlaggebend war ein Gutachten des Professors Proskauer vom königlichen Institut für Infektionskrankheiten, das sich mit dem schon vorher eingeholten Gutachten anderer Autoritäten der Universität Breslau usw. deckt. Das Amt soll baldigst auf dem städtischen Grundstück am Mühlendamm zwischen Fischerstraße und Fischerbrücke errichtet werden.

Die Abfahrtsmethode, mit der die Hochbahn an den ersten Tagen ihrer Eröffnung dem vermeintlich stürmischen Andrang weichen wollte, scheint die beabsichtigte Wirkung gehabt zu haben. Bekanntlich sind für die ersten drei Tage die Fahrpreise auf der Hochbahn auf 50 Pf. und 30 Pf. bewiesen worden; die an diesen Tagen erzielten Einnahmen sollten dem zu bildenden Beamten-Pensionsfonds zu Gute kommen. Die Teilnahme des Publikums an den gestrigen ersten Fahrten der Hoch- und Untergrundbahn war demnach nur sehr gering. Der erste Hochbahnzug, welcher früh Punkt 5 Uhr 26 Minuten vom Bahnhof Stralauer Thor abgefahren wurde, nahm hier neun Passagiere dritter und fünf zweiter Klasse auf. Dazu gestellten sich auf anderen Bahnhöfen noch 5 andre Personen, so daß, als man nach 13 Minuten langer Fahrt auf dem Untergrund-Bahnhof Potsdamer Platz anlangte, 19 Herren dem Zuge entstiegen. Auf Bahnhof Potsdamer Platz wurden für den um 5.47 abgehenden Zug 27 Fahrkarten dritter und 6 zweiter Klasse verkauft. Zu diesen 33 Fahrkarten kamen noch 5 hinzu, welche die erste Fahrt vom Stralauer Thor bereits mitgemacht hatten und infolge einer irrigen Auffassung eines Beamten auf ihr eigentlich abgelaufenes Billet die Rückfahrt nach dem Stralauer Thor antraten. Da die Billets vorläufig die Bezeichnung tragen: „Elektrische Hoch- und Untergrundbahn Berlin. Gültig für eine Beförderungsfahrt auf der Bahn“, so waren die Teilnehmer der Meinung, daß sie auf das gelöste Billet auf der Bahn hin- und herfahren könnten, eine Bemütigung, in welcher sie auf ihre Befragen durch den Beamten bestärkt wurden. Auf Bahnhof Stralauer Thor aber war man anderer Meinung, denn die Vergnügungsfähigen wurden festgehalten und mußten bis auf einen, der durchbrannte, 30 Pf. nachzahlen. Die folgenden Züge hatten nach beiden Richtungen hin bis gegen 8 Uhr morgens entweder gar keine oder nur ganz wenige Fahrgäste. Im Laufe des Vormittags hob sich dann der Verkehr.

Die Witwe des Dichters Theodor Fontane ist gestern 77 Jahre alt an einer Lungenentzündung gestorben.

Professor Dr. Julius Wolff, der Direktor der Universitätsklinik für orthopädische Chirurgie, ist gestern nacht 2 Uhr einem Schlaganfall, der ihn am Freitagabend betroffen, in seiner Wohnung, Reichstraße 11, erlegen. Professor Wolff war namentlich auf dem Gebiete der Knochenlehre eine Verähhtheit.

Wegen einer Masernepidemie hat die 2. Vorschulklasse des Friedrichs-Realgymnasiums auf drei Wochen geschlossen werden müssen. Der größte Teil der Schüler ist erkrankt.

Der Fall der Milchrieger. Die General-Versammlung der Centrale für Milchverwertung fand gestern, Dienstagmittag um 1 Uhr, im großen Saal der Brauerei Friedrichshain statt. Es waren etwa tausend männliche Milchbauern erschienen. Die Versammlung wurde durch Rittergutsbesitzer von Wredow-Lodzin, welcher den Vorsitz führte, mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet. Sekretär Krause von der Milchcentrale machte zunächst auf einige Nebensachen aufmerksam, die sich beim Verstand der Milch ergebend gefällig, schlecht plombiert und mit defekten Dichtungsringen versehen. Aus dem Geschäftsbericht, welchen Rittergutsbesitzer Grabenstein erstattete, geht hervor, daß die Milchcentrale am 1. Oktober 1901, bis zu welchem Tage der Bericht (das heißt bis zu dem Tage, an welchem der Milchkauf einsehte, D. Red.), 54 651,90 M. Milch und 96 084,44 Mark Milch aufzuweisen hatte. Das Defizit von 18 567,52 M., das sich daher ergebe, sei nicht so schwerwiegend. Man müsse es eigentlich nicht auf das Verlusst, sondern auf das Organisations-Conto schreiben. Der Berichterstatter schloß mit einem begeisterten Lob auf die Geschäftlichkeit des Oberamtmanns Ring-Düppel, des Vorsitzenden der Milchcentrale, der es verstanden habe, ihre Organisation zu einer so beispiellosen Höhe zu bringen. Es seien heute 204 eigne und Gemeinde-Genossenschaften und 504 Einzel-Mitglieder der Centrale angegeschlossen. Zur Deckung des Defizits lagen zwei Anträge vor, welche einen allmählichen Abzug von einem Pfennig pro Liter der nichtverpackten Milch vorschlugen. Oberamtmann Ring-Düppel brachte dazu den Antrag des Vorstandes bezüglich des Defizits ein. Der Antrag fordert, von aller gelieferten Milch vom 16. Februar ab so lange zwei Pfennig pro Liter abzugeben, bis das Defizit gedeckt ist. Zur Begründung des Antrages entwickelte er den augenblicklichen Stand der Milch-Zufuhr nach Berlin, nannte jedoch nur wenige Zahlen und bezeichnete diese Vorsicht als geboten, „da in Berlin die Hände Ohren haben.“ In diesem Augenblick machte der Redner die Entdeckung, daß ein Fensterputzer auf der Galerie mit der Reinigung von Scheiben beschäftigt war. Der Unglückliche wurde sofort aus dem Saale

entfernt. Außer den 200 000 verpackten Litern wurden noch 130 000 Liter nach Berlin geliefert. Herr Ring mußte allerdings zugeben, daß an den etwa 60 000 Litern Milch, die zu Melasse verarbeitet würde, 3/4 Pfennig pro Liter verloren würden. Er erklärte aber, die Bisherige entstammend“. Der Behauptung der Milchhändler, daß in Berlin ein Milchmangel nicht vorhanden sei, trat der Redner entgegen. Die Milchcentrale habe an Zuckerate, in denen Milchpaster gesucht werden, bis zu 58 Aufträgen erhalten. Herr Ring wies darauf hin, daß bei Abgabe der zwei Pfennig der Preis aus dem Jahre 1900 wieder erreicht wäre. Die Mitglieder müßten das Opfer bringen, denn sie ständen vor dem Moment, wo sich der Kampf entscheide. Dafür würde das Wetter sorgen. Also diesmal nicht der Herrgott. In der überaus lebhaften Debatte wurde namentlich die „moralische Pflicht“ der Genossenschaftler zur Abnahme der Melasse betont. Es wurde vom Vorstandstisch mitgeteilt, daß in den letzten Monaten die Verstellungen auf Milchfutter so gestockt hätten, daß man 3000 Centner auf Vager nehmen müßte. Wenn dies zur Regel würde, seien 180 000 M. Betriebskapital mehr erforderlich. Amtmann Stubbendorf warf dem Grafen von der Schulenburg vor, er hätte bei seinem rosentrot gehaltenen Verzicht in der letzten Generalversammlung das Defizit bereits geahnt. Der Antrag des Vorstandes wurde schließlich mit dem Zusatzantrag Wittner, auch die Vorzugsmilch habe zwei Pfennig abzugeben, mit großer Majorität angenommen. Die aus dem Vorstande ausscheidenden Mitglieder v. Wredow, Schmidt, v. Quast und v. Ergleben wurden wiedergewählt. Um 3/4 Uhr schloß die Versammlung mit einem „Hurrah“ auf die Centrale.

Eine Panik bei einem Brande entstand in vorletzter Nacht in der Fehrbellinerstraße 40/41. In der Küche des im ersten Stock wohnenden Handelsmannes Jiege kam um Mitternacht Feuer aus; das in einer Kabine nebenan schlafende Dienstmädchen nahm das Feuer zuerst wahr und alarmierte die Hausbewohner. In seiner Angst wollte das 15-jährige Mädchen aus dem Fenster springen, wurde aber von Nachbarn noch davon abgehalten. Auch Frau Jiege machte Anstalten, auf die Straße hinabzuspringen, als ihr in letzter Minute von der Nachbarin Marie Knud Hilfe gebracht wurde. Sie beredete die Frau, aus dem Fenster der Schlafstube auf einen angrenzenden Balkon zu klettern und von da aus die stauchige Schlafstube zu erreichen. Denselben Weg mußten zwei Kinder im Alter von 2 1/2 und 8 Jahren sowie auch Herr Jiege zurücklegen. Die mittlerweile eingetroffene Feuerwehr war nun in erster Linie auf die Rettung der Familien in den oberen Stockwerken bedacht. Die nach dem Hofe gelegenen Schlafzimmer waren bereits verqualmt, so daß mehrere Personen Miene machten, auf den Hof hinabzuspringen. Die Feuerwehr rief daher: „Nicht springen! Einige Sekunden noch aushalten!“ Während ein Sprungtuch zur Vorsicht ausbreitet wurde, drangen Feuerwehremänner auf Leitern nach den oberen Stockwerken vor, sorgten für Mundabzug und brachten die bedrängten Personen nach den Vorderzimmern. Auch das Dienstmädchen wurde gerettet. Die Küche sowie die Kabine brannten vollständig aus.

Eine angenehme Ueberraschung ist dieser Tage Tausenden von kleinen Gewerbetreibenden Berlins zu teil geworden. Es ist zum erstenmal von einer Erhebung der Gewerbesteuer der unteren Stufen für das I. Quartal d. J. Abstand genommen und zwar auf Grund der Einnahmen, welche die Stadt aus der Warenhaussteuer zu verzeichnen hat.

Die Volksschule im Dienste gegen den Umsturz. Im Restaurant „Weidmannshof“ findet nach einer Mitteilung des Kreis-Schulinspektors Herr Caris für den Bezirk Weidmannshof am 28. Februar eine Kreis-Konferenz der Lehrer des Bezirks statt. Gemeindeführer Schuride-Stolpe wird einen Vortrag halten über das Thema: „In welchen Stellen bietet der Nationalismus-Unterricht Gelegenheit, rechte Vaterlandsliebe in die Kinderhergen zu pflanzen und wie kann der Lehrer dabei unvermerkt einen Damm aufrichten gegen eine vaterlandslose und unbotmäßige Gesinnung?“ So lange noch Lehrer sich zu derartigen Vorträgen bereit finden, verdienen sie die Beachtung, die ihnen von oben herab zu teil wird.

Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang wurden gestern durch die Kriminalpolizei die drei Droschkentreiber Albin und Paul Wiler aus der Leberstr. 5 und Kühnelt aus der Friedrichstraße 37 zu Weihensee verhaftet. Die drei im Alter von 20 bis 34 Jahren stehenden Antscher waren gestern in Weihensee in dem Weidenhagen Restaurant in der Friedrichstraße 35 mit dem 22-jährigen alten Wärmeschleifer Otto Groß aus Lichtberg beim Billardspiel in Streit geraten, der auf der Straße vorübergeführt wurde. Hierbei haben die Antscher den Groß so schwer mißhandelt, daß er bewusstlos in das Krankenhaus in Weihensee gebracht wurde. Dort starb er alsbald infolge der Verletzungen an einer schweren Gehirnerschütterung.

Wegen Arbeitslosigkeit in den Tod gegangen ist wahrscheinlich der 59 Jahre alte Arbeiter Karl Willeh aus der Hammerstraße 54. Nachdem er im vergangenen Sommer überfahren und infolge dessen bis zum Dezember krank gewesen war, konnte er keinerlei Beschäftigung finden und mußte von der Ehefrau und einer 13-jährigen Tochter durch den Verdienst aus Aufwartestellen mit erhalten werden. Das machte ihn mißmutig. Als er am 8. d. M. fortging, um wieder nach Arbeit Umschau zu halten, äußerte er: „man möchte sich das Leben nehmen.“ Da er bisher nicht wieder zum Vorschein gekommen ist, befürchtet die Familie, daß er in den Tod gegangen ist. Er hat einen Vollbart und trug einen dunklen Anzug, eine Mütze mit Ohrenklappen und Schafstiesel.

Im Apollo-Theater ist gestern die Operette „Don Juan in der Hölle“ wieder aufgeführt worden. An dieser Bühne ist jeder Kapellmeister der geborne Tonbildner, und so hat denn auch Herr Rosenzweig, der vor etwa vier Jahren in der Friedrichstraße das Reich der Töne beherrschte, in dem genannten Werk seine Saisonoperette geliefert. Ueberrigens garniert übel. Die Musik ist gazziös und hält sich geistlich von groben Banalitäten fern, und manche Melodie aus dem Stild kann sich hören lassen. Jetzt soll der Komponist tot sein. Schade um diesen Musiker, der vielleicht die Ausstattungsoperette auf eine höhere Stufe gehoben hätte. Aber auch das von Herrn Vemo Jacobson verfasste Libretto ist nicht von schlechten Eltern. Hochdramatisch im ersten Akte, veröhnt das Stild in seinem zweiten Teil und schwache Menschen so weit mit dem Gedanken, dereinst in der Hölle braten zu müssen, daß wir ordentlich Mut zu neuen Schandthaten bekommen. Leider war das Spiel diesmal zuweilen nicht ganz auf der Höhe. Fel. Walden, die dereinst die Rolle der treulosen Brant gab, ist zwar auch heute am Apollotheater thätig; sie sang aber in ihrer schelmischen Art außerhalb des Stüdes so etwas wie eine Ueberbreitnummer und überließ ihre Paraderolle einer minderbegabten Künstlerin. Tapfer auf dem Posten waren in der Operette Fräulein Kröcher und die Herren Rind und Lieban. Daß die Ausstattung märchenhaft war, ist im Apollotheater überflüssig zu erwähnen.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute abend 7 Uhr in Feuerstein's Gefällen, Alte Jakobstr. 75. Vortrag des Schriftstellers Georg Bernhard über „Bürgerliche Wissenschaft und Volksschule“.

Feuerbericht. Eine reiche Brandchronik ist von den letzten 24 Stunden zu melden. Dienstag früh gegen 6 Uhr wurde die Wehr nach der Royalstr. 3 gerufen, wo Fußboden, Thüren und einige Stufen Feuer gefangen hatten. Um 4 Uhr war in der Köpcke-straße 118a in einem Keller Feuer ausgebrochen. Die Wehr hatte längere Zeit mit einem Hoch Wasser zu geben, um die Flammen

zu ersticken. Montagabend 9 Uhr waren an der Kottbuser Brücke ein elektrischer Straßenbahnwagen durch Kurzschluss in Brand geraten, der indes vom Fahrpersonal in kurzer Zeit beseitigt werden konnte. In der Schwedterstr. 51 mündete abends 7 Uhr ein Schornsteinbrand beobachtet werden. Feuersbr. 66 mündete ein Brand abgelöst werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. In der Nacht zum Dienstag war in der Kommandantenstr. 56 in einer Wohnung des dritten Stockwerks Feuer ausgebrochen, das hauptsächlich Möbel und Kleiderstücke beschädigte. Gardinen gingen gleichzeitig in der Gr. Frankfurterstr. 60, Müllerstr. 168 und Karlstraße 8 in Flammen auf. Außerdem waren noch Alarmierungen von Gerulaltemstr. 55 und Kronenstr. 10 zu verzeichnen, die jedoch auf geringfügige Entfälle zurückzuführen waren. Dienstaumittag 2 Uhr stand in der Wittenwalderstr. 88 auf einem Platte ein Möbelwagen in Flammen. Es mündete längere Zeit mit einem hohen Wasser gegeben werden; vorher wurde noch ein Wohnungsbrand von der Drauenburgerstr. 74 gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Das Schöneberger Stadiparlament und die Gasanstaltsfrage. Nachdem der Magistrat die Verhandlungen mit der englischen Gasgesellschaft auf Grund der ermittelten Vorschläge wieder aufgenommen hatte, war der Stadtverordneten-Versammlung folgender Magistratsantrag zugegangen: „Von der Errichtung einer städtischen Gasanstalt wird Abstand genommen. Die bereits eingeleiteten Arbeiten für die Vorbereitungen zur Errichtung der Gasanstalt werden eingestellt. Der von dem Vertreter der Imperial Continental Gas Association vorgelegte Entwurf zu einem Nachtrags-Vertrag vom 28. Januar 1902 wird angenommen.“ Diesmal fiel die Rolle eines Anwalts für den Vertrag dem Stadtrat Leidig zu, im Gegensatz zu dem Antrage im November, wo es sich der erste Bürgermeister Wilde nicht nehmen ließ, mit großem Eifer selbst für die Errichtung einer Gasanstalt einzutreten. Und wieder, wie in letzter Zeit so oft, sollte sich die Vermählung Hals über Kopf entscheiden, denn die Gesellschaft wollte nur — bis 1. März auf die Antwort warten. Was vor zwei Monaten noch so leicht auszuführen war, wurde jetzt vom Stadtrat als ungemein schwer bezeichnet, die Herstellungskosten seien viel zu hoch und die Stadt könne sich in ein Konkurrenzunternehmen mit der Gesellschaft, die laut Vertrag ein ewiges Recht auf Gasproduktion in unserer Stadt besitze, nicht einlassen. Demgegenüber führte Stadtverordneter-Vorsitzer Müller aus, daß z. B. Charlottenburg durch ihr eigenes Gaswerk im letzten Jahre 400 000 M. und Nizdorf, wo die Verhältnisse nicht so günstig liegen, 180 000 M. Ueberführung erzielt hätten. Unser Vertreter Masch, Hoffmann und Ritter wiesen wiederholt darauf hin, daß die Produktionskosten mit der zunehmenden verbesserten Technik sich verringern, daß erst 1/3 unseres Geländes bebaut seien und eine Errichtung nach 20 Jahren, nachdem die Stadt in erheblichem Umfange sich vergrößert habe, einfach ausgeschlossen sei. Sie befürchteten, daß aus der Kommissionsberatung nicht viel herauskommen werde. Wie bereits mitgeteilt, wurde die Vorlage dem auch einem Ausschuss von 11 Mitgliedern überwiesen.

Die Nizdorfer Stadtverordneten-Wahlen vom Februar 1901 beschäftigten noch immer die Verwaltungsgerichte. Am 18. Februar hat der Bezirksauschuss in Potsdam wieder eine Entscheidung gefällt, die beweist, daß das Verhalten der Majorität der Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats zu Nizdorf bei dieser Gelegenheit nicht gerade ein Ruhmeszeichen in der Geschichte dieser neuen Stadt bilden wird.

Der Genosse Eustachius Faustner war bekanntlich als socialdemokratischer Kandidat aufgestellt und gewählt worden. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärte seine Wahl für unglücklich, zunächst mit der Begründung, daß Faustner, der geborner Bayer ist, nicht die preussische Staatsangehörigkeit besäße. Hiergegen erhob Faustner durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine in Berlin die Klage beim Bezirksauschuss. Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung daraus ersah, daß Faustner sich in Preußen hatte naturalisieren lassen, beschloß sie, die Ungültigkeitserklärung trotzdem aufrecht zu erhalten, weil Faustner weder Eigentümer noch Inhaber eines Hauses wäre. Faustners Frau ist eingetragene Eigentümerin von zwei Häusern, und nach dem mährischen Eherecht hat der Mann daran das Nutznießrecht, wenn er nicht durch besonderen gerichtlichen oder notariellen Vertrag darauf verzichtet hat.

Obgleich ein solcher Vertrag nicht geschlossen war und das Recht demnach ganz klar zu Gunsten Faustners lag, behauptete die besagte Stadtverordneten-Versammlung doch, daß Faustner nicht Nutznießer eines Hauses im Sinne der Städte-Ordnung wäre. Außerdem wollte der Bürgermeister Voigt als Vertreter der Besagten verlangen, daß Faustner gegen den zweiten Beschluß, wodurch die Stadtverordneten ihren ersten aufrecht erhielten, noch eine besondere Klage hätte erheben müssen. Rechtsanwalt Heine widersetzte das mit der Bemerkung, daß die Klage sich nicht gegen die Begründung eines Beschlusses, sondern gegen seinen Inhalt, die Ungültigkeitserklärung der Wahl richtete, und diese sei bereits mit der Klage angefochten gewesen, so daß über denselben Gegenstand nicht noch eine neue Klage hätte erhoben werden können.

Der Bezirksauschuss schloß sich den Ausführungen des Klägers Faustner an und erklärte seine Wahl für gültig. Inzwischen ist Faustner ein Jahr lang an der Ausübung seines Mandats verhindert worden.

Aus Nizdorf. Ein schlimmer Unfall ereignete sich Montagmorgen gegen 10 Uhr in der Klammierung der Freiwilligen Feuerwehr zur Löschung eines Diebenbrandes. Vor der Feuerwache in der Erntestraße glitt der Feuerwehrmann Hädel beim Anspringen auf ein Rohr aus und brach sich das linke Bein. Der Verunglückte wurde nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Kreis-Krankenhaus gebracht. — Der 6-jährige Sohn des Werkführers Eisen aus der Laufstr. 13 in Berlin betrat die Eisdecke des Hafens am Markdamer und geriet dabei in eine offene Stelle. Das Kind wäre unrettbar verloren gewesen, wenn nicht der 14-jährige Schüler Franz Kuffert aus der Schindlerstr. 10 den Unglücksfall gesehen und rasch eingeschlossen den Kleinen mit eigener Lebensgefahr noch lebend dem nassen Element entzissen hätte. — Eine Regelung des hiesigen Drojkleinfuhrwesens wird von der Polizeidirektion geplant.

Die Reineidsaffaire des Direktors Hillger in Groß-Lichterfelde zieht ihre weiteren Kreise. Jetzt ist auch der Redakteur und Verleger der „Lichterfelder Zeitung“, Dr. med. Adolf Klein, verhaftet worden. In dem Blatte des Dr. K. waren, wie seiner Zeit mitgeteilt, im April und Mai vorigen Jahres Gedichte und Artikel erschienen, durch welche sich der Amts- und Gemeindevorsteher von Groß-Lichterfelde, Bürgermeister Schulz, beleidigt fühlte. In der Verhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I am 8. November vorigen Jahres, welche zur Verurteilung des angeklagten Redakteurs Dr. Klein zu 500 M. Geldstrafe führte, hatte Dr. Klein sich natürlich geweigert, den Verfasser der infamisierten Gedichte und Artikel zu nennen. Rektor Hillger, damals als Zeuge vernommen, beschwor seine Aussage dahin, daß er niemals für den Angeklagten Artikel geschrieben, auch in keinem intimen Verkehr mit demselben gestanden habe. Das Gegenstück wurde bekannt durch das Ergebnis einer erneuten in der Wohnung des Dr. Klein am 28. Januar d. J. vorgenommenen Hausdurchsuchung, denn im Zimmer seiner Tochter fand man Manuskripte von der Hand des Direktors Hillger. Dieser wurde daraufhin an demselben Tage wegen wissenschaftlichen Reineids verhaftet. Seitdem wird die Untersuchung gegen Hillger auf breiter Grundlage und auch nach einer anderen Richtung hin fortgeführt. Zu diesem Behufe wurden in diesen Tagen zahlreiche Bewohner Groß-Lichterfeldes als Zeugen von dem Untersuchungsrichter am Landgericht I Berlin, Landgerichtsrat Brandt, vernommen,

darunter auch Dr. Klein, der in der Zivilprozesszeit schon zu wiederholtenmalen zeugeneidliche Aussagen in derselben Affaire abgegeben hatte. Unmittelbar nach seiner jetzigen Vernehmung ordnete Landgerichtsrat Brandt die Festnahme des Dr. Klein unter dem dringenden Verdacht des Meineides an, und Dr. K. wurde gleich von der Gerichtsstelle in Moabit weg in Untersuchungshaft abgeführt. Der verhaftete Redakteur Dr. med. Adolf Klein ist bereits 73 Jahre alt, verheiratet und Vater von sieben erwachsenen Kindern.

Das Chedrama in Stahndorf-Alein-Machnow hat ein weiteres Opfer erlitten. Die durch vier Revolvergeschosse von ihrem Ehemann schwer verwundete Frau Restaurateur Weber ist, nachdem sie zuvor einem Kinde das Leben gegeben hat, ihren Verletzungen erlegen.

Gerichts-Beilage.

Die Brigantenstreiche des Einbrechers Fritz Dammin, die schon bei ihrem Bekanntwerden allgemeines Aufsehen erregten, bildeten die Unterlage einer umfangreichen Anklage wegen wiederholten schweren Diebstahls, Urkundenfälschung und Erpressung, welche gestern die II. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Daß man den erst 19-jährigen, bartlosen Angeklagten für einen überaus gefährlichen Verbrecher hält, bewies die Thatfache, daß er von zwei Schutzleuten aus der Detentionszelle vorgeführt wurde und während der ganzen Dauer der Verhandlung ein Schutzmann neben ihm im Anklageraum Platz nehmen mußte. Dem Angeklagten, der schon zwei Jahre Gefängnis verbüßt hat, wurden nicht weniger als 26 Einbruchsdiebstähle zur Last gelegt, die er in der Zeit vom Mai bis September 1901 ausgeführt hat. Er hat seine verbrecherische Thätigkeit in den verschiedensten Stadtteilen ausgeübt, vorzugsweise aber im Stadtteil Moabit, wo er mit fabelhafter Dreistigkeit in fremde Wohnungen eingedrungen ist. Gewöhnlich befanden sich die Inhaber der Wohnungen auf der Reise, auf einem Familienfest, auf der Landpartie und dergleichen, und wenn sie nach Hause kamen, fanden sie die verflochten gewesenen Thüren der Wohnungen nur eingeklinkt und es zeigte sich, daß Kleidungsstücke, Brillen und bares Geld gestohlen waren. Der Dieb war in jedem dieser Fälle der Angeklagte, der immer auf der Lauer stand und sofort nach dem Weggange der Wohnungsbesitzer mit Hilfe von Dietrichen, die er äußerst geschickt handhabte, in die Wohnungen drang und dort in aller Stille mitnahm, was er transportieren konnte. Er hat die Sachen auf Grund von Legitimationspapieren, die er in einzelnen Fällen mit gestohlen hatte, sofort veräußert. Bei einem der Diebstähle sind ihm Gegenstände im Werte von 10 000 Mark, bei einem anderen von 4000 Mark, bei einem dritten von 2000 Mark in die Hände gefallen. Zu seinen Opfern gehören auch zwei Offiziere, denen er einen Besuch abgestattet hat, während sie sich im Manöver befanden. Unter der Diebesbeute befanden sich auch wiederholt Wertpapiere, deren Verwertung ihm aber unmöglich war, da die Bankhäuser von den Diebstählen benachrichtigt worden waren. Am verfuhrte es der freche Mensch, auf seine Kosten zu kommen, indem er den Bestohlenen in aller Form die Rückgabe der Papiere gegen ein Lösegeld anbot. Kriminalkommissar Wanno wski, der die Ermittlungen leitete, ließ die Personen, die darauf bezügliche schriftliche Offerten vom Angeklagten erhalten hatten, pro forma auf den Vordruck eingehen und es entwickelte sich eine eigenartige Korrespondenz mit dem Angeklagten, dem unter bestimmten Zeichen postlagernde Briefe zugestellt wurden. Es gelang aber trotz alledem nicht, ihn festzunehmen. Mit einem der Bestohlenen hatte er eine Zusammenkunft in einem Café und da kam es auch zum Abschluß des „Geschäfts“. Der Bestohlene erhielt seine Wertpapiere zurück und der Angeklagte das von ihm verlangte Lösegeld. Er hatte dabei dem Zeugen angeraten, nicht etwa die Polizei herbeizuholen, sonst würde er ihn über den Haufen schießen. Einem anderen Zeugen, von dem er ein Lösegeld von 180 M. verlangt und erfahren hatte, daß der Zeuge die Polizei zum Empfang dieses Briefes benachrichtigt hatte, schrieb er einen höhnischen Brief und gab ihm anheim, sich zu überlegen, ob er lieber seine Wertpapiere zurück erhalten oder seine Rache kosten wolle. In einem Fall war ihm mit der Diebesbeute auch eine Korrespondenz des Bestohlenen in die Hände gefallen, aus welcher er ersah, daß der Bestohlene mit einem Bankier und dieser wieder mit der Deutschen Bank in Verbindung stand. Er hat dann versucht, diese seine Kenntnis zu verwerthen und von der Deutschen Bank die Summe von 2000 M. die angeblich für den Bankier sein sollte, zu erschwindeln, was ihm aber nicht gelang. Kriminalkommissar Wanno wski, der den Angeklagten als einen der intelligentesten Eindringler schilderte, der ihm je durch die Finger gekommen, hat mit Unterstützung einiger Beamten, namentlich der Kriminalhauptleute Unger und Strosow, längere Zeit in Verkleidungen die Postämter in Moabit observiert, er konnte aber nicht zulassen, da der Angeklagte so schlau war, die eingegangenen Briefe durch Mittelpersonen abholen zu lassen. Endlich ging er doch in sehr leichtfertiger Weise ins Garn. Er hatte einem der Bestohlenen geschrieben, daß er ihm das geforderte Lösegeld von 180 M. unter seiner, des Bestohlenen, Adresse postlagernd einschicken solle, er selbst werde sich dann am Postschalter durch die gestohlenen Militärpapiere legitimieren. Auf dem Postamt warteten seiner zwei Beamte, die ihn in Empfang nahmen. — Es war in vollem Umfange geständig und die Vernehmung der meisten der 43 Zeugen dadurch überflüssig. — Mit dem Angeklagten hatte dessen Geliebte, die 21-jährige Marie Dengsch, die Anklageband zu teilen, die verschiedene Gegenstände, die aus den Diebstählen herrührten, veräußert hat. — Staatsanwalt Dr. Kuz beantragte gegen Dammin Einzelstrafen in Höhe von 54 Jahren 8 Monaten Zuchthaus, die er in eine Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus zurückzuführen vorschlug, gegen die Dengsch 1 Jahr Gefängnis. — Der Angeklagte verlangte in einer längeren Schlussrede, als ein edler Mensch anerkannt zu werden, der aus Großmut die Wertpapiere zurückgegeben habe.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Dammin zu zehn Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht, die Angeklagte Dengsch zu sechs Monaten Gefängnis.

Die Schlussverhaftung in Sachen Adamek und Genossen ist der Kriminalpolizei nunmehr gelungen. Nachdem die Bande, die seit längerer Zeit Einbrüche verübte und deren Prozeß dem Jahrmann und Genossen wenig nachsehen wird; andererseits auch die Hehler, der schlesische Alex — Kaufmann Arndt — mit seiner „Braut“, der unverheirateten Bader, ferner Konstantin Butz und Konstantin Apel und der Maurermeister Veg hinter Schloß und Riegel gebracht waren, fehlte noch das Bindeglied zwischen beiden, der bezahlte Schlepper. Dieser wurde nunmehr in dem 24 Jahre alten Handelsmann Simon Erlich aus der Simeonstr. 11 zur Haft gebracht. Als ehrlicher Kaiser vermittelte er zwischen Einbrechern und Hehlern und brachte den Teil der Diebesbeute, den er bei den letzteren nicht abgeben konnte, bei seinem verheirateten Bruder in Mariendorf unter. Eine bei diesem vorgenommene polizeiliche Hausdurchsuchung förderte Wäschestücke und andre Gegenstände in großer Anzahl zu Tage. Der Bruder konnte nicht festgenommen werden, weil er nicht wollte, daß die Sachen gestohlen waren, vielmehr angenommen hatte, daß sie beim Betrieb des Handelsgeschäftes aufgelaufen worden wären.

Berliner Sicherheitszustände. An räuberische Erpressung grenzte die Straftat, welche gestern den 20-jährigen Arbeiter Friedrich Jung vor die neunte Strafkammer des Landgerichts I führte. Am Abend des 28. Dezember gegen 8 Uhr stand der 18-jährige Photographengehilfe Sp. an der Ecke der Culm- und Großgörschenstraße im Gespräch mit einem jungen Mädchen. Der vorübergehende Angeklagte zwang ihn an, ohne daß Sp. Notiz davon nahm, der Angeklagte lehrte gleich darauf um und verlegte dem Sp. einen Schlag ins Gesicht. Der Mißhandelte, ein schwächlicher, körperlich zurückgebliebener Mensch, geriet in große Furcht, er setzte sich nicht nur nicht zur Wehr, sondern erklärte auf das Verlangen des Angeklagten, er solle Geld herauslösen, kein-

laut, daß er keine bei sich führe. Der Angeklagte verlegte ihm eine zweite Ohrfeige, erwiderte ihm, daß er ihm nicht glaube und zog ihn am Arme mit fort. Er wollte ihn nach dem Kreuzberg schleppen, um ihn dort, wo weniger Menschen seien, zu visitieren. Eine Strecke weit schleppte der Angeklagte sein Opfer mit, dem er ab und zu heftige Piße verlegte. Die ganze skandalöse Scene spielte sich vor den Augen einer Anzahl Menschen ab, aber trotz der Witten des Sp., einen Schutzmann zu holen, rührte sich niemand. Endlich ließ ein halbwegsiger Burche davon, um Hilfe zu holen und nun versuchte auch der Angeklagte, sich aus dem Staube zu machen. Im Begriff, auf einen elektrischen Wagen zu springen, wurde er aufgehalten und dann zur Wache gebracht. Im Termin entschuldigte der Angeklagte sich mit Angetrunkenheit, die Beweisaufnahme unterstützte ihn aber keineswegs. Der Staatsanwalt hielt es für kaum glaublich, daß so etwas in einer verkehrreichen Straße Berlins vorkommen könne. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen Körperverletzung und Nötigung zu einem Jahre Gefängnis.

In der Strafsache des Geheimen Kalkulators Weber aus dem Ministerium des Innern, der wegen Unterschlagung amtlicher Gelder schon seit längerer Zeit in Untersuchungshaft sibt, dürfte es zu einer Hauptverhandlung nicht mehr kommen, da die vom Rechtsanwalt Schwind angeregten Bedenken über die Zurechnungsfähigkeit seines Klienten inzwischen bestätigt worden sind. Nachdem schon durch sachverständige Gutachten der Herren Dr. Koppmann und Dr. Wuppe festgestellt worden war, daß der Angeklagte jedenfalls geistig minderwertig sei, hatte Rechtsanwalt Dr. Schwind kurz vor dem seiner Zeit angehängt gewesenen Termin zur Hauptverhandlung den Antrag gestellt, noch weitere Sachverständige zu vernehmen. Diesem Antrag ist stattgegeben worden. Auf Grund des Gutachtens von fünf Ärzten hat Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbrel bei der 7. Strafkammer den Antrag gestellt, den Angeklagten nunmehr in die Trennanstalt Herzberge zu überführen. Diesem Antrage dürfte in den nächsten Tagen Folge gegeben werden.

Das Reichsgericht verurteilt gestern die Revision des Grafen P. Klein-Schirne, der am 9. November 1901 vom Landgericht I zu Berlin wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten, begangen durch eine am 14. Dezember 1900 in den Concordia-Sälen gehaltene Rede, zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden war.

Vermischtes.

Zum Erdbeben bei Schemacha kommen Meldungen, die geradezu furchtbare Einzelheiten über das Unheil bringen, das den Ort und seine Umgebung heimgelacht hat. Die Stadt scheint dem Untergange geweiht. Bei dem Dorfe Marasa öffnete sich die Erde und aus einem Riefenspalt strömte mausgegragt glühende Lava hervor. In Schemacha selbst sind bisher gegen 800 Leichen ausgegraben worden. Unter den Toten befinden sich besonders viele Frauen und Kinder; ganze Schulen mit Lehrern und Schülern wurden bei dem Erdbeben vollständig vernichtet. Die Bevölkerung befindet sich naturgemäß in höchster Furcht, und die Not ist besonders unter den muslimanischen Einwohnern sehr groß. Zur Minderung der Bedrängnis der Unglücklichen haben sich Hilfsvereine gebildet. Die Beamten, welche durch das Erdbeben ihr Hab und Gut verloren haben, erhalten Geldunterstützungen, und zwar die verheirateten eine solche im Betrage ihres Gehalts für sechs Monate und die unverheirateten solche in Höhe ihres Gehalts für drei Monate. Außerdem hat die Staatsrentei 50 000 Rubel für die Kollektanden in Schemacha überwiesen, eine allerdings lächerlich geringe Summe. Um der obdachlosen Bevölkerung zunächst ein Unterkommen zu bieten, haben die lausitzischen Truppenteile ihre Zelte hergeben müssen.

Von dem Erdbeben sind außer Schemacha im ganzen 83 Dörfer betroffen worden, in denen 27 Personen ums Leben gekommen sind.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb Verlag) ist soeben das 20. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt hebt wir hervor: Ein parlamentarisches Genosse. — Socialdemokratische Kommunalwahlprogramme. Kritische Bemerkungen von Paul Ulrich. — Englische Frauenprivilegien. Eine Entgegnung an Bebel von G. Velfort-Dax. — Technische Fortschritte im Eisenbahnbau. Von P. M. Gruppe. — Die Hausfrau. Von Henriette Fürst. — Die Aufgaben der Schulärztin. Von Robert Albert. — Literarische Rundschau: Fr. Kohlrausch, Die Energie der Arbeit und die Anwendung des elektrischen Stromes. — Heineken: Ueber Goethe. Von Theodor Velling. (Schluß)

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Geige. Die in Betracht kommenden Stichproben erstrecken sich nur auf vorgeschrittene Schüler. Wenden Sie sich einmal an die Akademische Hochschule für Musik, Potsdamerstr. 120. Sprechstunde 11-1 Uhr.

Stammisch 17. Ein solcher Thaler hat keineswegs einen größeren Wert.

Bredowstraße. Leider ist in Ihrem Falle eine Weiterverfolgung des Antrags ausgeschlossen. Der Antrag, auch die Unfälle von der Arbeitsstätte nach Hause und umgekehrt in den Bereich des Unfallversicherungs-Gesetzes zu ziehen, ist von socialdemokratischer Seite wiederholt gestellt, vom Reichstag aber abgelehnt. Deshalb kann solcher Unfall nur in Ausnahmefällen — in Ähren Falle liegt solche Ausnahme nicht vor — entschädigt werden. — P. S. 22. 1 u. 2. Wenden Sie sich an den Armenvorsitzer Ihres Bezirks.

3. Das ist zutreffend. Der Arbeiter soll sich an den Nationalbank für Deutschland, Adresse Berlin, Kriegsministerium, wenden. 4. 30 000 Mark. 5. Das Gehalt des Reichsanwalts beträgt, einschließlich 44 000 M. Repräsentationskosten, 100 000 M. Außerdem hat er freie Dienstwohnung. — 6. Wird die Teilung des Nachlasses einer Ehefrau vor Eingang einer zweiten Ehe zwischen Vater und Kind vorgenommen, so bezieht sich diese Teilung lediglich auf den Nachlaß der verstorbenen Mutter. Selbstverständlich behält das Kind sein Erbschaft gegen seinen Vater. Ein Erbschaft gegen seine Stiefmutter steht ihm nur zu, wenn es von der Stiefmutter testamentarisch bedacht ist. — N. S. 10. Zu einer Klage zuständig wäre das Landgericht. Die Klage wäre aber aussichtslos, weil die Vorchriften der Gesetze-Ordnung ihr entgegenstehen. — N. S. Ohne Kenntnis der Thatsachen der von Ihnen gemeinten Zukunftsfrage läßt sich Ihre Frage nicht beantworten. — Franz Straward. 1. Nein. 2. und 3. Ja. — 4. M. 14. Ihnen steht als Tochter ein Erbschaft zu. Falls Sie die Sache nicht in Wähe erledigen können, beantragen Sie bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Vater zuletzt gelebt hat, die Regulierung des Nachlasses.

— M. 25. 1 und 2. Ihnen steht vom Ablauf der 26. Woche ab Anspruch an Invalidenrente zu. Klagen Sie scheinlich an den Magistrat, Berlin, Breitenstr. 24, schriftlich einen Antrag. Ein Formular ist nicht erforderlich. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie in dem in den öffentlichen Verzeichnissen anliegenden Arbeitsrecht, S. 442 Nr. 88, zweites Beispiel. 3. Nein; es geschieht aber in Berlin durch Uebereinkommen mit den Krankenkassen in Höhe von 8-10 M. — N. S. Freiwahlbau. Geschiedene dürfen eine zweite Ehe eingehen, gleichviel ob sie katholisch sind oder nicht. Die Ehe wird durch den Standesbeamten, nicht durch einen Geistlichen geschlossen. Ein katholischer Geistlicher pflegt die kirchliche Cerimonie für die zweite, nach gerichtlicher Trennung der ersten Ehe geschlossene Ehe zu verweigern. — N. S. Für und gegen Chambreganschen und Schallente, die monatliche Miete zahlen, ist, falls keine andere Rente ausgezahlt verzeichnet ist, spätestens am 15. zum Ersten des folgenden Monats (nicht umgekehrt bis am Ersten zum nächsten) zu kündigen. — 4. 6. 8. 9. — Brauen. 1. Ja. 2. Bedinglich öffentliche, also auf einen unbestimmten Personenkreis ausgedehnte Publikationen bedürfen polizeilicher Genehmigung. 3. Theodor Butz, Schöneberg, Kolonnenstraße 19. — Brandenburg 206. Es hat sich keine andre Meldung als die herausgegeben, den Ring dem andern in Gegenwart näher Verwandter anzuhängen. — Robert Kobi. Die Wohnrechtsnahme ist gerechtfertigt. Arbeiterrecht S. 136, 137. — N. S. 1. Der Gläubiger muß sich stets zunächst an das Gericht wenden, um einen vollstreckbaren Titel (Urteil oder einstweilige Verfügung) zu erwirken. 2. Strafsachen sind an die Staatsanwaltschaft zu richten. Die Verfolgung des von Ihnen bezeichneten Vergehens verjährt in 5 Jahren. — Slave. 1. Nein. 2. Das ist nicht ausgeschlossen. 3. Wenden Sie sich an Ihren Anwalt. — 3. S. 77. Die Anweisung datiert vom April 1897. Es ist doch lediglich eine Anweisung an die Staatsanwaltschaft. Auf dieselbe können Angeklagte sich nicht berufen. Das Gericht hat nicht zu prüfen, ob die Verfügung befolgt wird. — G. S. Die lediglich mündliche Ermahnung der Behörden, daß die Möbel Ihrer Tochter gehören sollen, hat keine Rechtsamtlichkeit. — P. S. W. Sie können mit Aussicht auf Erfolg auf einen Monatslohn und Ertrag der Kost für den Monat bei dem Amtsgericht klagen.